

KAS AUSLANDSINFORMATIONEN

AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT



- **Das Haager Kriegsverbrechertribunal und die Vergangenheitsaufarbeitung in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens**

*Henri Bohnet / Anja Czymmeck /
Michael A. Lange / Sabina
Wölkner*

- **Schweigen und Skandalisierung – Der Umgang südost-europäischer Medien mit der Vergangenheit**

Christian Spahr

- **Der Beitrag des Rote-Khmer-Tribunals zur Vergangenheitsbewältigung in Kambodscha**

*Denis Schrey / Simon
M. Meisenberg*

- **Gegenwart und Zukunft der Vergangenheit – China zwischen Erinnern und Vergessen**

Regina Edelbauer

- **Corporate Social Responsibility und Klimaschutz in China – Der Beitrag chinesischer Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung**

Andreas Dittrich



KAS
AUSLANDSINFORMATIONEN
4 | 13



Konrad
Adenauer
Stiftung

ISSN 0177-7521
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
29. Jahrgang

Klingelhöferstraße 23
D-10785 Berlin
Telefon (030) 2 69 96-33 83
Telefax (030) 2 69 96-35 63
Internet: <http://www.kas.de>
<http://www.kas.de/auslandsinformationen>
E-Mail: stefan.burgdoerfer@kas.de

Bankverbindung:

Commerzbank AG Filiale Bonn,
Kto.-Nr. 110 63 43, BLZ 380 400 07

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktion:

Frank Priess
Dr. Wolfgang Maier
Thomas Birringer
Gisela Elsner
Dr. Stefan Friedrich
Dr. Beatrice Gorawantschy
Jens Paulus

Verantwortlicher Redakteur:

Stefan Burgdörfer

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen:

Die KAS-Auslandsinformationen erscheinen
zwölfmal im Jahr. Der Bezugspreis für zwölf
Hefte beträgt 50,- € zzgl. Porto. Einzelheft
5,- €. Schüler und Studenten erhalten einen
Sonderrabatt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um
ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis
zum 15. November eines Jahres schriftlich
abbestellt wird.

Bestellungen: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
(obige Anschrift)

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
KAS-Auslandsinformationen.

Übersetzung:

RedKeyTranslation, Hannover
English Express, Berlin

Satz: racken, Berlin



CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier, das mit dem
europäischen Umweltzeichen (EU Ecolabel: FR/011/003) ausge-
zeichnet ist.

Inhalt

4 | EDITORIAL

Aufarbeitung der Vergangenheit

- 7 |** DAS HAAGER KRIEGSVERBRECHERTRIBUNAL
UND DIE VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG IN
DEN LÄNDERN DES EHEMALIGEN JUGOSLAWIENS

*Henri Bohnet / Anja Czymmeck /
Michael A. Lange / Sabina Wölkner*

- 62 |** SCHWEIGEN UND SKANDALISIERUNG –
DER UMGANG SÜDOSTEUROPÄISCHER MEDIEN
MIT DER VERGANGENHEIT

Christian Spahr

- 77 |** DER BEITRAG DES ROTE-KHMER-TRIBUNALS
ZUR VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG IN
KAMBODSCHA

Denis Schrey / Simon M. Meisenberg

- 101 |** GEGENWART UND ZUKUNFT DER VERGANGENHEIT –
CHINA ZWISCHEN ERINNERN UND VERGESSEN

Regina Edelbauer

Andere Themen

- 126 |** CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY UND KLIMA-
SCHUTZ IN CHINA – DER BEITRAG CHINESISCHER
UNTERNEHMEN ZU EINER NACHHALTIGEN
ENTWICKLUNG

Andreas Dittrich



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

im März haben die Menschen in Kenia Uhuru Kenyatta zu ihrem neuen Präsidenten gewählt, obwohl dieser aktuell vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt ist. Ihm wird vorgeworfen, für die Ausschreitungen im Anschluss an die Präsidentschaftswahl 2007 mitverantwortlich zu sein, als sich Angehörige unterschiedlicher Ethnien auf den Straßen bekriegten. Die Unruhen forderten mehr als 1.000 Tote, bis zu 600.000 Menschen wurden vertrieben. In Kenia wird entlang ethnischer Trennlinien Politik betrieben, das galt 2007 so wie heute. Die einzige Bewerberin um das Präsidentenamt, die nicht eine bestimmte Volksgruppe, sondern alle Kenianer ansprechen wollte, Martha Karua, erhielt lediglich ein Prozent der Stimmen. Doch der Wahlsieg Kenyattas ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass er die Unterstützung seines eigenen Volks, der Kikuyu, gewinnen konnte. Er ist ebenso ein Zeichen dafür, dass zahlreiche Afrikaner den Internationalen Strafgerichtshof entweder gar nicht wahrnehmen oder seine Legitimation in Frage stellen.

Sollte Kenyatta in Den Haag verurteilt werden, wird der Haftbefehl voraussichtlich ebenso wenig vollstreckt werden wie derjenige gegen Omar al Bashir. Der vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagte Präsident des Sudans reist seit Jahren unbehelligt durch Afrika. Staatschefs, die ihn gewähren lassen, kritisieren das Gericht als ein im kolonialzeitlichen Geist betriebenes Instrument, das politisch opportune Entscheidungen westlicher Staaten umsetze. Deutlich wird dies aus ihrer Sicht auch am Prozess gegen Laurent Gbagbo, den ehemaligen Präsidenten der Côte d'Ivoire, der nach der Wahlniederlage im Jahr 2010 militärisch gegen den Wahlsieger Alassane Ouattara voringing. Nun steht er in Den Haag vor Gericht. „Siegerjustiz“ nennen dies seine politischen Freunde. Sie fragen, warum nicht auch Plünderungen und Vergewaltigungen, die von Ouattaras Truppen begangen wurden, strafrechtlich

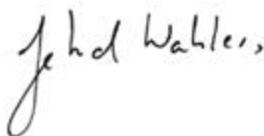
verfolgt würden. Wie auch immer in Den Haag über Gbagbo geurteilt werden wird, ob das Urteil auf absehbare Zeit einen Beitrag zu Versöhnung und Aufarbeitung in der Côte d'Ivoire leisten kann, ist fraglich. Hier zeigt sich, dass die Prozesse, die vor dem Gerichtshof in den Niederlanden geführt werden, ihre Wirkung zumindest kurz- und mittelfristig verfehlen können: Sie können juristisch einwandfrei ablaufen und dennoch auf Ablehnung stoßen. Sie können das Aufeinanderzugehen von Opfern und Tätern, die Aussprache der Bevölkerungsgruppen und die Entwicklung eines gemeinsamen Geschichtsbilds sogar für einige Zeit erschweren.

Deutlich zeigt sich das am Kriegsverbrechertribunal der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien. Erstmals berichten in den Auslandsinformationen vier Mitarbeiter der Stiftung in den betroffenen Ländern zu einem Thema, und wer ihre Bilanz liest, kommt zu einem gemischten Urteil: Einerseits leisten die Prozesse gegen Militär- und Regierungsangehörige aus der Zeit der Jugoslawienkriege einen wichtigen Dienst, indem sie Fakten zusammentragen, die eine möglichst objektive Aufarbeitung der Vergangenheit erst ermöglichen. Andererseits erschweren sie zumindest in der kurzfristigen Perspektive genau diese Aufarbeitung: In Den Haag wurden mehrheitlich Serben verurteilt, während es zu Freisprüchen für Angehörige anderer Ethnien kam. Dies führt nun dazu, dass zahlreiche Serben bis hinein in die Regierung die Urteile als rein politisch ablehnen. „Siegerjustiz“ hört man auch von ihnen. Die Kroaten und die Bosniaken dagegen nehmen die Freisprüche zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass sie sich lediglich verteidigt hätten. Doch schwere Verletzungen der Genfer Konventionen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit können auch in einem Abwehrkrieg begangen werden.

Wenn Gesellschaften Zeiten großen Unrechts und verheerender Gewalt erlebt haben, sind sowohl die Aufarbeitung der Vergangenheit als auch die juristische Verurteilung der Verantwortlichen von großer Wichtigkeit. Beides muss miteinander einhergehen, damit Täter und Opfer wieder friedlich miteinander leben können. In Deutschland haben die Nürnberger Prozesse und die nachfolgenden Gerichtsverhandlungen den Grundstein für eine gesellschaftliche

Beschäftigung mit den Verbrechen der Nazizeit gelegt. Wenn es auch nur mit einiger Verzögerung dazu kam – Deutschland hätte sich mit der eigenen Schuld weniger intensiv beschäftigt, wenn es die Prozesse nicht gegeben hätte. In diesem Wissen weist die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahrzehnten im Rahmen ihrer Internationalen Zusammenarbeit auf die Bedeutung der Vergangenheitsaufarbeitung hin. Ein Teil dieser Aufarbeitung sind immer auch die juristischen Verfahren, und ein auf Initiative der Vereinten Nationen eingerichteter Internationaler Strafgerichtshof ist dafür die geeignete Institution.

Um nicht als politischer Akteur wahrgenommen zu werden, der von westlichen Interessen dominiert wird, sollte der Gerichtshof seine juristischen Verfahren durch intensivierete Aufklärungsarbeit in den betreffenden Ländern flankieren. Den Aufbau eines Strafgerichtshofs unter dem Dach der Afrikanischen Union sollten die internationalen Geber indessen nur dann unterstützen, wenn sie von den lautereren Absichten der Initiatoren überzeugt sind. Anderenfalls entsteht eine Situation wie im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, der von Ländern dominiert wird, die die Universalität der Menschenrechte infrage stellen. Die internationale Gemeinschaft sollte außerdem darauf hinwirken, dass sich sämtliche Staaten der Gerichtsbarkeit des Den Haager Gerichtshofs unterwerfen. Bis heute haben zum Beispiel die USA, China und Russland das Römische Statut nicht unterzeichnet, was der Akzeptanz des Gerichtshofs erheblich schadet. Ob sie dies in absehbarer Zeit tun werden, ist mehr als fraglich. Darauf hinzuwirken ist, dass die Urteile des Internationalen Strafgerichtshofs auch in den Ländern der Täter Akzeptanz finden. Nur so können sie einen Grundstein für Aufarbeitung und Versöhnung legen.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de

DAS HAAGER KRIEGSVERBRECHERTRIBUNAL UND DIE VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG IN DEN LÄNDERN DES EHEMALIGEN JUGOSLAWIENS

Henri Bohnet / Anja Czymmeck / Michael A. Lange / Sabina Wölkner

Der Zerfall Jugoslawiens in den Jahren 1991 bis 1999 war von blutigen Kriegen geprägt, die die ehemaligen Brüdernationen von Titos Vielvölkerstaat zu erbitterten Kriegsgegnern werden ließen. Noch heute belasten die Folgen der Konflikte die demokratische Entwicklung in der Mehrzahl der jugoslawischen Nachfolgestaaten und die Beziehungen der Staaten untereinander. Völkermord, Vertreibungen, Erschießungen und Zerstörungen: jede Nation hat heute ein sich oft deutlich von den Nachbarn unterscheidendes Verständnis über Ursache und Verursacher der Konflikte und der einzelnen Kriegsverbrechen. Die eigene Rolle im Krieg wird in vielen Fällen glorifiziert und gerechtfertigt als notwendiger Befreiungskampf für die nationale Selbstständigkeit. Bosniaken, Kroaten und Serben verstehen sich in diesem Sinne als Sieger und Opfer gleichermaßen. So ist es schwierig, einen selbstkritischen Dialog über die Kriegsvergangenheit zu führen. Eine Journalistin brachte das Dilemma auf den Punkt: „Wir wollen alle Versöhnung, aber keiner will Verantwortung übernehmen!“¹

Die Untersuchung und Aufarbeitung eigener Verbrechen erfolgt vor diesem Hintergrund nur unter großem Widerstand der Bevölkerung. Die von allen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens angestrebte Mitgliedschaft in der Europäischen

1 | Duška Jurišić, führende Redakteurin bei der Wochenzeitschrift *Dani*, bei einer Diskussionsveranstaltung der *Deutschen Welle* über Religionen in Bosnien und Herzegowina, Sarajevo, 10/2011.



Henri Bohnet leitet das Auslandsbüro der KAS in Belgrad.



Anja Czymmeck leitet das Auslandsbüro der KAS in Skopje.



Dr. Michael A. Lange leitet das Auslandsbüro der KAS in Zagreb.



Sabina Wölkner leitet das Auslandsbüro der KAS in Sarajevo.

Union, bislang lediglich Realität für Slowenien und voraussichtlich von Juli dieses Jahres an für Kroatien, kann jedoch nur durch eine regionale Aussöhnung auf der Basis einer umfassenden Vergangenheitsaufarbeitung erreicht werden. Denn gutnachbarschaftliche Beziehungen sind eines der Beitrittskriterien.

Die volle Kooperation der jugoslawischen Nachfolgestaaten mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal ist dabei für die EU-Mitgliedschaft ein notwendiger Schritt für alle ehemaligen Kriegsparteien. Zwanzig Jahre nach der Errichtung des Kriegsverbrechertribunals für Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, kurz,

ICTY) in Den Haag besteht kein Zweifel, welche zentrale Rolle dieses bei der Verfolgung der wichtigsten Kriegsverbrecher und der Dokumentation von Kriegsverbrechen spielt, um eine unabhängige Darstellung über Ursache und Verlauf der Kriege zu ermitteln und

Der Internationale Strafgerichtshof spielt eine zentrale Rolle, um eine unabhängige Darstellung der Kriege zu ermitteln und eine weitgehend objektive Geschichtsschreibung zu ermöglichen.

letztendlich eine wünschenswerte, weitgehend objektive Geschichtsschreibung zu ermöglichen. Als erstes internationales Tribunal nach den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg und Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Arbeit des ICTY mittlerweile der Errichtung anderer regionaler und internationaler Strafgerichte den Weg bereitet.

In der Region des westlichen Balkans stehen nach der Auslieferung der lange gesuchten Angeklagten Ratko Mladić und Goran Hadžić 2011 an Den Haag die Verfahren selbst und schließlich die unlängst gefällten und die noch zu erwartenden Urteile im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.² Die jüngsten Freisprüche für die kroatischen Generäle Ante Gotovina und Mladen Markač, für den serbischen ehemaligen Armeechef Jugoslawiens, Momčilo Perišić, sowie für den Kosovaren Ramush Haradinaj im vergangenen Herbst haben die Tragweite der Haager Entscheidungen auf Politik und öffentlichen Diskurs in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens noch einmal vor Augen geführt. Die Frage nach der nationalen Vergangenheitsaufarbeitung und der regionalen Aussöhnung erscheint aktueller denn je.

2 | Zu den abgeschlossenen und aktuellen Verfahren des Tribunals vgl. Tabelle 1 am Ende dieses Beitrags.

VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG IN KROATIEN

Nach der bereits im Jahre 2010 erfolgten Schließung des Büros der Staatsanwaltschaft des ICTY schloss kürzlich, am 31. Dezember 2012, auch das Outreach-Büro des ICTY in der kroatischen Hauptstadt Zagreb (und in Priština) seine Pforten. Dies geschah im Rahmen der Vorbereitungen zur Beendigung der Aktivitäten des ICTY bzw. des Auslaufens des entsprechenden Mandats der Vereinten Nationen. Bis Ende Dezember 2014 bleiben jetzt nur noch die ICTY-Büros in Belgrad und Sarajevo weiter bestehen.³ Mit der Schließung des Büros geht aus Sicht Kroatiens, einem Land, dem im Zusammenhang mit den Aktivitäten dieses Internationalen Tribunals jahrelang der Vorwurf gemacht worden war, es habe die „Schlacken der Tuđman-Ära nie restlos abgelegt“,⁴ eine wichtige „Phase der Vergangenheitsaufarbeitung“ noch rechtzeitig vor dem für den 1. Juli 2013 vorgesehenen Beitritt des Landes zur Europäischen Union zu Ende. Die Beziehung Kroatiens zum Haager Tribunal blickt auf eine lange, wechselvolle Geschichte zurück, die mit der durch die Resolution 827 des VN-Sicherheitsrates erfolgten Gründung des Tribunals im Mai 1993 begann und mit der Schließung der letzten Repräsentanz jetzt einen Abschluss gefunden hat.

Aus Sicht Kroatiens geht eine wichtige „Phase der Vergangenheitsaufarbeitung“ noch rechtzeitig vor dem für den 1. Juli 2013 vorgesehenen Beitritt des Landes zur Europäischen Union zu Ende.

Kroatien und das ICTY

Lange Jahre galt Kroatien als ein Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawiens, der sich einer Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal weitgehend verweigert hat. Dieser oft geäußerte Vorwurf stützte sich im Wesentlichen auf die nachweislich unbefriedigende Zusammenarbeit mit dem Tribunal während der Tuđman-Ära (1996–1999) und auch noch während der darauffolgenden Regierungszeit Ivica

3 | „ICTY closes its field office in Croatia and Kosovo“, Zagreb, 31.12.2012 (Hina).

4 | Karl-Peter Schwarz, „Freispruch in Den Haag: Entlastung und Erleichterung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.11.2012, <http://faz.net/aktuell/politik/-11962945.html> [12.03.2013].

Das Parlament beschloss, dass militärische Operationen auf kroatischem Territorium keine Kriegsverbrechen darstellten, sondern defensive Befreiungsaktionen besetzter Gebiete.

Račans (2000-2003).⁵ Zwar hatte das kroatische Parlament am 19. April 1996 ein Gesetz, das die Zusammenarbeit mit dem ICTY verfassungsrechtlich verankerte, in dem Glauben verabschiedet, das Tribunal werde vorrangig serbische Kriegsverbrechen verfolgen. Am 5. März 1999 folgte jedoch ein Beschluss, wonach in Rede stehende militärische Operationen auf kroatischem Territorium keine Kriegsverbrechen darstellten, sondern defensive Befreiungsaktionen besetzter Gebiete, und diese – wenn überhaupt – unter kroatische Jurisdiktion fielen. Auf der Grundlage dieser Haltung kam es vor kroatischen Gerichten bis zum Ende der Tuđman-Ära nur zu einem einzigen Verfahren gegen einen kroatischen Staatsbürger, gleichzeitig ergingen jedoch gegen ca. 400 Serben (zum Teil in Abwesenheit) Schuldsprüche wegen Kriegsverbrechen.

Vom neuen Ministerpräsidenten Račan versprach sich das ICTY eine Veränderung hin zu einer umfassenderen Aufklärungsarbeit, und die neue Regierungskoalition zeigte sich auch umgehend bereit, dem ICTY die Zuständigkeit für die Verfolgung von Kriegsverbrechern in Kroatien zu übertragen. Schon bald musste die Regierung jedoch erkennen, dass die kroatische Öffentlichkeit eine solche Zusammenarbeit mehrheitlich missbilligte. Diese Haltung kulminierte nach der Verurteilung der so genannten Gospic-Gruppe um den damals jüngsten kroatischen General Mirko Norac in empörenden Großdemonstrationen. Mehr als 150.000 Kroaten protestierten in Split gegen die Verurteilung dieser „Kriegshelden“ und schalteten Regierungschef Račan, der sich ernsthaft um eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal bemüht hatte, einen „Verräter“ und „unpatriotischen Gesellen“.

Mit der im Ergebnis erfolglosen Anklageerhebung gegen den ehemaligen General Janko Bobetko, Generalstabschef bei der „Medak-Operation“, die sogar für Aufruhr im kroa-

5 | Im Folgenden wird auf die detaillierte Darstellung der Beziehung Kroatiens zum ICTY Bezug genommen: Vjeran Pavlakovic, „Better the Grave than a Slave: Croatia and the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia“, in: Sabrina P. Ramet, Konrad Clewing und Reneo Lukic, „Croatia since independence“, *Südosteuropa Arbeiten*, Nr. 131, 447-477, hier 451 ff.

tischen Parlament gesorgt hatte, erreichte die Stimmung gegen das ICTY in der kroatischen Bevölkerung ihren Höhepunkt. Eine große Mehrheit (70 Prozent der Befragten) sprach sich gegen eine Auslieferung Bobetkos aus.⁶ Die Krise fand ihr Ende „am 29. April 2003, als Bobetko starb, ohne je die Anklageschrift gesehen zu haben. Bobetkos Tod und die Februar-Demonstrationen in Split anlässlich des Falls Norac stellten zwei Schlüsselmomente in den Beziehungen des Landes zu Den Haag dar.“⁷ Mit Bobetko hatte sich nach Tuđman und Susak nun auch noch der letzte hauptverantwortliche kroatische Militärführer „auf natürliche Weise“ dem Haager Tribunal entzogen.

Der damaligen Chefanklägerin des Tribunals, Carla Del Ponte, war daran gelegen, Verantwortliche für Kriegsverbrechen unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Aus Sicht vieler Serben verstärkte sich jedoch der Eindruck, das Tribunal sei allein eine anti-serbische Einrichtung.⁸ Aus diesem Grunde erhielt der Fall des kroatischen Generals Gotovina möglicherweise eine ganz besondere Bedeutung.⁹

Als sich die kroatische Regierung unter Račan nach den Erfahrungen von Split den Bestrebungen Del Pontes mit nachlassendem Engagement widmete, jedoch gleichzeitig von der Opposition beschuldigt wurde, dem Haager Tribunal Kroatiens größte Kriegshelden auszuliefern, ließ sich die ohnehin drohende Wahl Niederlage Račans im Herbst 2003 nicht mehr verhindern. Nach nur drei Jahren im Amt kam es zur frühzeitigen Ablösung.¹⁰ Auch für die Nachfolgeregierung unter Ivo Sanader blieb das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag eine andauernde „innenpolitische Komplikation“.¹¹ Sanader war im Kern bemüht, zwar mit dem ICTY zu kooperieren, gleichzeitig jedoch Versuchen zur „Geschichtsverfälschung“ entgegenzutreten, indem man etwa immer wieder auf eine fragwürdige ICTY-Beweisführung hinwies, oft mit Hilfe dubioser Quellen.

Auch für die kroatische Regierung unter Ivo Sanader blieb das Kriegsverbrechertribunal eine andauernde „innenpolitische Komplikation“.

6 | Ebd., 457.

7 | Ebd.

8 | Ebd., 458.

9 | Ebd.

10 | Ebd., 453 f.

11 | Ebd., „The Sanader era 2004-present“, 461-464.



Chefanklägerin Carla Del Ponte war daran gelegen, Verantwortliche für Kriegsverbrechen unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit zur Rechenschaft zu ziehen. | Quelle: © ICTY.

Die Urteile gegen die ehemaligen Generäle Gotovina und Markač

Nachdem es im Dezember 2005 zur Festnahme und späteren Verurteilung des seit seiner Anklage im Jahre 2001 untergetauchten ehemaligen kroatischen Generals Ante Gotovina gekommen war, verbesserten sich die Beziehungen Kroatiens mit dem ICTY weiter. Das Tribunal machte für Kroatien den Weg frei für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.¹² Nachdem sich auch General Markač den Behörden gestellt hatte und dem Tribunal überstellt worden war, verkündete dieses im April 2011 nach langwierigen Verhandlungen die erstinstanzlichen Urteile gegen die beiden Generäle Gotovina und Markač, die zu 24 bzw. 18 Jahren Haft verurteilt wurden. Die beiden hatten 1995 die „Operation Sturm“ (Operacija Oluja) befehligt, in deren Verlauf über 200.000 Serben aus der Krajina das Gebiet verlassen mussten und über

12 | Die ursprünglich für März 2005 geplante Aufnahme der Beitrittsverhandlungen war erst im Oktober möglich, nachdem Chefanklägerin Carla Del Ponte ihre Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit der kroatischen Regierung im Falle Gotovina geäußert hatte. Führende Politiker der EU riefen erneut die Behörden in den kroatischen Nachbarländern zur umfassenden Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal und hofften auf Fortschritte im Versöhnungsprozess auf dem Balkan. Vgl. „Kroate Gotovina auf den Kanaren verhaftet“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.12.2005, <http://faz.net/aktuell/politik/-1281323.html> [12.03.2013].

1.700 getötet wurden. Die Enttäuschung über diese beiden Urteile war in der kroatischen Öffentlichkeit enorm, dennoch kam es zu keiner größeren Demonstration. Die Kroaten setzten ihre Hoffnungen auf das sogleich anberaumte Revisionsverfahren.

Am 16. November 2012 wandelte der Internationale Strafgerichtshof die Urteile nach einem aufsehenerregenden Revisionsverfahren mit der knappen Mehrheit von drei der fünf stimmberechtigten Richter in „Freisprüche aus Mangel an Beweisen“ um. Die Richter urteilten dabei, es sei nicht erwiesen, dass die Flucht bzw. Abwanderung der Serben am Ende des Krieges in Kroatien (1991-1995) eine Gotovina und Markač vorzuwerfende „geplante Vertreibung“ gewesen sei. Zur weiteren Begründung ihrer Revision erklärten die Richter, die Urteile in erster Instanz hätten auf der nicht gerechtfertigten Annahme beruht, man könne alle Artilleriegeschosse, die mehr als 200 Meter von legitimen, militärischen Zielen entfernt einschlugen, als „zielgerichtete Angriffe auf Zivilisten“ werten. Zudem habe das Gericht in erster Instanz zu Unrecht unterstellt, es habe ein „gemeinsames kriminelles Unternehmen“ gegeben, „dessen Ziel es gewesen sei, serbische Zivilisten endgültig und gewaltsam aus der Region Krajina zu vertreiben“.¹³ Dieser Argumentation könne das jetzige Gericht nicht folgen, deshalb spreche es die Angeklagten von den erhobenen Vorwürfen frei.

Im Revisionsverfahren stellte der ICTY fest, dass erstinstanzlich zu Unrecht ein „gemeinsames kriminelles Unternehmen“ zur Vertreibung der Serben aus der Krajina unterstellt wurde. Gotovina und Markač wurden freigesprochen.

Kroatische Reaktionen auf die Urteile des Haager Tribunals

In Kroatien wurden die Freisprüche von tausenden Bürgern auf dem zentralen Platz der Hauptstadt Zagreb auf Großbildleinwand verfolgt und mit Enthusiasmus aufgenommen. Auf ähnlichen Veranstaltungen in anderen Städten Kroatiens, darunter Pakoštane und Đurđevac, die Heimatstädte der beiden Angeklagten, gab es ebenfalls Jubel. Hunderte in Uniform erschienene kroatische Veteranen hatten Tränen in den Augen, als Gotovina noch am Abend nach der

13 | Vgl. „Jubel in Kroatien über Freispruch der Generäle Gotovina und Markač“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.11.2012, <http://onleihe.de/static/content/faz/20121117/F121117/vF121117.pdf> [12.03.2013].

Urteilsverkündung auf dem Jelacic-Platz in Zagreb zu ihnen sprach.¹⁴ Kroatische Politiker feierten den Freispruch der Generäle als „Sieg für Kroatien“, wie etwa Verteidigungsminister Ante Kotromanović, der meinte, nun habe endlich die Wahrheit gesiegt.¹⁵

Tatsächlich wurden Gotovina und Markač noch am Tag der Urteilsverkündung am Zagreber Flughafen von Ministerpräsident Zoran Milanović und Parlamentspräsident Josip Leko in Empfang genommen und am Abend im Rahmen eines Empfangs bei Staatspräsident Ivo Josipović in ihrer Heimat willkommen geheißen. Milanović dankte Gotovina und Markač für das, was sie für die Verteidigung

Ministerpräsident Milanović dankte Gotovina und Markač für das, was sie für die Verteidigung eines unabhängigen Kroatiens auf sich genommen hätten.

eines unabhängigen Kroatien auf sich genommen hätten.¹⁶ Auf einer außerordentlichen Pressekonferenz unterstrich er, dass es immerhin 17 lange Jahre gedauert habe, dieses schwierige Verfahren zu einem Ende zu bringen. Auch wenn die Entscheidung der Richter nicht einhellig gewesen sei, was davon zeuge, wie nahe Wahrheit und Unwahrheit beieinander lägen, so handele es sich bei den beiden Generälen um „Unschuldige“. Das Urteil bedeute aber nicht, dass der Krieg nicht blutig gewesen sei oder keine Fehler begangen worden wären.¹⁷ Der Freispruch ändere nichts an der Notwendigkeit, sich auch mit den von Kroaten begangenen Kriegsverbrechen intensiv auseinanderzusetzen.¹⁸

Leko bezeichnete den Tag der Urteilsverkündung als einen „großen Tag für Kroatien“. Das Urteil sei ein Beweis dafür, dass Kroatien einen gerechtfertigten Verteidigungskrieg gemäß den Regeln des Internationalen Rechts geführt habe.¹⁹ Sichtlich erleichtert kommentierte schließlich Staatspräsident Josipović in einer Fernsehansprache das

14 | Vgl. Nina Brnada, „Ante Gotovina: Der Held, der keiner sein will“, *Der Standard*, 26.11.2012.

15 | Vgl. „Pobijedila je istina, idem po generale Vladinim avionom“, *Večernji list*, 16.11.2012, <http://vecernji.hr/komentar/475953> [12.03.2013].

16 | Vgl. „Premijer Milanović: ‚Pao nam je kamen sa srca! Gotovini i Markaču hvala što su toliko izdržali za Hrvatsku‘“, *Jutarnji list – Portal Jutarnji hr*, 16.11.2012, <http://jutarnji.hr/1066731> [12.03.2013].

17 | Ebd.

18 | Vgl. Fn. 13.

19 | Vgl. „Leko: Ovo je priznanje da smo vodili pravedan, obrambeni rat“, *24 sata*, 16.11.2012, <http://24sata.hr/politika/-289758> [12.03.2013].

„gerechte Urteil“ des Tribunals. Das Gericht habe anerkannt, dass die Angeklagten für die zivilen Opfer der „Operation Sturm“ nicht persönlich verantwortlich seien.²⁰

Reaktionen der Serben in Kroatien auf die Urteile des Haager Tribunals

Der wichtigste politische Repräsentant der serbischen Minderheit in Kroatien, der Parlamentsabgeordnete und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des kroatischen Parlaments (Sabor) Milorad Pupovac, bemerkte dagegen in seiner Parlamentsrede, die Freisprüche seien zwar ein großer Tag für Kroatien, wenn aber die Generäle nicht schuldig seien, müsse die Frage erlaubt sein, wer für die Kriegsverbrechen in der Krajina zur Verantwortung zu ziehen sei.²¹ Die Rückeroberung der Region mit militärischen Mitteln gilt den Serben weiterhin als eine „verbrecherische“ Operation, den Kroaten dagegen als erfolgreiche Rückeroberung und Befreiung kroatischer Gebiete. Beide Sichtweisen kritisierte Pupovac als einseitig, weshalb es notwendig bleibe, diese dunklen Seiten des Krieges weiterhin gemeinsam mit Kroaten und Serben aufzuarbeiten und die diesbezügliche Zusammenarbeit fortzusetzen.²²

Das Urteil des Tribunals werde, so bedauerte Pupovac, von zahlreichen Kroaten nicht als Freiheit für zwei Individuen verstanden, sondern allgemein als „Freiheit von Schuld“ und als Sieg jener Politik, von der sich Kroatien seit 2000 zu distanzieren versucht habe.²³ In einer späteren Einlassung präzisierte Pupovac seine Ausführungen dahingehend, dass das Haager Tribunal die zwei Generäle zwar von den in der Anklageschrift angegebenen Vorwürfen freigesprochen, nicht jedoch geklärt habe, wer für die Kriegsverbrechen die politische Verantwortung trage und wie eine nachhaltige Lösung der serbischen Minderheitenproblematik in Kroatien aussehen müsse.

20 | Vgl. Fn. 13.

21 | Vgl. Interview mit Milorad Pupovac, „Ich habe 20 Jahre an das andere Kroatien geglaubt“, *Der Standard*, 24.11.2012, <http://derstandard.at/1353207154088> [13.03.2013].

22 | Vgl. Marina Karlović Sabolić, „Milorad Pupovac: Hrvatsko pravosuđe riskira da bude sudionik u zločinu“, *Slobodna Dalmacija*, 08.12.2012, <http://urednik.slobodnadalmacija.hr/Spektar/tabid/94/articleType/ArticleView/articleId/196042/Default.aspx> [13.03.2013].

23 | Vgl. Fn. 21.

Auf die Frage, wie die serbische Gemeinschaft in Kroatien mit dem Urteil umzugehen gedenke, sagte Pupovac: „Es ist nicht das Schlimmste, was ihnen passiert ist. Nachdem sie vertrieben und stigmatisiert wurden und ihre Jobs ver-

„Wenn wir nun der EU mit der dominanten Logik beitreten, dass der ‚Krieg vorüber‘ und damit auch die Frage der Kriegsverbrechen erledigt ist, wird ein neuer Kanon etabliert.“ (Milorad Pupovac)

loren haben, ist es für sie keine Frage, ob sie zufrieden sind oder nicht, sondern ob sie frei von Angst sein können.“ Und er ergänzte: „Wenn wir nun der EU mit der dominanten Logik beitreten, dass der ‚Krieg vorüber‘ und damit auch die Frage der Kriegsverbre-

chen erledigt ist, wird ein neuer Kanon etabliert.“²⁴ Deshalb werde man die aktuelle kroatische Regierung weiter beim Wort nehmen, die Rechte der serbischen Minderheit wahren zu wollen, und dies auch an ihrer Haltung gegenüber dem in der kroatischen Verfassung festgeschriebenen Recht auf bilinguale Verkehrszeichen in Gebieten mit mehr als einem Drittel serbischer Bevölkerung – so etwa in Städten wie Vukovar – überprüfen.

Indessen bleibt es auch das Interesse der serbischen Minderheit in Kroatien, dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen Zagreb und Belgrad wieder verbessern, nachdem sie im Zuge der Urteilsverkündung durch das Tribunal durch entsprechende Kommentierungen beider Seiten gelitten hatten. Hoffnung, so Pupovac, gebe vor allem der seit März 2009 erste Besuch eines kroatischen Ministerpräsidenten in Belgrad, der auch die Stellung der jeweiligen Minderheiten im Nachbarland spürbar verbessern werde.²⁵

24 | Ebd.

25 | „Milanović i Dačić u Beogradu: odnose odlediti, resetirati i početi ispočetka“, *Novilist*, 16.01.2013, <http://tinyurl.com/b54bz3v> [13.03.2013].

VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG IN SERBIEN

Seit Beginn seiner Arbeit vor zwanzig Jahren hat das Haager Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in der serbischen Öffentlichkeit einen schweren Stand. Nach den Freisprüchen für Gotovina, Markač und Haradinaj hat sich der Eindruck im Land verfestigt, das Gericht sei „gegen Serbien“ etabliert. Diesen Schluss zog Serbiens Präsident Nikolić in einer öffentlichen Reaktion auf den Freispruch der kroatischen Generäle.²⁶ Die Enttäuschung in Serbien über die Freisprüche und der Jubel in Zagreb und Priština machen deutlich, wie tief die Gräben zwischen den ehemaligen Brudernationen noch sind. Jedes Land hat seine Interpretation der eigenen Rolle während der Jugoslawienkriege und der Rolle der Anderen.²⁷

Serbiens Präsident Nikolić zog in einer öffentlichen Reaktion auf den Freispruch der kroatischen Generäle den Schluss, das Haager Tribunal sei „gegen Serbien“ etabliert.

Ein verstärkter Fokus auf die Opfer von Kriegsverbrechen, egal welcher Nationalität, und weitergehende Bemühungen zur Ermittlung der für die Verbrechen Verantwortlichen ist geboten. Dabei ist die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit gerade in Serbien und die Akzeptanz der zentralen Rolle des Milošević-Regimes in den Kriegen notwendiger denn je.

EU-Integration als Druckmittel

Gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten des westlichen Balkans sind von zentraler Bedeutung für deren EU-Integration. Für Serbien ist dieses Beitrittskriterium hochaktuell, hängt doch der nächste Schritt des Landes

26 | Siehe Florian Bieber, „Hague Verdicts Don't Justify Croatia's, Kosovo's, Wars“, *BalkanInsight*, 29.11.2012, <http://balkaninsight.com/en/article/hague-verdicts-don-t-justify-croatia-s-kosovo-s-wars> [19.03.2013].

27 | Dass diese auch heute noch für Konflikte sorgen, belegt der jüngste Streit um ein Denkmal für albanische Aufständische im südserbischen Presevotal. Die Aufständischen wurden von den serbischen Behörden als Terroristen eingestuft, das Denkmal für illegal erklärt und im Januar unter großen Protesten der örtlichen Bevölkerung entfernt. Folge war unter anderem die Zerstörung hunderter serbischer Gräber im Kosovo. Für mehr Informationen siehe Marija Ristić, „Serbia Removes Albanian Guerrilla Monument“, *BalkanInsight*, 20.01.2013, <http://balkaninsight.com/en/article/serbia-removes-albanian-guerrilla-monument> [13.03.2013].

auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft davon ab: der Beginn der Beitrittsverhandlungen. Belgrads Beziehungen mit den ex-jugoslawischen Nachbarländern sind immer noch zu großen Teilen von einem verzerrten Blick auf die eigene Vergangenheit geprägt, der eine treffende Einschätzung der politischen Realität von heute erschwert: Die Nicht-Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit, die aus Sicht Sarajewos und Podgoricas unverhältnismäßige politische Unterstützung der serbischen Minderheiten und Einmischung in Bosnien-Herzegowina und Montenegro sowie schließlich das fortdauernde Misstrauen gegenüber Kroatien – das alles gründet, so urteilen viele außerhalb Serbiens, auf dessen Nicht-Anerkennung seiner Rolle in den Kriegen der 1990er Jahre. Betrachtet man die politischen Führungskräfte, die derzeit in Belgrad an der Macht sind, und die Art und Weise, wie der Präsident, der Premierminister oder sein Stellvertreter ihre politische Karriere unter Milošević begannen, so erscheint tatsächlich eine Normalisierung der Beziehungen Serbiens mit seinen Nachbarn problematisch.



Ratko Mladić (links) und Radovan Karadžić 1993 in Pale: Die Auslieferung der Angeklagten war Voraussetzung für die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen. | Quelle: © Stringer / epa / picture alliance.

Nichtsdestotrotz gibt es Anzeichen, dass die im vergangenen Sommer neu ins Amt gewählte Führung in Belgrad die Notwendigkeit verbesserter politischer Kontakte zum unmittelbaren Ausland erkannt hat und gegenüber der Vorgängerregierung verloren gegangenen Boden wieder gut

machen möchte. Vor allem Berlin hat Belgrad von Beginn an klar vorgegeben, wo die außenpolitischen Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Und so spielt das Kopenhagener Beitrittskriterium der gutnachbarschaftlichen Beziehungen in der Bewertung des Demokratie- und Reformfortschritts des größten Staates auf dem westlichen Balkan eine immer wichtigere Rolle, je mehr sich für Belgrad die Beitrittsperspektive konkretisiert: Noch in diesem Jahr möchte Belgrad einen Termin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen erhalten. Es muss als Voraussetzung dafür neben der Umsetzung interner Reformen einen konfliktfreien Umgang mit dem vor fünf Jahren unabhängig proklamierten Kosovo finden. Dafür führen Belgrad und Priština seit 2011 einen von der EU geförderten technischen Dialog, der seit vergangener Herbst mit Gesprächen zwischen den Premierministern der beiden Länder auf die politische Ebene ausgeweitet wurde. Der politische Dialog ist notwendig, um Vertrauen aufzubauen und eine nachhaltige Lösung für den Norden Kosovos zu finden, in dem ohne direkten Einfluss der kosovarischen Staatsgewalt mehrheitlich Serben leben.

Ohne regelmäßigen politischen Austausch zwischen den ehemaligen Konfliktparteien, also nicht nur mit Priština, sondern auch mit Zagreb und Sarajewo, ist es schwer vorstellbar, dass Voraussetzungen für gutnachbarschaftliche Beziehungen geschaffen werden, die nicht nur die Übernahme ungelöster Probleme in die EU (wie beispielsweise im Falle des geteilten Zyperns) verhindern, sondern auch die regionale Aussöhnung und damit die politische Stabilität auf dem westlichen Balkan fördern sollen. Diese sieht der serbische Premier Đaćić einerseits durch die jüngsten Freisprüche des Haager Tribunals ins Stocken geraten. Die Freisprüche hätten zudem das Ansehen des Gerichts in Serbien diskreditiert und die Zusammenarbeit Belgrads mit Den Haag in Frage gestellt.²⁸ Nachdem sich andererseits der öffentliche Sturm der Entrüstung über die Feiertage um den Jahreswechsel gelegt hat, scheint Belgrad auf der politischen Arbeitsebene pragmatisch und konstruktiv weiterzuarbeiten: Der Dialog mit Priština wurde Mitte Januar sowohl auf techni-

Nachdem sich der öffentliche Sturm der Entrüstung über die Feiertage um den Jahreswechsel gelegt hat, scheint Belgrad auf der politischen Arbeitsebene pragmatisch und konstruktiv weiterzuarbeiten.

28 | Siehe Vladan Marjanović et al., *V.I.P. Daily News Report*, V.I.P. News Services, 20.11.2012.

scher als auch auf politischer Ebene fortgesetzt; kurz zuvor lief der erste Besuch des kroatischen Premiers in Belgrad sachlich und ergebnisorientiert.

Gesellschaftliches Umfeld für Vergangenheitsaufarbeitung problematisch

Doch kann die nüchterne Fortsetzung der serbischen Nachbarschaftspolitik eine ebenso nüchterne Betrachtung der eigenen Vergangenheit nach sich ziehen? Eine umfassende

Vergangenheitsaufarbeitung ist schließlich kein explizit formuliertes Beitrittskriterium.

Das Umfeld für die Aufarbeitung der eigenen Kriegsverbrechen erscheint in weiten Teilen der Öffentlichkeit aufgrund der Perzeption eines gegen Serbien arbeitenden Gerichts schwieriger.

Tatsächlich erscheint das Umfeld für die Aufarbeitung der eigenen Kriegsverbrechen und das Ermitteln historischer Tatsachen in Serbien heute, vor dem Hintergrund der großen

Enttäuschung über die Freisprüche, in weiten Teilen der Öffentlichkeit und der damit einhergehenden Perzeption eines gegen Serbien arbeitenden Gerichts, schwieriger. Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die seit Jahren in Serbien die Tätigkeit des Tribunals begleiten und für einen ehrlichen Umgang mit den Kriegen und seinen Opfern eintreten, trifft verstärkt auf Widerstand und Unverständnis. Die wichtigste staatliche Institution zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, das serbische Büro für Kriegsverbrechen und dessen Staatsanwalt, stehen ebenfalls vor höheren Hürden, die Strafverfolgung im eigenen Land in dieser vergifteten Atmosphäre voranzubringen.

Warum, so denken viele Serben, soll Belgrad Täter für Verbrechen während der Kriege bestrafen, wenn die anderen trotz eindeutig belegter Verbrechen gegen Serben straffrei ausgehen? In einer Diskussion des jüngsten Tätigkeitsberichts des ICTY vor dem VN-Sicherheitsrat fragte der serbische Vizepremier Vučić mit Bezug auf die jüngsten Freisprüche: „Haben Serben denn auch ein Recht auf Gerechtigkeit? Wer ist verantwortlich für die zahlreichen Ermordungen serbischer Zivilisten in Kroatien? Wenn Gotovina und Markač nicht schuldig sind, wer ist es dann? Diese Frage ist vom Tribunal nicht beantwortet. Seit seinem Bestehen hat es zahlreiche ehemalige serbische politische und militärische Führungskräfte wegen Kriegsverbrechen verurteilt. Gleichzeitig hat es darin versagt, einen einzigen hochrangigen Amtsträger aus Kroatien oder Bosnien bzw.

einen einzigen albanischen Amtsträger für Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen.“²⁹ In der Rede Vučićs wird die Tendenz der serbischen Seite deutlich, die Verantwortung für die Kriege und die begangenen Verbrechen auf die anderen Kriegsteilnehmer auszuweiten. Die explizite Anerkennung der zentralen Rolle Serbiens unter Milošević und der in dessen Namen verübten Verbrechen, die sich unter anderem auch in der Mehrzahl der vor dem Tribunal angeklagten Serben ausdrückt,³⁰ ist bisher nicht erfolgt.

Zu wenig Aufmerksamkeit für die Opfer der Konflikte

Die Reaktionen auf die Freisprüche zeigen nicht nur in Serbien, sondern auch in Kroatien und im Kosovo, so scheint es, dass die Anerkennung der Opfer von Kriegsverbrechen und ihre Suche nach Gerechtigkeit wenigstens vorübergehend in den Hintergrund geraten sind.

Dies trifft aus Belgrader Sicht im Besonderen das größte während der Kriege begangene Verbrechen gegen ethnische Serben: die „Operation Sturm“. Nach dem Freispruch der Generäle Gotovina und Markač fordern

Die Forderung nach Bestrafung der Verantwortlichen griff der serbische Justizminister kürzlich bei seinem Besuch beim ICTY-Chefankläger Serge Brammertz in Den Haag mit Nachdruck auf.

die Opferverbände weiter die Suche und Verurteilung der Verantwortlichen. Diese Forderung griff der serbische Justizminister kürzlich bei seinem Besuch beim ICTY-Chefankläger Serge Brammertz in Den Haag mit Nachdruck auf: „Alle Opfer serbischer Nationalität bleiben [...] auf dem Gebiet der Republik Kroatiens und des Kosovos ohne Verurteilung der Verantwortlichen für die gegen sie begangenen Verbrechen.“³¹ Auch Brammertz sieht in seinem jüngsten Bericht vor dem VN-Sicherheitsrat, in dem er die Gerichtsverfahren gegen Gotovina, Markač und Haradinaj kommen-

29 | United Nations Security Council, 6880th meeting, 05.12.2012, http://un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/PV.6880 [13.03.2013].

30 | Der Historiker Holm Sundhausen zählt von den insgesamt 161 Angeklagten vor dem ICTY 66 bosnische Serben, 26 Serben, 19 bosnische Kroaten, elf Kroaten, neun Bosniaken, sechs Kosovo-Albaner, vier kroatische Serben, drei Montenegriner/Serben, zwei Albaner und zwei Mazedonier sowie 13 weitere Angeklagte, deren Zuordnung unklar ist. Vgl. Holm Sundhausen, *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011*, Böhlau Verlag, 2012, 422.

31 | Siehe „Tribunal Delimično Svestan Odgovornosti“, Ministerium für Justiz der Republik Serbien, 17.01.2013, <http://www.mpravde.gov.rs/cr/news/vesti/tribunal-delimicno-svestan-odgovornosti.html> [13.03.2013].

tierte, „keinen Zweifel darin, dass ernsthafte Verbrechen im Laufe dieser Prozesse dokumentiert wurden. Die Opfer dieser Verbrechen haben das Recht auf Gerechtigkeit. Deshalb fordere ich die nationalen Behörden in der Region auf, innerhalb ihrer Zuständigkeit den Kampf gegen Straflosigkeit fortzuführen.“³²

Nachdem in den letzten Jahren alle gesuchten Kriegsverbrecher nach Den Haag überstellt und die Mehrzahl der Gerichtsverfahren bereits beendet wurde sowie die letzten offenen, unter anderem gegen Karadžić und gegen Mladić, voranschreiten, will das Tribunal die im VN-Mandat vorgesehene „Beendigungsstrategie“ für seine Arbeit umsetzen. Auch deshalb kommt den nationalen Büros für Kriegsverbrechen in der Region eine wachsende Bedeutung zu, die offenen Fragen im Sinne der Opfer zu klären, insbesondere diejenigen im Kontext der „Operation Sturm“. Das serbische Büro arbeitet bereits zehn Jahre an der Erfüllung dieser Aufgabe und wird von einheimischen Menschenrechtsorganisationen kritisch begleitet. Diese begrüßen die Verfolgung und Verurteilung von Kriegsverbrechern auf heimischen Boden, kritisieren jedoch das schleppende Tempo der Ermittlungen und Verfahren insbesondere gegen hochrangige Militärs. Auch bemängeln sie Defizite im Zeugenschutz, der für den erfolgreichen Ausgang eines Verfahrens eine zentrale Rolle spielt.³³

Menschenrechtsorganisationen begrüßen die Verfolgung und Verurteilung von Kriegsverbrechern auf heimischen Boden, kritisieren jedoch das schleppende Tempo der Ermittlungen und Verfahren insbesondere gegen hochrangige Militärs.

Serbiens Beitrag zu Strafverfolgung und Aufarbeitung

Präsident Nikolić, Premier Dačić und auch Vizepremier Vučić, der Chef der größten Regierungspartei, sind ehemalige hochrangige Gefolgsmänner Miloševićs. Keiner von ihnen hat je öffentlich Reue für seine Dienste im damaligen Regime gezeigt. Nikolićs Äußerungen kurz nach Amtsantritt, dass das kroatische Vukovar, Ort zahlreicher Kriegsverbrechen, eine serbische Stadt und die Ermordung der bosniakischen Bevölkerung in Srebrenica kein Völkermord gewesen seien, haben zudem die Beziehungen Belgrads zu Kroatien und Bosnien nachhaltig belastet. Der kroatische

32 | Fn. 29.

33 | Siehe Humanitarian Law Center, „Report on war crime trials in Serbia in 2012“, 18.01.2013, <http://www.hlc-rdc.org/?p=22309&lang=de> [13.03.2013].

Präsident Josipović weigert sich bis heute, seinen serbischen Amtskollegen zu treffen, solange dieser seine Äußerungen nicht zurücknimmt.

Doch es gibt trotz allem ermutigende Anzeichen. Vizepremier Vučić hat mehrmals bekräftigt, dass Serbien seine internationalen Verpflichtungen einhalten und somit auch die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal fortsetzen werde. Dazu gehören nach der noch unter Nikolićs Vorgänger erfolgten Auslieferung von Mladić und Hadžić die Aufklärung der sie jahrelang deckenden Netzwerke,

In Kürze wird ein Protokoll zwischen Serbien und Bosnien in Kraft treten, das den Austausch von Beweismaterial zu Kriegsverbrechen erleichtert.

aber eben auch die Ahndung von Verbrechen auf der nationalen Ebene. Hier bezeichnete der stellvertretende Staatsanwalt für Kriegsverbrechen in Serbien in einer jüngsten öffentlichen Debatte die Kooperation und den regelmäßigen Informationsaustausch mit seinen kroatischen und anderen Kollegen als sehr gut und wichtig.³⁴ In Kürze wird ein Protokoll zwischen Serbien und Bosnien in Kraft treten, das den Austausch von Beweismaterial zu Kriegsverbrechen erleichtern und in beiden Ländern parallel geführte Untersuchungen unnötig machen soll. Darüber hinaus sorgte der Besuch des kroatischen Premierministers Mitte Januar in Belgrad für großes Interesse in der serbischen Öffentlichkeit. Medienberichten zufolge wurde auch über die Arbeit mit dem ICTY und die gegenseitigen Völkermordvorwürfe vor dem Internationalen Strafgerichtshof diskutiert.

Zentrale Rolle der Zivilgesellschaft

Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtler in Serbien setzen sich weiter öffentlich für die Vergangenheitsaufarbeitung und die Anerkennung der serbischen Rolle während der Jugoslawienkriege ein. Mit ihren zahlreichen jährlichen Kontakten auf den unterschiedlichsten Ebenen sind sie der Politik weit voraus und bieten wichtige Impulse für die regionale Versöhnung. Die Vorsitzende des örtlichen Helsinki-Komitees nennt dabei Deutschlands Umgang mit seiner Vergangenheit als Vorbild für die Region. Ferner interpretiert sie die jüngsten Urteile als Chance für

34 | Siehe dazu den Veranstaltungsbericht zur Debatte: „Debata o sudjenjima za ratne zločine u Srbiji u 2012. Godini“, Medija Centar Beograd, 17.01.2013, <http://www.mc.rs/debata-o-sudjenjima-za-ratne-zlocine-u-4.html?eventId=8831> [13.03.2013].

Serbien, sich endlich von der falschen Vorstellung der Jugoslawienkriege zu verabschieden, in der alle Kriegsparteien ebenbürtig und im gleichen Maße verantwortlich waren für den Zerfall Jugoslawiens und die dabei begangenen Verbrechen. Eine Aussöhnung mit den Nachbarn sei auf der Basis dieser falschen Interpretation nicht möglich. Vielleicht könnten aber gerade die jetzt wieder ins Amt zurückgekehrten Nationalisten anders über die Vergangenheit sprechen.³⁵ Ihnen könne man schließlich keinen fehlenden Patriotismus vorwerfen.

Andere Menschenrechtsaktivisten in Serbien betonen die Notwendigkeit, in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und ihren Opferverbänden, Dokumentationszentren und Medienvertretern die Schicksale möglichst aller Opfer der Kriege aufzuklären. Darin sehen sie eine der wichtigsten Aufgaben nicht nur der Politik, sondern insbesondere auch der Zivilgesellschaft. Die Arbeit des ICTY, Verbrechen zu dokumentieren, Zeugenaussagen zu sammeln und den Verlauf der Kriege möglichst objektiv zu ermitteln, hat dabei auch für viele serbische Menschenrechtler eine herausgehobene Bedeutung. Nur so kann die Aufarbeitung in Serbien und in der Region voranschreiten und dazu beitragen, dass eine weitgehend objektive Geschichtsschreibung über den Zerfall Jugoslawiens möglich wird.

Es liegt an der jungen Generation, den Weg für die regionale Aussöhnung zu ebnet. Zunehmende Kontakte durch Seminare, akademischen und schulischen Austausch helfen, das Misstrauen abzubauen.

Auf einer breiteren Ebene liegt es, das belegen jährlich zahlreiche Initiativen sowohl aus dem Ausland als auch aus Serbien, an der jungen Generation, Toleranz und Akzeptanz gegenüber den Nachbarn zu üben und somit den Weg für die regionale Aussöhnung zu ebnet. Zunehmende Kontakte durch Seminare, akademischen und schulischen Austausch sowie durch weitere regionale Projekte helfen, das Misstrauen abzubauen und andere Meinungen zu akzeptieren. Doch ohne umfassende Bildungs- und Aufklärungsinitiativen für die Jugend auf dem westlichen Balkan, zum Beispiel entlang von Unterrichtsmaterialien einer bi- oder trilateralen Historikerkommission, bleibt der Raum für konträre und konkurrierende Geschichtsinter-

35 | Vgl. Interview mit Sonja Biserko: Dejan Kožul, „An Opportunity to End the Vicious Cycle of War“, Heinrich-Böll-Stiftung, 24.12.2012, http://rs.boell.org/downloads/sonja_biserko_-_english.pdf [13.03.2013].

pretationen offen. Dies gibt den Nationalisten immer wieder Gelegenheit, die Verantwortung für die eigene Geschichte zu verharmlosen.

DIE PROZESSE DES INTERNATIONALEN GERICHTSHOFES AUS DER SICHT MAZEDONIENS UND DES KOSOVOS

Die Entscheidungen des ICTY in Den Haag haben in Mazedonien und im Kosovo je nach unterschiedlichsten Standpunkten – die mitunter für westliche Beobachter nur schwer nachvollziehbar sind – für Begeisterung oder Entsetzen gesorgt. Die Reaktionen zeigen, dass die Vergangenheit beide Länder nicht loslässt und alte Wunden längst nicht verheilt sind.

Die ICTY-Fälle aus Mazedonien

Zwei Prozesse gegen mazedonische Staatsangehörige hat der Internationale Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien bislang geführt: gegen Ljube Boškoski, den ehemaligen mazedonischen Innenminister, und gegen Johan Tarčulovski, früherer Polizeibeamter des Sicherheitsdienstes im Innenministerium. Die beiden Männer sind die einzigen Mazedonier und Teilnehmer des bewaffneten Konflikts des Jahres 2001, die vor das Tribunal gebracht wurden. Die gegen sie erhobenen Anschuldigungen sind vor dem Hintergrund der jahrelangen politischen Spannungen zwischen der ethnisch-albanischen Minderheit und den Mazedoniern zu sehen, die ihren Höhepunkt 2001 erreichten und zu einem bewaffneten Konflikt führten. Seinerzeit gab es häufig militärische Auseinandersetzungen zwischen der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee NLA (UÇK) und der mazedonischen Nationalarmee.

Spannungen zwischen der ethnisch-albanischen Minderheit und den Mazedoniern erreichten ihren Höhepunkt 2001 und führten zu einem bewaffneten Konflikt.

Der Angriff auf Ljuboten am 12. August 2001, ein überwiegend von ethnischen Albanern besiedeltes Dorf nördlich der Hauptstadt Skopje war die letzte Auseinandersetzung vor dem Rahmenabkommen von Ohrid, das einen Tag später unterzeichnet wurde und den Konflikt friedlich

beilegte.³⁶ Bei dem Polizeiangriff wurden sieben Männer albanisch-ethnischer Abstammung getötet und mehr als 100 unbewaffnete Zivilisten festgenommen. Zahlreiche Häuser wurden in Brand gesetzt, beschossen und beschädigt. Nach einer Untersuchung der Ereignisse in dem Dorf erhob Den Haag im März 2005 Anklage gegen Boškoski und Tarčulovski. Boškoski war als Innenminister für die Polizei zuständig und hatte somit die volle Verantwortung für den Einsatz. Die Anklage ging davon aus,

In der Anklage wurde der Verdacht erwähnt, Boškoski selbst habe Ljuboten besucht. Die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, nichts unternommen zu haben, um die Täter zu bestrafen und die Ereignisse zu untersuchen.

dass er Kenntnisse über das illegale Vorgehen der Polizei bei dem Angriff auf das Dorf hatte oder zumindest hätte haben müssen. In der Anklage wurde der Verdacht erwähnt, Boškoski selbst habe Ljuboten besucht und sich mit den Polizeieinheiten, die damals von Tarčulovski geleitet wurden, getroffen. Die Staatsanwaltschaft warf dem ehemaligen Innenminister vor, nichts unternommen zu haben, um die Täter zu bestrafen und die Ereignisse zu untersuchen. Tarčulovski wurde angeklagt, den illegalen Angriff auf Ljuboten geplant und organisiert zu haben. Es wurde davon ausgegangen, dass er die Armee- und Polizeikommandanten im Gebiet Ljuboten dazu gedrängt habe, den Angriff zu unterstützen, und er die Bewaffnung einer Reservepolizeieinheit angeordnet, sie koordiniert und die Leitung des Angriffs persönlich übernommen habe.

Das Gerichtsverfahren gegen die beiden Mazedonier begann am 16. April 2007 und dauerte ein Jahr. Am 10. Juli 2008 wurde Boškoski von allen Anschuldigungen freigesprochen, Tarčulovski dagegen wurde zu einer Haftstrafe von zwölf Jahren verurteilt.³⁷ Die Haager Prozesse hatten in Mazedonien ein hohes öffentliches Interesse hervorgerufen, weil zum ersten Mal Mazedonier vor Gericht standen. Innenministerin Gordana Jankulovska und Jus-

36 | Vgl. ICTY, „Boškoski & Tarčulovski“, Case Information Sheet, http://icty.org/x/cases/boskoski_tarculovski/cis/en/cis_boskoski_tarculovski_en.pdf [25.03.2013]; vgl. Anja Czymmeck, „Zehn Jahre Ohrider Rahmenabkommen“, KAS-Länderbericht, 12.08.2011, http://kas.de/wf/doc/kas_23618-1522-1-30.pdf [13.03.2013]; Anja Czymmeck und Kristina Viciska, „Ein Zukunftsmodell für multiethnisches Zusammenleben? Bilanz nach zehn Jahren Ohrid-Rahmenabkommen in Mazedonien“, KAS-Auslandsinformationen, 11/2011, 75, <http://kas.de/wf/de/33.29404> [13.03.2013].

37 | „Бошковски и Тарчуловски“ (Boškoski und Tarčulovski), Akademik, <http://akademik.mk/trial/boshkovski-i-tarchulovski> [13.03.2013].

tizminister Mihajlo Manevski erschienen persönlich zur Urteilsverkündung in Den Haag. Ihre Anwesenheit sollte der internationalen Gemeinschaft signalisieren, dass die mazedonische Regierung jene nicht vergisst, die ihrer Auffassung nach das Land und die Bürger im bewaffneten Konflikt verteidigt hatten. Den freigesprochenen Boškoski begrüßten bei seiner Ankunft am Flughafen von Skopje Tausende Bürger und Anhänger der Partei Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE), der er damals angehörte, darunter auch Regierungschef Nikola Gruevski.

Der „Ljuboten-Fall“ ist bislang der einzige aus Mazedonien, der in Den Haag verhandelt wurde, und Johan Tarčulovski sitzt als einziger mazedonischer Staatsbürger aufgrund einer ICTY-Verurteilung in Haft. Darüber hinaus gab es vier weitere Fälle, die einen Bezug zu Mazedonien hatten und die in Mazedonien als „Haager Fälle“ bezeichnet werden. Sie betrafen Anklagen wegen Kriegsverbrechen – Entführung, Missbrauch, Misshandlung und Ermordung – gegen Kommandanten und Angehörige der albanischen Befreiungsarmee ANA (UÇK), die 2001 während des bewaffneten Konflikts in Mazedonien operiert hatten. Im Jahr 2008 wurden diese Fälle von Chefanklägerin Del Ponte an die mazedonische Staatsanwaltschaft zurückgegeben, nachdem Mazedonien dies beantragt hatte.³⁸ Im Jahr 2011 entschied das mazedonische Parlament, in dem die Regierungskoalition aus VMRO-DPMNE und der albanischen Partei Demokratische Union für Integration (DUI) die Mehrheit hat, diese Fälle in einem Amnestiegesetz zu erfassen. Darauf hatte vor allem der albanische Koalitionspartner gedrängt, sind doch zahlreiche ehemalige Mitglieder und Kommandanten der Befreiungsarmee heute Abgeordnete der DUI, allen voran ihr Vorsitzender Ali Ahmeti. Inoffiziell wurde auch darüber spekuliert, ob die Zustimmung der DUI, in eine Koalition mit der VMRO-DPMNE zu treten, an die Bedingung geknüpft gewesen sei, ein Amnestiegesetz zu verabschieden, das die Verfahren zum Stillstand brachte.

Vor allem der albanische Koalitionspartner hatte auf die Anwendung des Amnestiegesetzes gedrängt, sind doch zahlreiche ehemalige Kommandanten der Befreiungsarmee heute Abgeordnete der DUI.

38 | „The Former Yugoslav Republic of Macedonia Requested to Defer Five Cases to the Competence of the International Tribunal“, ICTY, 07.10.2002, <http://icty.org/sid/8069> [13.03.2013].

Wie sehr die mazedonische Politik von diesen Konflikten beherrscht wird, zeigte in jüngster Zeit die Diskussion um das so genannte Gesetz der Verteidiger. Die DUI setzt sich sehr dafür ein, den Status der ehemaligen Angehörigen der Befreiungsarmee im Rahmen des Gesetzes zu klären und ihnen ebenso wie den Angehörigen der mazedonischen Nationalarmee Renten, Sonderversicherungen und Privilegien als Kriegsveteranen zuzusprechen. Im Streit über dieses Gesetz drohte die Regierungskoalition auseinanderzubrechen. Bis heute ist dieser Streit nicht beigelegt, denn das Gesetz wurde noch immer nicht verabschiedet.

Im Oktober 2012 forderten die Familienangehörigen der Opfer der „Haager Fälle“ eine verfassungsmäßige Überprüfung des Amnestiegesetzes, doch das mazedonische Verfassungsgericht verwarf eine erneute Prüfung, so dass die Amnestie rechtskräftig blieb.³⁹ Schon bei seiner Verabschiedung durch die Regierungskoalition hatte das Gesetz heftige Reaktionen und politische Turbulenzen ausgelöst. Die oppositionellen Sozialdemokraten sprachen sich dagegen aus. Wie auch ein Großteil der mazedonischen Experten vertraten sie die Ansicht, eine solche Entscheidung über Gerichtsfälle dürfe nicht im Parlament stattfinden, sondern müsse in einem ordentlichen Gerichtsverfahren entschieden werden. Amnesty International forderte die mazedonische Regierung im September 2011 auf, ihre Vorgehensweise zu überdenken: „Die Parlamentsentscheidung verstößt eindeutig gegen internationales Recht. Sie verwehrt den Opfern und ihren Angehörigen den Gang vor das Gericht.“⁴⁰

Die Ereignisse und Diskussionen um die „Haager Fälle“ und das Amnestiegesetz verdeutlichen auch die ethnischen Spannungen und Trennlinien in Mazedonien. Die ethnisch-

39 | Republik Mazedonien, Verfassungsgericht, Beschluss Nr. 158-2011-0-0, 31.10.2012, <http://www.constitutionalcourt.mk/domino/WEBSUD.nsf> [13.03.2013]; vgl. auch Sinisa Jakov Marusic und Sase Dimovski, „Macedonian Court Rejects Review of War Crimes Amnesty“, *BalkanInsight*, 31.10.2012, <http://balkaninsight.com/mk/article/macedonian-court-rejects-review-of-war-crimes-amnesty> [13.03.2013].

40 | Amnesty International, „Macedonia: Time to deliver justice to the victims of war crimes“, Pressemitteilung PRE01/435/2011, 01.09.2011, <http://amnesty.org/en/for-media/press-releases/macedonia-time-deliver-justice-victims-war-crimes-2011-09-01> [13.03.2013].

albanische Bevölkerung sowie alle albanischen Parteien haben den Beschluss des ICTY und die nach der Überstellung an Mazedonien erfolgte Amnestie begrüßt. Die ethnisch-mazedonische Öffentlichkeit hingegen kritisierte diese Entscheidung heftig. Sie empfand die Amnestie für die Beschuldigten in den Den Haager Fällen als Kapitulation Mazedoniens und als eine politisch motivierte, aufgezwungene Versöhnung. Diese Auffassung wurde wieder deutlich, als Ende 2012 neben den kroatischen Generälen Gotovina und Markač auch der ehemalige

Kommandant der UÇK und kosovarische Premierminister Ramush Haradinaj vom ICTY freigesprochen wurde. Den Schuldspruch, der damit revidiert wurde, hatten viele ethnische Mazedonier als ungerecht empfunden.

Sie hatten kritisiert, dass neben Serben ein Mazedonier als Kriegsverbrecher verurteilt wurde, obwohl Mazedonien doch das einzige Land gewesen sei, das sich ohne Blutvergießen aus dem alten Jugoslawien gelöst habe. Bei einer solchen Auffassung scheinen Beweise, die das Gericht hatte, keine Rolle zu spielen, sondern es wird nur von einem „nationalen Proporz“ ausgegangen – ein eigenwilliges Verständnis von Rechtssprechung auf mazedonischer Seite.

Mazedonier hatten kritisiert, dass neben Serben ein Mazedonier als Kriegsverbrecher verurteilt wurde, obwohl Mazedonien doch das einzige Land gewesen sei, das sich ohne Blutvergießen aus dem alten Jugoslawien gelöst habe.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit und der Umgang mit den daraus gewonnen Erkenntnissen sind und bleiben in Mazedonien äußerst schwierige Themen. Das belegen nicht nur die hier beschriebenen Fälle, sondern auch die Diskussionen um das Lustrationsgesetz, mit dem der Zugang von Personen zu öffentlichen Ämtern geregelt werden sollte, die in kommunistischer Zeit mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet hatten. Im Juli wurde in Windeseile ein neuer Gesetzentwurf durch das Parlament gebracht, ohne parlamentarischen Gremien und Fraktionen eine ausreichende Zeit für Beratung und Diskussion zu lassen oder Vertreter der Zivilgesellschaft zu diesem Gesetz anzuhören. Deshalb steht das Gesetz immer wieder im Fokus der Kritik und die Regierung sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, mit den neuen Bestimmungen nur unliebsame politische Gegner aus dem öffentlichen Leben räumen zu wollen. Auch bei diesem Thema gibt es keinen gemeinsamen Nenner, der zur Schließung der Gräben zwischen den Ethnien oder zur Verbesserung der politischen Kultur beitragen könnte.

Johan Tarčulovski, der zu zwölf Jahren Haft verurteilt war, wurde kürzlich nach Verbüßung von Zweidritteln seiner Strafe nach acht Jahren vorzeitig entlassen und in Mazedonien vom Premierminister und begeisterten Anhängern begrüßt.⁴¹

Die ICTY-Fälle aus dem Kosovo

Die Reaktion des VN-Kriegsverbrechertribunals in Bezug auf den Krieg im Kosovo in den Jahren 1998 bis 1999 erfolgte während im Kosovo noch intensive Krieggefechte wüteten. Am 24. Mai 1999 bestätigte ein Richter die Anklage gegen Slobodan Milošević. Es war die erste Anklage gegen einen amtierenden Präsidenten vor einem internationalen Gericht. Nach dem Eingreifen der NATO-Truppen im Juni 1999 im Kosovo wurde das Gebiet Gegenstand einer umfangreichen Untersuchung im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen in Südosteuropa. In den folgenden Monaten exhumierten forensische Teams aus mehr als zehn Ländern Tausende Leichen in verschiedenen Orten, in denen Serben Kosovo-Albaner getötet haben sollten. Im Verlauf der folgenden vier Jahre erhob das Gericht Anklagen gegen Serben wegen massiver Kriegsverbrechen 1999 im Kosovo⁴² und ebenso gegen sechs Albaner wegen Verbrechen gegen Serben und gegen Albaner, die mit den Serben zusammengearbeitet hatten.

Die ersten angeklagten Mitglieder der albanischen Befreiungsarmee UÇK stammten aus der Gruppe von Haradin Bala, Isak Musliu und dem bekannten UÇK-Kommandanten und führenden Politiker der heutigen Regierungspartei Demokratische Partei des Kosovos (PDK), Fatmir Limaj. Ihnen wurde zur Last gelegt, Gefangene widerrechtlich in Gefängnissen festgehalten, albanische Mitarbeiter des serbischen Militärs sowie serbische und albanische Zivilisten gefoltert und hingerichtet zu haben.⁴³ Die Festnahme der

41 | Sinisa Jakov Marusic, „Macedonia Stages Hero's Welcome for Tarculovski“, *BalkanInsight*, 11.04.2013, <http://balkaninsight.com/en/article/macedonia-thorws-hero-s-welcome-for-tarculovski> [18.04.2013].

42 | ICTY, Verfahren Nr. IT-03-66-T, Urteil gegen Fatmir Limaj, Isak Musliu und Haradin Bala, 30.11.2005, <http://icty.org/x/cases/limaj/tjug/en/lim-tj051130-e.pdf> [19.03.2013].

43 | „Fatmir Limaj del në gjyqin e Hagës“, *BBC Albanian*, 04.03.2003, http://bbc.co.uk/albanian/news/2003/03/030304_limajhague.shtml [13.03.2013].

Angeklagten im März 2003⁴⁴ wurde von vielen Diskussionen und Beschwerden im Kosovo begleitet. Man interpretierte die Verhaftungen als Versuch des Haager Tribunals, die begangenen Verbrechen auf serbischer und kosovarischer Seite gegeneinander aufzurechnen, um nicht Serben wegen Kriegsverbrechen zu verurteilen. Die Vernehmungen dieser Gruppe wurden vor allem auf die Aussagen von Zeugen gestützt, die mit der Haftanstalt in Llapushnik, Kosovo, zu tun hatten. Es wurde vermutet, dass dort im Zeitraum 1998/1999 zahlreiche Serben und Albaner misshandelt und getötet wurden.

Am 30. November 2005 verurteilte das ICTY Haradin Bala, der Aufseher in der Anstalt von Llapushnik gewesen war, aufgrund von Misshandlung, Folter und Mord zu 13 Jahren Haft. Freigesprochen wurden hingegen Isak Musliu und Fatmir Limaj. Dem Gericht konnten keine ausreichenden Beweise vorgelegt werden, die eine Beteiligung der beiden an den Misshandlungen belegten.⁴⁵ Die Freisprüche wurden im Kosovo positiv aufgenommen. Aus Sicht der Kosovaren war damit bewiesen, dass es sich bei dem Krieg der Kosovo-Albaner um einen Befreiungskrieg gehandelt hatte, dem kein organisierter Plan für Folter und Ermordung von Serben und Albanern zugrunde lag. So äußerten sich unter anderem der damalige Präsident Ibrahim Rugova, Premierminister Bajram Kosumi und Hashim Thaci, Vorsitzender der PDK.⁴⁶

Aus Sicht der Kosovaren war mit den Freisprüchen bewiesen, dass es sich um einen Befreiungskrieg gehandelt hatte, dem kein organisierter Plan für Folter und Ermordung von Serben und Albanern zugrunde lag.

Unzufrieden mit dem Urteil des Haager Gerichts waren die Serben in Serbien und im Kosovo. Serbische Politiker kritisierten, die Entscheidung sei ein schlechtes Signal an die im Kosovo lebenden Serben.⁴⁷ Internationale Vertreter von Botschaften in Priština und der VN-Mission United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) gingen mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit,

44 | Fn. 42.

45 | The Hague Justice Portal, „Limaj, Fatmir“, <http://haguejusticeportal.net/index.php?id=6114> [13.03.2013].

46 | Media House Kosova, „Përshëndetet lirim i Limajt dhe Musliut“, *Rugova Update*, 01.12.2005, <http://rugovauodate.blogspot.com/2005/12/prshndetet-lirimi-i-limajt-dhe-musliut.html> [13.03.2013].

47 | „Bogdanoviq: Lirimi i Limajt ‚skandaloz‘“, *Radio Europa e Lirë*, 02.05.2012, <http://www.evropaelire.org/archive/news/20120502/704/704.html?id=24567843> [13.03.2013].

wonach die Entscheidung des Haager Tribunals respektiert werden müsse und alle Bürger des Kosovo aufgefordert seien, mit Umsicht darauf zu reagieren.⁴⁸ Inzwischen hat das Haager Tribunal am 31. Dezember 2012 auf Antrag der Verteidigung entschieden, Haradin Bala nach elf Jahren Haft wegen guter Führung zwei Jahre früher zu entlassen.

Ebenfalls in Den Haag angeklagt wurden der frühere Premierminister und Vorsitzende der Partei Allianz für die Zukunft des Kosovos (AAK), Ramush Haradinaj, und die so genannte Dukagjini-Gruppe, bestehend aus Haradinajs Kameraden Lahi Brahimaj und Idriz Balaj. Anklage wurde im März 2005 erhoben.⁴⁹ Haradinaj wurde vorgeworfen,

Ramush Haradinaj wurde vorgeworfen, als Führer der UÇK in der Kriegszone Dukagjini für Misshandlungen und Ermordungen verantwortlich gewesen zu sein.

als Führer der UÇK in der Kriegszone Dukagjini für Misshandlungen und Ermordungen verantwortlich gewesen zu sein. Gerüchte über eine Anklage waren bereits kurz nach den Wahlen 2004 im Kosovo aufgekommen. Damals plante die Demokratische Liga des Kosovos (LDK) eine Koalition mit der AAK, die Haradinaj zum Premierminister des Landes wählen sollte. Zahlreiche Zeitungen schrieben damals, Präsident Rugova stünde unter enormem internationalem Druck, diese Koalition nicht einzugehen, da eine Anklage gegen Haradinaj bald öffentlich gemacht werden sollte. Viele rieten Haradinaj davon ab, in die Regierung einzutreten, da die Anklage gegen ihn schon beschlossene Sache sei. Trotz alledem einigten sich die beiden Politiker darauf, eine Koalition zu bilden, die Haradinaj zum Regierungschef wählte.

Als es erwartungsgemäß zu einer Anklage kam, fiel diese in eine emotional sehr kritische Zeit, nur ein Jahr nach den blutigen Unruhen im März 2004 zwischen Serben und Albanern rund um die Stadt Graçanica. Dabei wurden 18 kosovarische Bürger aus allen ethnischen Gruppen getötet. Zahlreiche Menschen wurden vertrieben, ihre Häuser wurden ebenso zerstört wie kulturelle und religiöse Einrichtungen. Viele fürchteten, dass es wieder zu einer Eskalation

48 | „UN court acquits top Kosovo rebel“, *BBC News*, 30.11.2005, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/4485658.stm> [13.03.2013].

49 | ICTY, „Haradinaj et al. The Prosecutor v. Ramush Haradinaj, Idriz Balaj & Lahi Brahimaj“, Case Information Sheet, http://icty.org/x/cases/haradinaj/cis/en/cis_haradinaj_al_en.pdf [13.03.2013].

kommen könnte.⁵⁰ Am 8. März 2005 trat Haradinaj als Premierminister zurück und gab seine freiwillige Überstellung nach Den Haag bekannt. Dies verstehe er als Verpflichtung gegenüber dem Völkerrecht und als Mission, um die Reinheit des Freiheitskampfes der UÇK zu schützen.⁵¹ Die Auswirkungen dieser Vorgehensweise waren entscheidend für die innere Stabilität des Kosovos, aber auch auf internationaler Ebene wurde Haradinajs Schritt positiv gewertet.⁵²

Im Prozess präsentierte die Verteidigung eine Reihe von Zeugen, die Misshandlungen und Ermordungen in der Kriegszone Dukagjini widerlegen sollten. Er wurde von gegenseitigen Vorwürfen wegen Drohungen gegen Zeugen begleitet, die jedoch nicht bewiesen werden

Der Prozess gegen Haradinaj wurde von gegenseitigen Vorwürfen wegen Drohungen gegen Zeugen begleitet, die jedoch nicht bewiesen werden konnten. Am 3. April 2008 sprach ihn das Gericht aus Mangel an Beweisen frei.

konnten. Am 3. April 2008 sprach das Gericht Haradinaj und seinen UÇK-Kameraden Idriz Balaj aus Mangel an Beweisen frei, Lahi Brahimaj hingegen wurde wegen Folter zu sechs Jahren Haft verurteilt.⁵³ Im Jahr 2010 kam es zu einer Wiederaufnahme des Prozesses mit der Begründung, dass einige Zeugen nicht gehört worden seien, deren Aussagen entscheidend sein könnten.⁵⁴ Die Wiederaufnahme wurde von heftigen Reaktionen im Kosovo begleitet, da man sie als rein politisch interpretierte und meinte, eine Tendenz der Chefanklägerin Del Ponte zu erkennen, beide Seiten, Serben und Kosovaren, gleichermaßen für schuldig zu halten.

Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Haradinaj, Balaj und Brahimaj nahm lange Zeit in Anspruch. Erst am 29. November 2012 fällte das Haager Tribunal eine Entscheidung und sprach die Angeklagten wegen Mangels an Beweisen frei.⁵⁵ Das Gericht ging zwar nach wie vor davon aus, dass die UÇK im Krieg Serben, Albaner und Roma

50 | International Crisis Group (ICG), „Kosovo after Haradinaj“, *Europe Report*, Nr. 163, 26.05.2005, 1, http://crisisgroup.org/~media/Files/europe/163_kosovo_after_haradinaj.pdf [13.03.2013].

51 | Ebd., 2.

52 | Lundrim Aliu, „Kosovo Prime Minister Resigns to Face War Crimes Charges at The Hague“, *Southeast European Times*, Pristina, 09.03.2005, http://setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/features/2005/03/09/feature-01 [13.03.2013].

53 | Fn. 49.

54 | Ebd.

55 | Ebd.

gekidnappt, gefoltert und ermordet hatte, es gelang aber nicht, im Kosovo mit seiner ausgeprägten Clan- und Familienstruktur Zeugen zu finden, die zu einer Aussage bereit waren. Die Freisprüche lösten im Kosovo Freude aus. Tausende Bürger des Landes eilten zum zentralen Platz in Priština, wo die Urteilsverkündung vom kosovarischen Fernsehen direkt übertragen wurde. Bei seiner Rückkehr in den Kosovo wurde Haradinaj als Held gefeiert. Er steht nun bereit, wieder aktiv in die Politik im Kosovo einzugreifen. Premier Thaci wertete das Urteil als endgültigen Beweis für einen sauber geführten Freiheitskampf der Kosovaren.⁵⁶ Von serbischer Seite wurde der Freispruch als Schlag gegen Serbien interpretiert. Präsident Nikolić zweifelte die Glaubwürdigkeit des Urteils an und vertrat die Ansicht, das VN-Tribunal sei geschaffen, um das „serbische Volk zu verurteilen“ – eine Meinung, die von vielen serbischen Politikern geteilt wurde.⁵⁷

Die ICTY-Fälle im Kosovo zeigen, wie stark die Macht etablierter Politiker mit starken Verwurzelungen im Land ist und dass es stets große Angst und Vorbehalte gab und gibt, als Zeugen gegenüber früheren hohen UÇK-Funktionären auszusagen. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, so dass viele Täter im Dunkeln bleiben werden.

VERSÖHNUNG IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA – EIN SCHRITT NACH VORN, ZWEI ZURÜCK

Knapp 18 Jahre nach Beendigung des Krieges bleiben die Resultate der Bemühungen um Versöhnung in Bosnien und Herzegowina mager. Nach wie vor fehlt eine offene Auseinandersetzung mit der Kriegsvergangenheit.

In Bosnien und Herzegowina (BuH) gibt es eine Fülle von Versöhnungsinitiativen. Doch knapp 18 Jahre nach Beendigung des Krieges bleiben die Resultate der Bemühungen mager. Nach wie vor fehlt eine offene Auseinandersetzung mit der Kriegsvergangenheit.

Dieser Mangel zementiert die ethnozentrierten Geschichts- und Feindbilder in der Bevölkerung. Verantwortlich dafür ist die Untätigkeit der Politik: Während den Parteien des Landes die nationalen Gräben recht sind, um so leichter ihre Wähler zu mobilisieren, greifen die regionalen Initiativen

56 | „Thaçi welcomes the verdict for release of Ramush Haradinaj and his comrades-in-arms“, Kosovapress, 29.11.2012, <http://kosovapress.com/?cid=2,86,156417> [13.03.2013].

57 | „Verdict unjust, political, say Serbian officials“, News Agency B92, 29.11.2012, http://b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2012&mm=11&dd=29&nav_id=83397 [13.03.2013].

nicht an die Wurzel des Problems. Auch der internationalen Strafjustiz sind Grenzen gesetzt. Die Urteile und Verfahren des Haager Tribunals trugen nicht dazu bei, ein gemeinsames Geschichtsverständnis in BuH zu entwickeln. Dennoch böten sich angesichts der Veränderungen in der Gesellschaft Chancen für einen Versöhnungsprozess: Der Wunsch nach Verständigung nimmt bei den Menschen zu. Der Nationalismus verliert an Wirkungskraft.

Zerrissene Gesellschaft

Bosnien-Herzegowina hat durch den vierjährigen Krieg einen beachtlichen Anteil seiner früheren Bevölkerung verloren. Davor lebten nach der Volkszählung von 1991 4,4 Millionen Einwohner in BuH. Davon waren 44 Prozent muslimische Bosniaken, 31 Prozent Serben, 17 Prozent Kroaten. Den Kämpfen fielen ca. 100.000 Menschen zum Opfer, die Hälfte der Bevölkerung wurde vertrieben. Ungefähr 7.500 Menschen leben in Flüchtlingslagern.⁵⁸ Vielen ist der Krieg deshalb auch Jahre danach immer noch präsent.

Die Gesellschaft des Landes ist zerrissen. **Trotz der Versuche, den Menschen eine Rückkehr in ihre Heimatorte zu ermöglichen, hat sich die Zusammensetzung durch Krieg, Flucht und Vertreibung unwiderruflich verändert.** Trotz der Versuche, den Menschen eine Rückkehr in ihre Heimatorte zu ermöglichen, hat sich die Zusammensetzung durch Krieg, Flucht und Vertreibung unwiderruflich verändert. Zwar leben die Volksgruppen vielerorts weiterhin zusammen. Aber die Zusammensetzung war vor dem Krieg wesentlich heterogener. Die Zahl der monoethnischen Gemeinschaften hat zugenommen.⁵⁹

Die Binnenflüchtlinge zogen überwiegend in die größeren Städte des Landes. Viele sind dort geblieben. Diejenigen, die in ihre oftmals ländlichen Heimatorte zurückgekehrt

58 | Über die Hälfte der Bevölkerung wurde aus ihren Heimatorten vertrieben. Davon sind etwa 1,2 Millionen ins Ausland geflüchtet. Schätzungen der Tageszeitung *Oslobodjenje* von 2010 zufolge sind davon ca. 800.000 Bürger dort geblieben. Nach dem Krieg sind ca. eine Million Menschen wieder an ihre früheren Orte zurückgekehrt. Davon waren ca. 50 Prozent „Minderheitsrückkehrer“, d.h. Rückkehrer, die sich heute in ihrem Vorkriegswohnort in der Minderheit befinden.

59 | Z.B. Mostar: 1991, 126.000 Einwohner, davon: 35 Prozent Bosniaken, 34 Prozent Kroaten, 19 Prozent Serben, heute: 111.000 Einwohner, davon 47 Prozent Bosniaken, 48 Prozent Kroaten, drei Prozent Serben (Schätzungen der Tageszeitung *Oslobodjenje*).

sind, kämpfen dort mit einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Zwar ist die Situation überall in Bosnien und Herzegowina schwierig, aber die Arbeitslosenquote ist in den Gegenden fern der großstädtischen Zentren meist noch viel höher.⁶⁰ Besonders die Rückkehrer sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Da sie sich heute einer ethnisch anders zusammengesetzten Gesellschaft gegenübersehen, in der sie häufig die Minderheit bilden, ist es für sie noch schwieriger, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Diskriminierung ist verbreitet.

Bosnien und Herzegowina ist in zwei Entitäten geteilt: die Föderation von BuH mit ca. 2,3 Millionen Einwohnern, überwiegend Kroaten und Bosniaken, und die Republika Srpska mit 1,4 Millionen, meist serbischen Einwohnern.

Die Teilung der Gesellschaft spiegelt sich auch im administrativen Bau des Landes wider. Bosnien und Herzegowina ist in zwei Entitäten geteilt, die Föderation von BuH mit ca. 2,3 Millionen Einwohnern, überwiegend Kroaten und Bosniaken, und die Republika Srpska (RS) mit 1,4 Millionen Einwohnern, in der die Serben faktisch die Mehrheit bilden. Darüber hinaus gibt es den Distrikt Brčko mit 75.000 Einwohnern, der bis vor Kurzem noch unter direkter Aufsicht der internationalen Gemeinschaft stand.⁶¹ Gleichzeitig besteht aber die Aufsicht in Gestalt des Hohen Repräsentanten (HR) über Bosnien und Herzegowina fort.⁶² Ein Großteil der früheren serbischen

60 | Es gibt unterschiedliche Angaben zur Arbeitslosenquote in BuH. Der Foreign Investor Councils ging 2011 von ca. 43 Prozent aus. Siehe: Foreign Investors Council BiH, „Macroeconomic Overview“, <http://fic.ba/macro.html> [13.03.2013]. Nach der ILO-Definition lag die Quote allerdings bei nur 28 Prozent. Letztere Zahl berücksichtigt die weit verbreitete Schwarzarbeit. Die Angaben stammen von der Statistikagentur BiH, <http://bhas.ba/index.php?lang=en> [13.03.2013]. Die Zahl der Arbeitslosen in Maglaj, einer mittleren Stadt in Mittelbosnien, lag 2010 bei ca. 63 Prozent, in Srebrenica, Ostbosnien, bei 48,05 Prozent. Allerdings ist auch hier davon auszugehen, dass unter Berücksichtigung der Schwarzarbeit die Angaben niedriger wären. Demgegenüber waren im Zentrum Sarajevos nur ca. 16 Prozent arbeitslos gemeldet. Für Maglaj, Srebrenica und Sarajavo Centar, siehe Angaben: Moje Mjesto, Analitika, Centar za druzstveni istrazivanje, <http://mojemjesto.ba/en> [13.03.2013].

61 | Die Supervision von Brčko wurde am 31.08.2012 suspendiert. „Brčko Supervisor Roderick Moore Suspends Functions“, OHR Press Office, 31.08.2012, http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=47427 [13.03.2013].

62 | Der Hohe Repräsentant wurde 1995 durch die Resolution 1031 des VN-Sicherheitsrates eingerichtet und ist für die Umsetzung der zivilen Aspekte des Dayton-Abkommens zuständig. Derzeitiger Amtsinhaber ist der österreichische ▶

Bevölkerung aus den Gebieten der Föderation von BuH lebt heute in Banja Luka, der größten Stadt der Republika Srpska. Bosniaken und Kroaten wiederum, die während des Krieges aus dem heutigen Gebiet der RS geflohen waren, siedelten sich in den städtischen Zentren der Föderation an.⁶³

Die Grenzen der Strafjustiz

Die Gerichtsverfahren in Den Haag sind für Bosnien und Herzegowina von hoher Bedeutung, da auf seinem Territorium die schwerwiegendsten Verbrechen verübt worden waren. Ganz oben auf der Liste steht der Völkermord in Srebrenica, Ostbosnien, im heutigen Gebiet der Republika Srpska. Im Juli 1995 ermordeten serbische Truppen unter dem Kommando des ehemaligen Generals der RS-Streitkräfte, Ratko Mladić, in Srebrenica und Umgebung ungefähr 8.000 bosniakische Männer und Jugendliche. Nicht nur die vielen Opfer machen dieses Verbrechen zu einem der schlimmsten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auch durch seine Grausamkeit sticht es hervor. Um den Mord zu vertuschen, gruben die Einheiten die Leichen nach dem Massaker wieder aus und verscharrten sie an verschiedenen Orten in der Nähe von Srebrenica. Dies erschwert die Identifizierung der Opfer. Bis heute warten viele Hinterbliebene darauf, die ermordeten Familienangehörigen oder Freunde beerdigen zu können.⁶⁴

Das Verscharren der Leichen an verschiedenen Orten erschwert die Identifizierung der Opfer. Bis heute warten viele Hinterbliebene darauf, die ermordeten Familienangehörigen oder Freunde beerdigen zu können.

Diplomat Valentin Inzko. Der HR verfügt über weitreichende Befugnisse. Bei Verstößen gegen das Dayton-Abkommen kann er Entscheidungen oktroyieren und – falls erforderlich – sogar Personen ihrer Ämter entheben. Rechenschaftspflichtig ist er nur dem Friedensimplementierungsrat, nicht jedoch der Regierung von Bosnien-Herzegowina. Seit mehreren Jahren drängt die internationale Gemeinschaft, den OHR zu schließen und Bosnien-Herzegowina in die Souveränität zu entlassen. Die dafür notwendigen Bedingungen (5 plus 2) wurden jedoch noch nicht erfüllt.

63 | Hierzu gehören insbesondere Sarajevo, Mostar und Tuzla. Viele sind aber auch ins Ausland geflüchtet und dort geblieben.

64 | 2012 wurden 520 neu identifizierte Opfer beerdigt. Für 2013 wird eine ähnliche Zahl erwartet. Zu den Hintergründen, siehe: Sabina Wölkner und Ivana Marić, „15 Jahre Srebrenica – Zeit für Versöhnung?“, KAS-Länderbericht, 19.07.2010, http://kas.de/wf/doc/kas_20155-1522-1-30.pdf [13.03.2013].



Das Massaker von Srebrenica im Juli 1995 gilt als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Ermittlungskommission des ICTY ließ im Juli 1996 ein erstes Massengrab öffnen. | Quelle: © ICTY.

Mladićs Festnahme in Serbien im Mai 2011 war für die Menschen in Bosnien und Herzegowina eine Sensation. Nicht wenige hatten die Hoffnung darauf aufgegeben.⁶⁵ Der Haager Prozess gegen ihn ist für die Hinterbliebenen der Opfer allerdings nur ein schwacher Trost. Er macht die Toten nicht wieder lebendig. Dennoch sind viele Menschen davon überzeugt, dass Mladić seine gerechte Strafe erhält. Senida Karović, die Vorsitzende der Union für zivile Kriegsoffer im Kanton Sarajevo, erklärte: „Der Schmerz ist zwar so stark, dass ich niemals völlige Zufriedenheit empfinden werde. Aber gefragt ist die moralische Genugtuung, dass jeder, der Böses an unschuldigen Bürgern aus Bosnien und Herzegowina begangen hat, sich letztlich dafür verantworten muss.“⁶⁶ Der aus Srebrenica stammende bosniakische Politiker Sadik Ahmetović fügte hinzu: „Die Festnahme ist eine Genugtuung. Sie zeigt, die Wahrheit kommt langsam, aber unausweichlich ans Licht.“⁶⁷ Doch nicht alle Politiker in Bosnien und Herzegowina feierten dieses Ereignis.

65 | Eine Umfrage der bosniakischen Tageszeitung *Dnevni Avaz* ergab, dass ca. 47 Prozent der Befragten von der Festnahme überrascht gewesen seien. Knapp 50 Prozent haben jedoch damit gerechnet. Nur knapp drei Prozent gaben an, dazu keine Meinung zu haben, in: *Dnevni Avaz*, 27.05.2011, 3.

66 | Žana Kovačević, „BiH: Hapšenje Mladića satisfakcija za sve žrtve“, *Radio Slobodna Evropa*, 26.05.2011, http://slobodnaevropa.org/content/bih_hpsenje_satisfakcija_za_sve_zrtve/24205952.html [13.03.2013].

67 | Ebd.

Kühler fielen die Reaktionen der bosnischen Serben aus. In der Stellungnahme des serbischen Präsidiumsmitglieds Nebojša Radmanović heißt es lediglich, mit der Festnahme habe Serbien eine internationale Bedingung erfüllt.⁶⁸ Und der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, gab bekannt, er werde Serbiens Präsident Tadić dazu nicht gratulieren, und fügte hinzu: „Die Festnahme wird die Stabilität der Republika Srpska nicht gefährden.“⁶⁹ Der RS-Präsident und Vorsitzende der Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) erkennt den Völkermord in Srebrenica nicht an. Er leugnet ihn regelmäßig, oftmals im Vorfeld von Wahlen.⁷⁰ Das freut serbische Nationalisten und missfällt den Bosniaken. Dodik und sein politisches Umfeld glauben, so bei den Wählern zu punkten. Umfragen belegen: Viele Serben lehnen die Auslieferung Mladićs ab. Mehr als die Hälfte wirft dem Haager Tribunal vor, parteiisch zu sein.⁷¹ Da hilft es auch nicht, dass Chefankläger Brammertz die Festnahme Mladićs zu einem wichtigen Tag für die internationale Wahrheit erklärte.⁷²

Umfragen belegen: Viele bosnische Serben lehnen die Auslieferung Mladićs ab. Mehr als die Hälfte wirft dem Haager Tribunal vor, parteiisch zu sein.

Viele Serben sehen sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Die Freisprüche der kroatischen Generäle Gotovina und Markač verstärken dieses Empfinden.⁷³ Um keine Wähler zu vergraulen, vermeiden es bosnisch-serbische Politiker deshalb, in der Öffentlichkeit auf die Anklagepunkte gegen den Ex-General einzugehen. Sie erklären, die Auslieferung sei notwendig gewesen, um Serbiens Weg in die EU nicht

68 | Ebd.

69 | „Mladićevo hapšenje neće se odraziti na mir i stabilnost u RS-a“, *Klix vijesti*, 26.05.2011, <http://klix.ba/vijesti/bih/110526085> [13.03.2013]; „Dodik: Nisam Tadiću čestitao hapšenje Mladića“, *Klix vijesti*, 02.06.2011, <http://klix.ba/vijesti/bih/110602002> [13.03.2013].

70 | Sabina Wölkner, „Lokalwahlen in Bosnien und Herzegowina: Ist der Nationalismus auf dem Rückzug?“, *KAS-Länderbericht*, 09.10.2012, http://kas.de/wf/doc/kas_32356-1522-1-30.pdf [13.03.2013]; „Dodik ponovio u Srebrenici: Ovdje nije bilo genocida!“, *Vijesti*, 24.09.2012, <http://vijesti.ba/vijesti/bih/107068-.html> [13.03.2013].

71 | Nach einer Umfrage unterstützen 34 Prozent die Festnahme, 40 Prozent glauben, Mladić sei ein Kriegsheld. 53 Prozent werfen dem Haager Tribunal vor, parteiisch zu sein. „Limited Support for Mladic Arrest: Poll“, *Bosnia Daily*, 17.05.2011, 11.

72 | Mirjana Rakela, „Brammertz: Važan dan za međunarodnu pravdu“, *Radio Slobodna Evropa*, 26.05.2011, <http://slobodnaevropa.org/content/brammertz/24205937.html> [13.03.2013].

73 | Siehe dazu die Abschnitte über Kroatien und Serbien in diesem Beitrag.

zu gefährden.⁷⁴ Doch bereits dieser Schritt geht einigen zu weit. Mladen Bosić, Vorsitzender der „Serbischen Demokratischen Partei“, jener Partei, die einst Karadžić anführte, wirft Serbien vor, sich den Forderungen des Westens zu beugen, ohne dafür im Gegenzug etwas zu erhalten.⁷⁵ Um nicht als Landesverräter dazustehen, verkündete Dodiks Premierminister Aleksandar Džombić, die RS-Regierung werde die finanziellen Mittel für Mladićs Verteidigung bereitstellen.⁷⁶ Dies hat sich nicht bewahrheitet. Džombićs Vorstoß verfolgte aber ein anderes Ziel: Er richtete sich an die serbische Bevölkerung und sollte diese in ihrem ethnozentrierten Geschichtsbild bestätigen. Darin verstehen sich die bosnischen Serben wie die anderen Volksgruppen als Opfer des Krieges, von einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fehlt jede Spur.



Der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, leugnet im Vorfeld von Wahlen regelmäßig den Völkermord. | Quelle: servis DS / flickr (CC BY).

74 | Srđan Janković, „Konačno suočavanje Srbije sa haškim obavezama“, *Radio Slobodna Evropa*, 26.05.2011, <http://slobodnaevropa.org/content/crna/24206134.html> [13.03.2013].

75 | Eldin Hadžović und Dražen Remiković, „Mladic Divides Bosnia Once Again“, *Birn*, <http://bim.ba/en/271/10/32562/?tpl=30> [13.03.2013].

76 | Aleksandar Dzombic, „Izdvojit cemo novac za odbranu Mladica“, *Mojevijesti*, 02.06.2011, <http://mojevijesti.ba/novost/85127> [13.03.2013].

Neben Mladić und dem einstigen RS-Kriegspräsidenten Karadžić stand der als Mladićs „rechte Hand“ bekannte Ex-General Zdravko Tolimir in Den Haag vor Gericht. Er wurde jüngst zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen seiner maßgeblichen Planung und Umsetzung des Massakers von Srebrenica verurteilt.⁷⁷ Diese Verfahren und Urteile gelten als wichtige Erfolge, denn sie bringen Fakten über die verübten Kriegsverbrechen ans Licht und ziehen die Täter zur Rechenschaft.⁷⁸ Die Verdienste des ICTY sind in dieser Hinsicht unbestritten. Die Reaktionen in Bosnien und Herzegowina offenbaren jedoch die Grenzen der internationalen Strafjustiz: Dem Tribunal ist es nicht gelungen, mit seiner Arbeit eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Krieg in Bosnien und Herzegowina auszulösen.⁷⁹

Die Reaktionen in Bosnien und Herzegowina offenbaren die Grenzen der internationalen Strafjustiz: Dem Tribunal ist es nicht gelungen, mit seiner Arbeit eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Krieg auszulösen.

Nicht alle sehen dafür ausschließlich das mangelnde Interesse in der lokalen Bevölkerung, wie etwa bei den bosnischen Serben, verantwortlich. Nach Meinung des Srebrenica-Überlebenden Hasan Nuhanović trägt auch die internationale Gemeinschaft Schuld an dieser Entwicklung. Sie messe mit zweierlei Maß. Nie habe sie Ermittlungen über das eigene Versagen in den Kriegsgebieten zugelassen und dafür Verantwortung übernommen.⁸⁰ Nuhanović hält dies für skandalös. Er verlor in Srebrenica Eltern und Bruder. Im vergangenen Jahr zog er vor ein Gericht in den Niederlanden und legte dort den niederländischen Blauhelmen den Tod seiner Familienangehörigen zur Last. In der Tat erklärte das Gericht die Niederlande für schuldig am

77 | „Ex-General Tolimir zur lebenslangen Haft verurteilt“, *Zeit Online*, 12.12.2012, <http://zeit.de/politik/ausland/2012-12/kriegsverbrechen-gerichtshof-zdravko-tolimir-urteil> [13.03.2013].

78 | Eine Auflistung der Gründe findet sich bei: Martina Fischer, „Friedens- und Versöhnungsprozess im westlichen Balkan – Von den Schwierigkeiten des Umgangs mit gewaltsamer Vergangenheit“, Berghof Working Paper, Nr. 4, http://berghof-conflictresearch.org/documents/publications/wp4d_mf_znf.pdf [13.03.2013].

79 | Ebd., 6 f.

80 | Nuhanovic thematisiert die Vorwürfe in seinem Buch *Under The UN Flag: The International Community and the Srebrenica Genocide*, Sarajevo, 2007.

Tod der Opfer.⁸¹ Der Sieg gilt anderen Hinterbliebenen als Hoffnungszeichen. Auch sie wollen klagen.⁸²

Halbherzige Politik

Zweifelsohne nimmt der Druck der Zivilgesellschaft auf die internationale Gemeinschaft zu.⁸³ Neben Hasan Nuhanović kritisierte der Berliner Künstler Phillip Ruch die Vereinten Nationen für ihre mangelnde Bereitschaft, sich der Verantwortung zu stellen. Mit der vor dem Brandenburger Tor errichteten „Säule der Schande“ verurteilte er das Versäumnis der VN, das Massaker in Srebrenica zu verhindern. Das

Denkmal stieß bei den Bosniaken auf Begeisterung.⁸⁴ Doch so wichtig diese Diskussion für die Bewertung des internationalen Kriseneinsatzes im ehemaligen Jugoslawien ist – sie ist kein Ersatz für die Aufarbeitung der Kriegereignisse in den Volksgruppen von Bosnien

So wichtig die Diskussion um ein Denkmal für die Bewertung des internationalen Kriseneinsatzes im ehemaligen Jugoslawien ist – sie ist kein Ersatz für die Aufarbeitung der Kriegereignisse.

und Herzegowina. Der Beitrag der einheimischen Politik ist dazu zu gering. Zwar mangelt es nicht an Initiativen, teils auf höchster politischer Ebene, doch kamen diese über allgemeine Absichtserklärungen nicht hinaus. So war die mit Pomp verabschiedete Istanbul Deklaration bald wieder von der Bildfläche verschwunden.

Das wundert kaum, denn die am 24. April 2010 vom türkischen Präsidenten Abdullah Gül initiierte und gemeinsam mit Serbiens Präsident Boris Tadić und dem bosniakischen Präsidiumsmitglied Haris Silajdžić unterzeichnete Deklaration enthielt nur vage Ziele. Die Beteiligten unterstrichen, „alle Schritte zu unternehmen, um Frieden, Stabilität und

81 | Amnesty International, „Court rules Netherlands responsible for three Srebrenica deaths“, 05.07.2011, <http://amnesty.org/en/news-and-updates/court-rules-netherlands-responsible-three-srebrenica-deaths-2011-07-05> [13.03.2013].

82 | Adelheid Wölfl, „Folgenschweres Srebrenica-Urteil“, *Der Standard*, 06.07.2012, <http://derstandard.at/1308680581653/Folgenschweres-Srebrenica-Urteil> [13.03.2013].

83 | Diese Forderung erhebt z.B. Heather McRobie, „What stands in the way of Bosnia reconciliation“, *The Guardian*, 21.06.2010, <http://guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/21/bosnia-still-waits-reconciliation> [13.03.2013].

84 | Ruch errichtete einen Berg aus 16.744 Schuhen, die er in Bosnien-Herzegowina gesammelt hatte. Darüber stand das Kürzel der Vereinten Nationen. Die Schuhe standen für die Srebrenica-Opfer. Vgl. Philipp Lichterbeck, „16.744 Schuhe“, *Der Tagesspiegel*, 08.07.2010, <http://tagesspiegel.de/kultur/1877478.html> [13.03.2013].

Wohlstand in der Region zu sichern“.⁸⁵ Was diese Schritte beinhalten, blieb jedoch offen. Trotz der geringen Angriffsfläche rief die Deklaration beim serbischen Präsidiumsmitglied Radmanović scharfe Kritik hervor. Sie sei unnötig und werde nicht zur Stabilität in Bosnien und Herzegowina beitragen.⁸⁶ Silajdžić warf er vor, er habe mit der Unterzeichnung seine Befugnisse überschritten. Es gelte, Vereinbarungen in gemeinsamer Absprache zu treffen.⁸⁷ Dieses Argument offenbart die Intention seines Frontalangriffs, der mit den eigentlichen Inhalten des Abkommens wenig zu tun hatte. Vielmehr kommt darin der Dauerkonflikt zum Ausdruck, der seit Jahren zwischen bosniakischen Politikern wie Silajdžić und den bosnisch-serbischen Vertretern wie Radmanović schwelt: Während die Bosniaken überwiegend für die Stärkung des Gesamtstaats eintreten, wollen die Serben ein dezentralisiertes Staatswesen, in dem die Republika Srpska ihre Autonomie ausweiten kann. Die Kroaten befinden sich zwischen beiden Positionen. Allerdings nähern sich führende kroatische Politiker der „serbischen Denkweise“ an und fordern zunehmend eine eigene föderale Einheit, in der die Kroaten die Mehrheit darstellen.⁸⁸

Während die Bosniaken überwiegend für die Stärkung des Gesamtstaats eintreten, wollen die Serben ein dezentralisiertes Staatswesen, in dem die Republika Srpska ihre Autonomie ausweiten kann.

Die Unterzeichnung des Abkommens deutete Radmanović als Angriff auf das „nationale Interesse“ der Serben in Bosnien und Herzegowina, faktisch: auf die Autonomie der Republika Srpska. Ebenso argumentierte sein Parteichef, RS-Präsident Dodik. Radmanovićs Kritik an der türkischen Initiative hatte wahltaktische Motive und sollte ihm und Dodiks SNSD den Rücken bei den anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober stärken. Dieser Verdacht liegt nahe, da Radmanović gegen die Folgetreffen

85 | Igor Jovanovic, „New Beginnings in the Balkans?“, International Relations and Security Network (ISN), ETH Zurich, 21.05.2010, <http://isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Articles/Detail/?id=116496> [13.03.2013].

86 | „Nebojša Radmanović: Deklaracija nepotrebna“, Blic online, 26.04.2010, <http://srb.time.mk/read/f6129acac5/a2be1d2e51/index.html> [13.03.2013].

87 | „Radmanović: Silajdžić krši Ustav BiH!“, Vesti online, 25.04.2010, <http://vesti-online.com/Vesti/Ex-YU/47841/Radmanovic-Silajdzic-krsi-Ustav-BIH> [13.03.2013].

88 | Vgl. „Čović: Zalagat ćemo se za treći entitet i Mostar kao stolni grad“, Hercegovina.info, 26.08.2011, <http://hercegovina.info/vijesti/vijesti/politika/covic-zalagat-cemo-se-za-treci-entitet-i-mostar-kao-stolni-grad> [13.03.2013].

plötzlich keine Einwände mehr hatte. So hinsichtlich des Treffens in Karađorđevo, ein Jahr nach Istanbul, auf Einladung des serbischen Präsidenten Tadić und unter der Teilnahme des türkischen Präsidenten Gül. Radmanović reiste mit dem kroatischen Präsidiumsmitglied Željko Komšić an. Zuvor war er bei den Wahlen knapp im Amt bestätigt worden und die SNSD hatte die meisten Stimmen erhalten. Auf bosniakischer Seite dagegen hatte es Veränderungen gegeben: Anstelle von Silajdžić kam Bakir Izetbegović, der sich in den Präsidentschaftswahlen gegen den Amtsträger durchgesetzt hatte.

Dodik strebte die Volksabstimmung an, um faktisch dem gesamtstaatlichen Strafgerichtshof und der Staatsanwaltschaft die Legitimitätsgrundlage zu entziehen – eine Forderung, die die internationale Gemeinschaft zurückwies.

Auch in Karađorđevo blieben die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück.⁸⁹ Hintergrund war das geplante Referendum in der Republika Srpska. Dodik strebte die Volksabstimmung an, um faktisch dem gesamtstaatlichen Strafgerichtshof und der Staatsanwaltschaft

die Legitimitätsgrundlage zu entziehen⁹⁰ – eine Forderung, die die internationale Gemeinschaft zurückwies.⁹¹ Dodiks Referendumsabsichten überschatteten die Gespräche in Karađorđevo. Sie rückten die eigentlichen Themen in den Hintergrund. So wurden zwar Serbiens umstrittene Auslieferungsgesuche diskutiert, ausgelöst durch die Festnahme Ejup Ganićs, des einstigen Mitglieds des Kriegspräsidiums der Republik von BuH, und des früheren Militärkommandanten von Sarajevo, Jovan Divjak. Die Vorfälle hatten die Beziehungen zwischen Serbien und Bosnien-Herzegowina erheblich belastet.⁹² Allerdings gelang es den Staatsoberhäuptern nicht, die Problematik zu lösen. Dabei schien der

89 | „Leaders of Serbia, Bosnia, Turkey discuss cooperation in Karadjordjevo“, Daily tPortal.hr, 26.04.2011, <http://daily.tportal.hr/124532/Leaders-of-Serbia-Bosnia-Turkey-discuss-cooperation-in-Karadjordjevo.html> [13.03.2013].

90 | Ian Traynor, „Bosnia in worst crisis since war as Serb leader calls referendum“, *The Guardian*, 28.04.2011, <http://guardian.co.uk/world/2011/apr/28/bosnia-crisis-serb-leader-referendum> [13.03.2013].

91 | Durch den Einsatz der EU gelang es, Dodik von dieser Idee abzubringen. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Lady Ashton, bot ihm einen „EU-geführten strukturierten Justizdialog“ an, wenn er seine Referendumspläne begräbt. Siehe dazu „Fulfilling the Promise of the Structured Dialogue“, BiH Dayton Project, 08.03.2012, <http://bihdaytonproject.com/?p=1155> [13.03.2013].

92 | Beiden warf Serbien Kriegsverbrechen gegen JNA-Soldaten im so genannten „Vorfall an der Dobrovoljacka-Straße“ vor. Zu den Hintergründen: Sabina Wölkner, „Ambivalente Ver- ▶

Ort für neue Weichenstellungen in den trilateralen Beziehungen ideal. In Karadžorđevo hatten einst am 25. März 1991 Kroatiens Präsident Franjo Tuđman und der serbische Präsident Milošević Gespräche über die Krise in Jugoslawien geführt. Angeblich soll hier auch die Aufteilung von Bosnien und Herzegowina zwischen beiden Ländern vereinbart worden sein.⁹³

Das Treffen der Staatsoberhäupter hatte die Chance geboten, das düstere Vermächtnis von Karadžorđevo in den Köpfen vieler Menschen zu verdrängen. Man hatte gehofft, in den Worten des kroatischen Präsidiumsmitglieds Komšić, auf „die endgültige Abrechnung mit den bösen Geistern und Vampiren der Vergangenheit“.⁹⁴ Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Abrechnung blieb aus, auch weil dies für Serbien und Kroatien nicht im Fokus stand. Beide Länder legten mehr Wert auf EU-relevante Fragen in der regionalen Zusammenarbeit.⁹⁵

Die Hoffnung, das düstere Vermächtnis von Karadžorđevo in den Köpfen vieler Menschen zu verdrängen, erfüllte sich bei den bilateralen Gesprächen nicht. Serbien und Kroatien legten mehr Wert auf EU-relevante Fragen.

Ohne Ergebnisse blieb auch das dritte Treffen, das im Februar 2012 in Bosnien und Herzegowina, auf dem Berg Jahorina in der Nähe von Sarajevo, stattfand, dem auch der kroatische Präsident Ivo Josipović beiwohnte. Zwar hatten sich die Teilnehmer darauf verständigt, sich in der Frage nach der Prozessierung von Kriegsverbrechern zu einigen. Doch dazu kam es nicht. Präsidiumsmitglied Komšić lehnte den Vorschlag von Kroatiens Präsidenten Josipović ab, die

söhnung: Belgrad, Srebrenica und der Fall Ejup Ganic“, KAS-Länderbericht, 22.04.2010, http://kas.de/wf/doc/kas_19423-1522-1-30.pdf [13.03.2013]; zum Fall Divjak: Adelheid Wölfl, „Österreich hat Fehler gemacht“, 15.06.2011, Interview mit Jovan Divjak, *Der Standard*, <http://derstandard.at/1310511388117> [13.03.2013]; „Court sets ex-Bosnian leader free“, *CNN*, 27.07.2010, <http://cnn.com/2010/WORLD/europe/07/27/england.bosnian.extradition> [13.03.2013].

93 | Vgl. ICTY, „Testimony of Stjepan Mesić from a transcript of the Milošević trial“, 02.10.2002, http://icty.org/x/cases/slobodan_milosevic/trans/en/021002ED.htm [13.03.2013].

94 | „Komšić: Samit u Karadžorđevu obračun s duhovima prošlosti“, *vesti.rs*, 26.04.2011, <http://www.vesti.rs/Vesti/komsic-samit-u-karadjordjevu-obracun-s-duhovima-proslosti.html> [19.03.2013].

95 | Darunter die Bekämpfung von Geldwäsche und der internationalen Kriminalität sowie Handelsfragen im Kontext des kroatischen EU-Beitritts. „Jahorina: Završen samit Srbije“, *Hrvatske und BiH, Nova Srpska Politicka Misao*, 03.02.2012, <http://mail.nspm.rs/hronika/jahorina-završen-samit-srbije-hrvatske-i-bih.html> [13.03.2013].

Beschuldigten an ihrem heutigen Wohnsitz vor Gericht zu stellen. Die Angeklagten galt es nach Komšićs Meinung dort vor Gericht zu stellen, wo sie ihre Verbrechen begangen hatten. Das bedeutete in den meisten Fällen in Bosnien und Herzegowina.⁹⁶ Komšićs Motiv war klar. Er wollte verhindern, dass Kriegsverbrecher, die nach Serbien oder Kroatien geflohen waren, dort womöglich mildere Haftstrafen erhalten oder, wie im Fall von Ganić und Divjak, Bürger aus Bosnien und Herzegowina auf der Grundlage umstrittener Gesuche an Serbien ausgeliefert werden müssten. Radmanović war anderer Meinung. Damit war das Präsidium von Bosnien und Herzegowina nicht beschlussfähig. Nur Serbiens Präsident Tadić unterstützte Josipovićs Vorstoß. Dass es ein Jahr später, am 31. Januar 2013, doch noch zu einer Übereinkunft kam, lag daran, dass die Staatsanwaltschaften aus Bosnien-Herzegowina und Serbien das Abkommen auf Druck der internationalen Gemeinschaft zu einer technischen Angelegenheit erklärt hatten. Die Zustimmung des Präsidiums war somit nicht mehr notwendig. Die bosniakischen Opferverbände reagierten kritisch auf diese Entscheidung.⁹⁷

Das dürftige Ergebnis der Treffen belegt ihren eher symbolischen Charakter. Daran wird sich in naher Zukunft wenig ändern, vielmehr könnte sich die Erfolgsquote noch weiter verschlechtern. Ein Grund dafür liegt in einer Äußerung von Tadićs Nachfolger Tomislav Nikolić, mit der dieser seine Amtskollegen in den Nachbarländern vor den Kopf stieß: Nikolić brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass „Bosnien und Herzegowina vor unseren Augen zerfällt“.⁹⁸ Diese Anteilnahme kam bei den bosniakischen Politikern nicht gut an. Das bosniakische Präsidiumsmitglied Izetbegović sagte prompt seine Teilnahme an Nikolićs Amtseinführung ab.⁹⁹ Auch die Fortsetzung der in

Nikolić brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass „Bosnien und Herzegowina vor unseren Augen zerfällt“. Diese Anteilnahme kam bei den bosniakischen Politikern nicht gut an.

96 | Ebd.

97 | So z.B. Murat Tahirovic, Präsident der Organisation Opfer und Zeugen des Genozids in Srebrenica, in der *Bosnia Daily*, 01.02.2012, 6.

98 | „Izetbegovic pisao Nikolicu: BiH nece nestati“, *Nezavisne novine*, 23.10.2012, <http://nezavisne.com/novosti/bih/Izetbegovic-64267.html> [13.03.2013].

99 | „Nakon Josipovića, i Izetbegović i Türk objavili da neće na Nikolićevu inauguraciju“, *Hrvatska riječ*, 07.07.2012, <http://hrvatska-rijec.com/2012/06/nakon-josipovica> [13.03.2013].

Istanbul initiierten Treffen wurde ausgesetzt. Zwar haben sich die Wogen mittlerweile geglättet. Es gibt sogar Anzeichen für eine Annäherung.¹⁰⁰ Aber die Grundlage ist nach wie vor fragil. Schließlich zeigte sich bei den Treffen, dass Kompromisse angesichts der diametral entgegengesetzten Positionen oftmals unerreichbar waren. Als Blockierer erwies sich vielfach Bosnien und Herzegowina, da sein Präsidium wegen der unterschiedlichen Sichtweisen auf die Kriegsvorgänge keinen gemeinsamen Beschluss fassen konnte.

Es gibt Anzeichen für eine Annäherung. Aber die Grundlage ist nach wie vor fragil. Schließlich zeigte sich bei den Treffen, dass Kompromisse angesichts der diametral entgegengesetzten Positionen oftmals unerreichbar waren.

Nationalismus und der Wunsch nach Annäherung

Die Konflikte zwischen den Präsidiumsmitgliedern haben einen innenpolitischen Ursprung. Ihre Wurzeln liegen im alltäglichen Parteienstreit in Bosnien und Herzegowina. Im Mittelpunkt steht das so genannte „nationale Interesse“. Dieses ist der entscheidende Bezugspunkt für die programmatische Ausrichtung der politischen Kräfte, die sich als Schutzmächte „ihrer“ Bevölkerungsgruppe begreifen.¹⁰¹ Um sich im Machtkampf Vorteile zu erschließen, werden diese „nationalen Interessen“ aus politischem Kalkül auch häufig konstruiert. Die Debatte ist deshalb von nationalistischer Rhetorik geprägt. Diese verstärkt sich meist vor Wahlen. Im Jahr 2006 ging Haris Silajdžićs Partei für Bosnien und Herzegowina (SBiH) mit dem Motto „100 Prozent Bosnien und Herzegowina“ ins Rennen und forderte teils offen die Auflösung der Republika Srpska. Dies erzeugte zwar eine Radikalisierung auf serbischer Seite, doch bei den Bosniaken kam dieses Auftreten an. Silajdžić setzte

100 | „Izetbegovic spreman na sastanak sa Nikolicem“, *Naslovi*, 17.01.2013, <http://naslovi.net/2013-01-17/beta/izetbegovic-spreman-na-sastanak-sa-nikolicem/4358899> [13.03.2013].

101 | Die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ BiH) und die Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990 (HDZ 1990) haben den Anspruch, die Interessensvertretung der Kroaten in Bosnien und Herzegowina zu sein. Die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) versteht sich als Bollwerk für den „Schutz der Bosniaken“. Die bosnisch-serbischen Parteien kämpfen für die Durchsetzung der „Interessen der Serben“. Lediglich die Sozialdemokratische Partei (SDP) scheint eine Ausnahme zu sein. Sie begreift sich als multiethnische Partei. Die Mitglieder sind jedoch überwiegend Bosniaken.

Nationalismus lässt sich in gespaltenen Gesellschaften wie Bosnien und Herzegowina von politischen Akteuren als Machtinstrument nutzen. Dies erklärt, warum Versöhnungsinitiativen in der Politik selten Wirkung zeigen.

sich im Rennen um den bosniakischen Präsidentschaftsplatz durch.¹⁰² Das Beispiel belegt: Der Nationalismus lässt sich in gespaltenen Gesellschaften wie Bosnien und Herzegowina von den politischen Akteuren als Machtinstrument nutzen. Viele haben sich deshalb mit

dem permanenten Heraufbeschwören der „nationalen Interessen“ arrangiert.¹⁰³ Dies erklärt, warum Versöhnungsinitiativen in der Politik selten Wirkung zeigen. Der Wunsch, die Differenzen zu überwinden, ist gering, da es genau diese sind, die den politischen Akteuren die Macht sichern. Gefördert wird diese Politik durch das ethnisch strukturierte Staatswesen, das Konflikte entlang „nationaler Interessen“ geradezu provoziert.

Seit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2010 gibt es allerdings Anzeichen, dass der Nationalismus an Wirkungskraft verliert. Den Effekt bekam zuerst Silajdžić zu spüren. Er hatte unter den bosniakischen Kandidaten am stärksten auf die nationale Karte gesetzt. Die Bosniaken ließen sich diesmal nicht davon überzeugen und wählten den moderater auftretenden Bakir Izetbegović. Hinzu kam die Differenzierung im parteipolitischen Spektrum. Durch die Neugründung der Allianz für eine bessere Zukunft von BuH (SBBBiH) konnte sich keine bosniakische Partei mehr damit schmücken, die alleinige Interessensvertretung „ihrer“ Volksgruppe zu sein.¹⁰⁴ Dies zeigte Wirkung. Andere Themen wie etwa die Wirtschaft traten in den Vordergrund und damit die Frage, was die Parteien zur Lösung der Probleme anbieten.¹⁰⁵

102 | Christina Catherine Krause und Ivana Marić, „Analyse der allgemeinen Wahlen in Bosnien und Herzegowina am 1. Oktober 2006“, KAS-Länderbericht, 09.10.2006, http://kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_9319_1.pdf [13.03.2013].

103 | Bodo Weber, „Plötzlich ist wieder von ‚Krieg‘ die Rede“, *Zeit Online*, 20.10.2009, <http://zeit.de/2009/45/oped-Bosnien-Politik> [13.03.2013].

104 | Die Partei wurde aus dem Stand ins Parlament gewählt. Vgl. Sabina Wölkner, Ivana Marić und Sabrina Isic, „Neuer Wein in alten Schläuchen? Bosnien und Herzegowina hat gewählt“, KAS-Länderbericht, 06.10.2010, http://kas.de/wf/doc/kas_20748-1522-1-30.pdf [13.03.2013].

105 | Radoncic hatte in seinem Wahlkampf deshalb wirtschaftliche Themen in den Vordergrund gestellt. Ebd.

Auch im serbischen Spektrum deutet sich ein Umschwung an. So ging Dodiks Rechnung bei den Lokalwahlen im vergangenen Jahr nicht auf, mit dem üblichen nationalistischen Getöse ausreichend Stimmen zu sammeln. Seine Partei musste hohe Einbußen hinnehmen.¹⁰⁶ Anstelle der von Dodik heraufbeschworenen Bedrohung der Republika Srpska durch „Sarajevos Zentralisten“ dominierten im Wahlkampf lokalpolitische Themen, wie die wirtschaftliche Entwicklung, der Ausbau der Infrastruktur und die Verringerung der Arbeitslosigkeit. Auch der Kampf gegen Korruption spielte eine Rolle. Bei diesen Fragen hatte Dodiks SNSD aus Sicht der Wähler nicht überzeugt.¹⁰⁷

Die Veränderungen beim Wahlverhalten gehen einher mit einem Vertrauensanstieg zwischen den Volksgruppen. Eine aktuelle Umfrage des *Gallup Balkan Monitors* bestätigt die Trendwende. Während 51 Prozent der Bosniaken 2006 angaben, viel oder etwas Vertrauen in Serben oder Kroaten zu haben, war die Zahl 2010 auf 60 Prozent gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei Kroaten feststellen. 2006 empfand ca. die Hälfte der Befragten Vertrauen zu Serben oder Bosniaken. 2010 betrug dieses Empfinden 73 Prozent (Serben) und 63 Prozent (Bosniaken). Auch bei den Serben ist die Zahl von ca. 50 Prozent auf 67 Prozent (Kroaten) und 62 Prozent (Bosniaken) gewachsen.¹⁰⁸

Diese positive Veränderung in der Bevölkerung könnte auf die Politik Druck erzeugen, bei Entscheidungen stärker überethnische Kompromisse einzugehen.

Das heißt aber nicht, dass damit der Nationalismus aus dem politischen Alltag in Bosnien und Herzegowina verschwindet. Solange eine strukturelle Staatsreform ausbleibt, wird der Kampf um die „nationalen Interessen“ für die Parteien Dreh- und Angelpunkt bleiben. Zudem ist die ethnische Identität den Bürgern des Landes nach wie vor wichtig: 68 Prozent der Serben, 48 Prozent der Kroaten und 50 Prozent der Bosniaken bestätigten, dass sie sich stark oder sehr darüber identifizieren. Dank

Die ethnische Identität ist den Bürgern des Landes nach wie vor wichtig: 68 Prozent der Serben, 48 Prozent der Kroaten und 50 Prozent der Bosniaken bestätigten, dass sie sich stark oder sehr stark darüber identifizieren.

106 | Wölkner, Fn. 70.

107 | Die SNSD sicherte sich nur in 18 Gemeinden den ersten Rang. Bei den letzten Wahlen waren es noch 41. Ebd.

108 | „Focus on Bosnia and Herzegovina“, *Gallup Balkan Monitor*, 11/2010, 4 f., http://balkan-monitor.eu/files/Gallup_Balkan_Monitor-Focus_On_Bosnia_and_Herzegovina.pdf [13.03.2013].

des neuen Vertrauens in der Bevölkerung könnten nationalistische Ausschläge in der Politik abnehmen. Der Grund dafür ist einfach: Sie bringen den politischen Akteuren weniger ein.

Ob sich mit dieser Trendwende auch ein Fenster für die Versöhnung öffnet, ist unklar. Zwar hat eine aktuelle Studie über Versöhnung und Vertrauen in Bosnien und Herzegowina ergeben, dass unter den sich als religiös einstufenden Befragten der Wunsch nach Versöhnung gestiegen ist.¹⁰⁹ Eine solche Einstellung schließt aber nicht automatisch den Wunsch ein, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen oder gar Verantwortung dafür zu übernehmen.¹¹⁰ Die Mehrheit der Befragten steht Initiativen, die sich auf die Vergangenheit richten, kritisch gegenüber. Wichtiger erscheint ihnen, Verständigung, Frieden und Vertrauen zu fördern. Bei den Antworten spielten weder Bildung noch Geschlecht oder Alter eine entscheidende Rolle. Lediglich die Religion erwies sich als ein relevanter Faktor.¹¹¹ Die Antworten unterschieden sich auch zwischen Bosniaken, Serben und Kroaten nicht gravierend. Damit bleibt ein Hoffnungsschimmer, dass die Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina wieder zusammenwächst. Für die Aufarbeitung der Vergangenheit bleibt aber noch ein langer Weg.

Hoffnung ruht auf Zivilgesellschaft

Viele sehen in der Konfrontation mit der Vergangenheit wenig Sinn, um die Bildung von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu unterstützen.

Knapp 18 Jahre nach Beendigung des Krieges steht die Versöhnung in Bosnien und Herzegowina immer noch am Anfang. Ursache ist die fehlende Bereitschaft zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Kriegsvorgeschichte. Während die einheimischen Politiker sich dafür nicht interessieren, da sie von den nationalen Differenzen machtpolitisch profitieren, hat die Bevölkerung von der Versöhnung andere Vorstellungen. Viele sehen in der Konfrontation mit

109 | Die Befragten, die Religion als wichtig einstufen, standen Versöhnungsinitiativen positiv gegenüber. Siehe George Wilkes et al., *Pomirenje i izgradnja povjerenja u Bosni i Hercegovini. Ispitivanje javnih stavova u četiri grada i regiona Banja Luka, Bugojno, Mostar i Sarajevo*, Centar za empirijska istraživanja religije u BiH und Project on Religion and Ethics in the Making of War and Peace, The University of Edinburgh, Sarajevo, 2012.

110 | Ebd., 11.

111 | Ebd., 15 ff.

der Vergangenheit wenig Sinn, um die Bildung von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu unterstützen. Auch dem Haager Gericht gelang es nicht, mit seinen Urteilen und Verfahren den Wunsch nach einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu stärken. Dies belegen die Reaktionen der bosnischen Serben auf die Festnahme von Ratko Mladić. Sie verdeutlichen die Grenzen der Strafjustiz für den Versöhnungsprozess.

Die Hoffnung ruht damit auf der Zivilgesellschaft, durch Initiativen diesen Prozess in Gang zu setzen. Aber auch auf der internationalen Gemeinschaft, die Politiker dazu zu bringen, zivilgesellschaftliche Initiativen stärker zu unterstützen. Allerdings besteht die Gefahr, dass diese Bemühungen erneut wenig Wirkung zeigen, solange die strukturelle Staatsreform ausbleibt und damit die Ursachen des Nationalismus in Bosnien und Herzegowina nicht behoben werden. Gleichzeitig gilt es, die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln, um den Flüchtlingen, die in ihre Heimorte wieder zurückgekehrt sind, eine Re-Integration in die dortige Gesellschaft zu erleichtern, aber auch um größere Diversität in den neuen eher monoethnischen Gemeinschaften im Lande zu unterstützen.

FAZIT

Versöhnung gilt als Schlüssel zur Überwindung von Feindseligkeiten. Sie beugt neuer Gewalt vor und ist damit Voraussetzung für Frieden.¹¹² Unklar ist jedoch, welche Form der Versöhnung zum Erfolg führt. Und auch, unter welchen Bedingungen sie zur Friedensförderung und Konflikttransformation beitragen kann.¹¹³ Einigkeit besteht lediglich darin, dass es sich um ein komplexes Konzept handelt, das den Beteiligten viel abverlangt: Opfer müssen Tätern vergeben, Kriegsverbrecher müssen ihre Schuld eingestehen.¹¹⁴ Es gibt eine Reihe von Ansätzen, um einen Versöhnungsprozess in Gang zu setzen. Während die einen von einem *top-down*-Ansatz ausgehen und auf die

112 | Fischer, Fn. 78.

113 | Ebd.

114 | Zitiert nach Chip Hauss, Director of Search for Common Ground and professor of conflict resolution: Cate Malek, „Reconciliation in Bosnia“, 2003-2012 The Beyond Intractability Project, The Conflict Information Consortium, University of Colorado, 07/2005, <http://beyondintractability.org/casestudy/malek-reconciliation> [13.03.2013].

Verantwortung der politischen Eliten verweisen, betonen andere die Relevanz von *bottom-up*-Initiativen, die von der zivilgesellschaftlichen Ebene ausgehen.¹¹⁵ Auch die Strafjustiz dient als Mittel zur Versöhnung. Der internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür.

20 Jahre nach Einrichtung des ICTY spielt das Tribunal immer noch eine wichtige Rolle für die demokratische Entwicklung der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Gesellschaften und für die Ausgestaltung der Beziehungen untereinander. Ohne das ICTY mit seinen Urteilsprüchen und, noch wichtiger, ohne seine Dokumentation von Kriegsverbrechen würden die Voraussetzungen für die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit in den einzelnen Ländern schwerlich existieren. Dass letztere in den meisten der Staaten, wie hier geschildert, noch in ihren Anfängen begriffen ist, ist nicht selten Folge des politischen und gesellschaftlichen Überlebens der Eliten aus den Zeiten der Kriege – und ihres mangelnden Interesses an einer Durchleuchtung der eigenen Vergangenheit. Initiativen zur Ermittlung historischer Tatsachen und zur regionalen Ausöhnung kommen deshalb zumeist von einigen mutigen, aus dem westlichen Ausland geförderten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Staatliche Bemühungen gehen bisher selten über die im Zuge der europäischen Integration geforderte Zusammenarbeit mit dem ICTY hinaus. Bilaterale Historikerkommissionen könnten aber, das zeigen das deutsch-französische oder das deutsch-polnische Beispiel, wichtige Arbeit leisten, um nicht nur überkommene Feindbilder zu überwinden, sondern um auch dringend notwendige Materialien, gestützt auf die ermittelten Tatsachen des Tribunals, für den Geschichtsunterricht in den Schulen vorzubereiten.

Durch solche Maßnahmen wird es kommenden Generationen möglich sein, sich mit der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte zu befassen, um Feindbilder und Stereotypen zu überwinden. Hierin wird auch ein Verdienst der Kriegsverbrecherprozesse in Den Haag bestehen: Wenn der Generation der heute aktiven Politiker auch noch die Fähigkeit oder der Wille zur Vergangenheitsaufarbeitung fehlt – weil sie nicht verzeihen können, weil sie selbst involviert waren

115 | Fischer, Fn. 78.

oder weil sie die feindselige Stimmung politisch ausnutzen –, so wird es doch künftigen Generationen auf der Grundlage der in Den Haag dokumentierten Fakten möglich sein, die Versäumnisse ihrer Eltern nachzuholen und aufeinander-zuzugehen.

Tabelle 1

Anklagen des ICTY

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
29.11.1996	Dražen Erdemović	Pillica Farm	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
07.05.1997	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Schuldig gesprochen in elf Anklagepunkten, unschuldig in neun. Verfahren später wiederaufgenommen.
14.07.1997	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
07.10.1997	Dražen Erdemović	Pillica Farm	Bosnischer Kroat	Schuldeingeständnis wegen Unkenntnis ungültig und erneute Aufforderung zur Äußerung zur Anklage.
05.03.1998	Dražen Erdemović	Pillica Farm	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (5 Jahre)
16.11.1998	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić ▪ Hazim Delić ▪ Esad Landžo ▪ Zejnil Delalić 	Lager Čelebići	Bosnische Kroaten / Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić: Freiheitsstrafe (7 Jahre) ▪ Hazim Delić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Esad Landžo: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Zejnil Delalić: Freispruch
10.12.1998	Anto Furundžija	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
25.06.1999	Zlatko Aleksovski	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (2,5 Jahre)
15.07.1999	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
11.11.1999	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Neun weiterer Anklagepunkte schuldig gesprochen.
14.12.1999	Goran Jelisić	Brčko	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (40 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
14.01.2000	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Drago Josipović ▪ Vladimir Šantić ▪ Zoran Kupreškić ▪ Mirjan Kupreškić ▪ Vlatko Kupreškić ▪ Dragan Papić 	Lašva-Tal	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Drago Josipović: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Vladimir Šantić: Freiheitsstrafe (25 Jahre) ▪ Zoran Kupreškić: Freiheitsstrafe (10 Jahre) ▪ Mirjan Kupreškić: Freiheitsstrafe (8 Jahre) ▪ Vlatko Kupreškić: Freiheitsstrafe (6 Jahre) ▪ Dragan Papić: Freispruch
26.01.2000	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
03.03.2000	Tihomir Blaškić	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (45 Jahre)
24.03.2000	Zlatko Aleksovski	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (7 Jahre)
21.07.2000	Anto Furundžija	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
20.02.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić ▪ Hazim Delić ▪ Esad Landžo ▪ Zejnil Delalić 	Lager Čelebići	Bosnische Kroaten / Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić: Verweis des Urteils an die Strafkammer für mögliche Anpassung ▪ Hazim Delić: Verweis des Urteils an die Strafkammer für mögliche Anpassung ▪ Esad Landžo: Verweis des Urteils an die Strafkammer für mögliche Anpassung ▪ Zejnil Delalić: Freispruch
22.02.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dragoljub Kunarac ▪ Radomir Kovač ▪ Zoran Vuković 	Foča	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dragoljub Kunarac: Freiheitsstrafe (28 Jahre) ▪ Radomir Kovač: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Zoran Vuković: Freiheitsstrafe (12 Jahre)
26.02.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dario Kordić ▪ Mario Čerkez 	Lašva-Tal	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dario Kordić: Freiheitsstrafe (25 Jahre) ▪ Mario Čerkez: Freiheitsstrafe (15 Jahre)
05.07.2001	Goran Jelisić	Brčko	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (40 Jahre)
31.07.2001	Stevan Todorović	Bosanski Šamac	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
02.08.2001	Radislav Krstić	Srebrenica-Drina Corps	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (46 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
09.10.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić ▪ Hazim Delić ▪ Esad Landžo ▪ Zejnil Delalić 	Lager Čelebići	Bosnische Kroaten / Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić: Freiheitsstrafe (9 Jahre) ▪ Hazim Delić: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Esad Landžo: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Zejnil Delalić: Freispruch
23.10.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Drago Josipović ▪ Vladimir Šantić ▪ Zoran Kupreškić ▪ Mirjan Kupreškić ▪ Vlatko Kupreškić ▪ Dragan Papić 	Lašva-Tal	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Drago Josipović: Freiheitsstrafe (12 Jahre) ▪ Vladimir Šantić: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Zoran Kupreškić: Freispruch ▪ Mirjan Kupreškić: Freispruch ▪ Vlatko Kupreškić: Freispruch ▪ Dragan Papić: Freispruch
02.11.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Miroslav Kvočka ▪ Dragoljub Prcać ▪ Milojica Kos ▪ Mlađo Radić ▪ Zoran Žigić 	Omarska, Keraterm und Lager Trnopolje	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Miroslav Kvočka: Freiheitsstrafe (7 Jahre) ▪ Dragoljub Prcać: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Milojica Kos: Freiheitsstrafe (6 Jahre) ▪ Mlađo Radić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Zoran Žigić: Freiheitsstrafe (25 Jahre)
13.11.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Duško Sikirica ▪ Damir Došen ▪ Dragan Koundžija 	Lager Keraterm	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Duško Sikirica: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Damir Došen: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Dragan Koundžija: Freiheitsstrafe (3 Jahre)
15.03.2002	Milorad Krnojelac	Foča	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (7,5 Jahre)
12.06.2002	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dragoljub Kunarac ▪ Radomir Kovač ▪ Zoran Vuković 	Foča	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dragoljub Kunarac: Freiheitsstrafe (28 Jahre) ▪ Radomir Kovač: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Zoran Vuković: Freiheitsstrafe (12 Jahre)
17.10.2002	Milan Simić	Bosanski Samac	Serbe	Freiheitsstrafe (5 Jahre)
29.11.2002	Mitar Vasiljević	Višegrad	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
27.02.2003	Biljana Plavšić	Bosnien und Herze- gowina	Bosnische Serbin	Freiheitsstrafe (11 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
31.03.2003	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mladen Naletilić ▪ Vinko Martinović 	Tuta und Štela	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mladen Naletilić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Vinko Martinović: Freiheitsstrafe (18 Jahre)
08.04.2003	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić ▪ Hazim Delić ▪ Esad Landžo ▪ Zejnil Delalić 	Lager Čelebići	Bosnische Kroaten / Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić: Freiheitsstrafe (9 Jahre) ▪ Hazim Delić: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Esad Landžo: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Zejnil Delalić: Freispruch
31.07.2003	Milimir Stakić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (lebenslänglich)
17.09.2003	Milorad Krnojelac	Foča	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (15 Jahre)
17.10.2003	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Blagoje Simić ▪ Miroslav Tadić ▪ Simo Zarić 	Bosanski Šamac	Serben / Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Blagoje Simić: Freiheitsstrafe (17 Jahre) ▪ Miroslav Tadić: Freiheitsstrafe (8 Jahre) ▪ Simo Zarić: Freiheitsstrafe (6 Jahre)
28.10.2003	Predrag Banović		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (8 Jahre)
02.12.2003	Momir Nikolić	Srebrenica	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (27 Jahre)
05.12.2003	Stanislav Galić		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
10.12.2003	Dragan Obrenović	Srebrenica	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (17 Jahre)
18.12.2003	Dragan Nikolić		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (23 Jahre)
25.02.2004	Mitar Vasiljević	Višegrad	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (15 Jahre)
11.03.2004	Ranko Češić	Brčko	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (18 Jahre)
18.03.2004	Miodrag Jokić	Dubrovnik	Serbe	Freiheitsstrafe (7 Jahre)
30.03.2004	Miroslav Deronjić	Glogova	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
31.03.2004	Darko Mrđa	Vlašić-Gebirge	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (17 Jahre)
19.04.2004	Radislav Krstić	Srebrenica-Drina Corps	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (35 Jahre)
29.06.2004	Milan Babić	RSK	Kroatischer Serbe	Freiheitsstrafe (13 Jahre)
29.07.2004	Tihomir Blaškić	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (9 Jahre)
01.09.2004	Radoslav Brđanin	Krajina	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (32 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
17.12.2004	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dario Kordić ▪ Mario Čerkez 	Lašva-Tal	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dario Kordić: Freiheitsstrafe (25 Jahre) ▪ Mario Čerkez: Freiheitsstrafe (6 Jahre)
17.01.2005	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vidoje Blagojević ▪ Dragan Jokić 		Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vidoje Blagojević: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Dragan Jokić: Freiheitsstrafe (9 Jahre)
31.01.2005	Pavle Strugar	Dubrovnik	Montenegriner	Freiheitsstrafe (8 Jahre)
04.02.2005	Dragan Nikolić		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
28.02.2005	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Miroslav Kvočka ▪ Dragoljub Prcać ▪ Milojica Kos ▪ Mlađo Radić ▪ Zoran Žigić 	Omarska, Lager Keraterm und Lager Trnopolje	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Miroslav Kvočka: Freiheitsstrafe (7 Jahre) ▪ Dragoljub Prcać: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Milojica Kos: Freiheitsstrafe (6 Jahre) ▪ Mlađo Radić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Zoran Žigić: Freiheitsstrafe (25 Jahre)
18.07.2005	Milan Babić	RSK	Kroatischer Serbe	Freiheitsstrafe (13 Jahre)
20.07.2005	Miroslav Deronjić	Glogova	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
30.08.2005	Miodrag Jokić	Dubrovnik	Serbe	Freiheitsstrafe (7 Jahre)
16.11.2005	Sefer Halilović	Grabovica-Uzdol	Bosniake	Freispruch
30.11.2005	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fatmir Limaj ▪ Isak Musliu ▪ Haradin Bala 		Kosovo-Albaner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fatmir Limaj: Freispruch ▪ Isak Musliu: Freispruch ▪ Haradin Bala: Freiheitsstrafe (13 Jahre)
07.12.2005	Miroslav Bralo	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
08.03.2006	Momir Nikolić	Srebrenica	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
15.03.2006	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enver Hadžihanović ▪ Amir Kubura 	Zentral-bosnien	Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enver Hadžihanović: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Amir Kubura: Freiheitsstrafe (2,5 Jahre)
22.03.2006	Milomir Stakić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (40 Jahre)
03.05.2006	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mladen Naletilić ▪ Vinko Martinović 	Tuta und Stela	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mladen Naletilić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Vinko Martinović: Freiheitsstrafe (18 Jahre)
08.05.2006	Ivica Rajić	Stupni Do	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (12 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
30.06.2006	Naser Orić		Bosniake	Freiheitsstrafe (2 Jahre)
27.09.2006	Momčilo Krajišnik	Bosnien und Herzegowina		Freiheitsstrafe (27 Jahre)
28.11.2006	<ul style="list-style-type: none"> • Blagoje Simić • Miroslav Tadić • Simo Zarić 	Bosanski Šamac	Serben / Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> • Blagoje Simić: Freiheitsstrafe (15 Jahre) • Miroslav Tadić: Freiheitsstrafe (8 Jahre) • Simo Zarić: Freiheitsstrafe (6 Jahre)
30.11.2006	Stanislav Galić		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (lebenslänglich)
02.04.2007	Miroslav Bralo	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
03.04.2007	Radoslav Brđanin	Krajina	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (30 Jahre)
04.04.2007	Dragan Zelenović	Foča	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (15 Jahre)
09.05.2007	<ul style="list-style-type: none"> • Vidoje Blagojević • Dragan Jokić 		Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> • Vidoje Blagojević: Freiheitsstrafe (15 Jahre) • Dragan Jokić: Freiheitsstrafe (9 Jahre)
12.06.2007	Milan Martić	RSK	Kroatischer Serbe	Freiheitsstrafe (35 Jahre)
27.09.2007	<ul style="list-style-type: none"> • Fatmir Limaj • Isak Musliu • Haradin Bala 		Kosovo-Albaner	<ul style="list-style-type: none"> • Fatmir Limaj: Freispruch • Isak Musliu: Freispruch • Haradin Bala: Freiheitsstrafe (13 Jahre)
27.09.2007	<ul style="list-style-type: none"> • Mile Mrkšić • Miroslav Radić • Veselin Šljivančanin 	Krankenhaus Vukovar	Kroatische Serben / Serben	<ul style="list-style-type: none"> • Mile Mrkšić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) • Miroslav Radić: Freispruch • Veselin Šljivančanin: Freiheitsstrafe (5 Jahre)
16.10.2007	Sefer Halilović	Grabovica-Uzdol	Bosniake	Freispruch
31.10.2007	Dragan Zelenović	Foča	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (15 Jahre)
12.12.2007	Dragomir Milošević	Sarajevo	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (33 Jahre)
03.04.2008	<ul style="list-style-type: none"> • Ramush Haradinaj • Idriz Balaj • Lahi Brahimaj 		Kosovo-Albaner	<ul style="list-style-type: none"> • Ramush Haradinaj: Freispruch • Idriz Balaj: Freispruch • Lahi Brahimaj: Freiheitsstrafe (6 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
22.04.2008	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enver Hadžihasanović ▪ Amir Kubura 	Zentral-bosnien	Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enver Hadžihasanović: Freiheitsstrafe (3,5 Jahre) ▪ Amir Kubura: Freiheitsstrafe (2 Jahre)
03.07.2008	Naser Orić		Bosniake	Freispruch
10.07.2008	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ljube Boškosi ▪ Johan Tarčulovski 		Mazedonier	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ljube Boškosi: Freispruch ▪ Johan Tarčulovski: Freiheitsstrafe (12 Jahre)
17.07.2008	Pavle Strugar	Dubrovnik	Montenegriner	Freiheitsstrafe (7,5 Jahre)
15.09.2008	Rasim Delić		Bosniake	Freiheitsstrafe (3 Jahre)
08.10.2008	Milan Martić	RSK	Kroatischer Serbe	Freiheitsstrafe (35 Jahre)
26.02.2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Milutinović ▪ Nikola Šainović ▪ Dragoljub Ojdanić ▪ Nebojša Pavković ▪ Vladimir Lazarević ▪ Sreten Lukić 		Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Milutinović: Freispruch ▪ Nikola Šainović: Freiheitsstrafe (22 Jahre) ▪ Dragoljub Ojdanić: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Nebojša Pavković: Freiheitsstrafe (22 Jahre) ▪ Vladimir Lazarević: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Sreten Lukić: Freiheitsstrafe (22 Jahre)
01.03.2009	Momčilo Krajisnik		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
05.05.2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mile Mrkšić ▪ Veselin Šljivančanin 	Krankenhaus Vukovar	Kroatischer Serbe / Montenegriner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mile Mrkšić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Veselin Šljivančanin: Freiheitsstrafe (17 Jahre)
20.07.2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Lukić ▪ Sredoje Lukić 	Višegrad	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Lukić: Freiheitsstrafe (lebenslänglich) ▪ Sredoje Lukić: Freiheitsstrafe (30 Jahre)
12.11.2009	Dragomir Milošević	Sarajevo	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (29 Jahre)
19.05.2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ljube Boškosi ▪ Johan Tarčulovski 		Mazedonier	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ljube Boškosi: Freispruch ▪ Johan Tarčulovski: Freiheitsstrafe (12 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
10.06.2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vujadin Popović ▪ Ljubiša Beara ▪ Drago Nikolić ▪ Ljubomir Borovčanin ▪ Radivoje Miletić ▪ Milan Gvero ▪ Vinko Pandurević 	Srebrenica	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vujadin Popović: Freiheitsstrafe (lebenslanglich) ▪ Ljubiša Beara: Freiheitsstrafe (lebenslanglich) ▪ Drago Nikolić: Freiheitsstrafe (35 Jahre) ▪ Ljubomir Borovčanin: Freiheitsstrafe (17 Jahre) ▪ Radivoje Miletić: Freiheitsstrafe (19 Jahre) ▪ Milan Gvero: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Vinko Pandurević: Freiheitsstrafe (13 Jahre)
29.06.2010	Rasim Delić		Bosniake	Freiheitsstrafe (3 Jahre) (Angeklagter † vor Haftantritt)
21.07.2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ramush Haradinaj ▪ Idriz Balaj ▪ Lahi Brahimaj 		Kosovo-Albaner	(Teilweise Wiederaufnahme des Verfahrens für alle angeordnet) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lahi Brahimaj: Freiheitsstrafe (6 Jahre) bestätigt
08.12.2010	Veselin Šljivančanin		Montenegriner	Freiheitsstrafe (10 Jahre) (Überprüfung des Urteils durch die Berufungskammer)
23.02.2011	Vlastimir Đorđević		Serbe	Freiheitsstrafe (27 Jahre)
15.04.2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ante Gotovina ▪ Mladen Markač ▪ Ivan Čermak 		Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ante Gotovina: Freiheitsstrafe (24 Jahre) ▪ Mladen Markač: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Ivan Čermak: Freispruch
06.09.2011	Momčilo Perišić		Serbe	Freiheitsstrafe (27 Jahre)
16.11.2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ante Gotovina ▪ Mladen Markač 		Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ante Gotovina: Freispruch ▪ Mladen Markač: Freispruch
29.11.2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ramush Haradinaj ▪ Idriz Balaj ▪ Lahi Brahimaj 		Kosovo-Albaner	(Wiederaufnahme des Verfahrens in bestimmten Teilen der Anklage) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ramush Haradinaj: Freispruch ▪ Idriz Balaj: Freispruch ▪ Lahi Brahimaj: Freispruch

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
04.12.2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Lukić ▪ Sredoje Lukić 		Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Lukić: Freiheitsstrafe (lebenslänglich) ▪ Sredoje Lukić: Freiheitsstrafe (27 Jahre)
12.12.2012	Zdravko Tolimir		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (lebenslänglich)
28.02.2013	Momčilo Perišić		Serbe	Freispruch

Quelle: ICTY, <http://icty.org/sid/10095> [18.03.2013],
eigene Darstellung.



Christian Spahr ist Leiter des Medienprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Sofia.

SCHWEIGEN UND SKANDALISIERUNG

DER UMGANG SÜDOSTEUROPÄISCHER MEDIEN MIT DER VERGANGENHEIT

Christian Spahr

„Vergangenheitsbewältigung“ lässt sich nur schwer in andere Sprachen übersetzen. Auf Englisch wäre „Coming to terms with the past“ noch am passendsten. Das deutsche Wort ist international ein Fachbegriff geworden, den wir eher unbewusst in den politischen Wortschatz der Welt exportiert haben. In der englischen Wikipedia finden sich dazu fünf Druckseiten Text, Zeugnis der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. In diesem Kontext hat der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse folgende Voraussetzungen für den politischen Vorgang der Vergangenheitsbewältigung definiert: erstens ein Verbrechen, zweitens dessen Beendigung und drittens eine Demokratisierung.¹ Wenn man diese Definition auf die Medien überträgt, wird deutlich, dass sie bei der Vergangenheitsbewältigung eine doppelte Rolle einnehmen: Einerseits sind Medien Chronisten von politischen Verbrechen, dem Ende einer Gewaltherrschaft und dem anschließenden Systemwechsel. Und andererseits haben viele von ihnen in Diktaturen eigene Altlasten der Geschichte angehäuft, weil sie Verbrechen unterstützt und vielleicht auch deren Beendigung und Aufarbeitung sabotiert haben.

Die Bewältigung der politischen und der medialen Vergangenheit hängen eng miteinander zusammen, denn Massenmedien sind ein Schlüssel zum Bewusstseinswandel

1 | Vgl. Ulrich Batts, Günther Jakobs, Eckhard Jesse und Josef Isensee, „Vergangenheitsbewältigung durch Recht. Drei Abhandlungen zu einem deutschen Problem“, *Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte*, 16, Duncker und Humblot, Berlin, 1992, 716.

der Bevölkerung. Nur mit ihrer Unterstützung kann die Akzeptanz für einen politischen Neuaufbau und demokratische Strukturen geschaffen werden, aber auch für eine veränderte Wahrnehmung der Geschichte. In Südosteuropa zeigt das nicht nur der Blick auf die kommunistische Epoche, sondern auch der Umgang der Medien mit den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre. In beiden Fällen gibt es Nachholbedarf an hochwertiger Berichterstattung und kritischer Selbstreflexion der Medien.

BULGARIEN: LIBERALISIERUNG UND TABUS

In Bulgarien, dem zweitgrößten Land Südosteuropas nach Rumänien, gab es bereits ab Mitte der 1980er Jahre erste Tendenzen in den Medien, die kommunistische Ideologie durchlässiger zu gestalten. Flankiert von den sowjetischen Perestroika-Medien, gab die Parteizeitung *Rabotnitschesko Delo* (Arbeitersache) das Signal zu einer gemäßigten Kritik, und andere Medien zogen mit der gebotenen Vorsicht mit. Die von der politischen Führung gestattete Liberalisierung bestand darin, dass nun einzelne Tabus angesprochen werden durften, etwa die schlechte Wirtschaftsentwicklung, Korruption und überbordende Bürokratie.²

Gleichzeitig gab der Staat in bestimmten Schlüsselmomenten wieder rigoros die Berichterstattung vor, etwa bei der Vertreibung eines Teils der türkischstämmigen Bevölkerung 1989, kurz vor dem Zusammenbruch des Systems. Die massiv von der Staatssicherheit unterwanderten Medien hatten der Parteilinie zu folgen, die eine ethnisch homogene sozialistische Gesellschaft vorsah. Rund 360.000 Menschen mussten das Land verlassen. Zuvor hatte das Regime bereits die Vor- und Nachnamen von 800.000 bulgarischen Türken zwangsweise slawisieren lassen, etwa von „Mehmet“ zu „Milan“. Widerständler landeten in einem berüchtigten Arbeitslager auf einer Donauinsel bei der Kleinstadt Belene. Die Staatsmedien begründeten die Slawisierung mit Unterstellungen, dass die türkischstämmigen Bulgaren eine autonome Republik von Bulgarien abspalten wollten und die türkische Armee

Bei der Vertreibung eines Teils der türkischstämmigen Bevölkerung 1989 hatten die Medien der Parteilinie zu folgen, die eine ethnisch homogene sozialistische Gesellschaft vorsah.

2 | Alexander Andreev, „Die Medien in Bulgarien in den 80er und 90er Jahren: von moderater Staatsferne zur populistischen Staatsferne“, 2004, 1-2 (via E-Mail an den Autor, 07.01.2013).

bereits an der Grenze warte.³ Die kommunistische Propagandamaschinerie hielt sowohl für die Namensänderungen als auch für die Vertreibung wohlklingende Begriffe bereit – „Wiedergeburtprozess“ und „Große Exkursion“.

Lediglich etwa 20 Journalisten landesweit haben sich bislang mit der staatlichen Unterdrückung der türkischstämmigen Bevölkerung und den kommunistischen Arbeitslagern beschäftigt.

Die damalige staatliche Unterdrückung der türkischstämmigen Bevölkerung, aber auch die über Jahrzehnte bestehenden kommunistischen Arbeitslager sind nach wie vor kaum ein Thema für die Medien. Lediglich etwa 20

Journalisten landesweit haben sich damit bislang beschäftigt. Bei der geringen Berichterstattung zum Schicksal der bulgarischen Türken unter den Kommunisten spielt sicher eine Rolle, dass die 500-jährige osmanische Herrschaft in Bulgarien von 1396 bis 1878 von vielen Bulgaren als „Türkisches Joch“ erinnert und bezeichnet wird. Doch es gibt auch darüber hinaus nur ein verhaltenes Interesse der Medien an tieferer Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit.

Fragmentierte Aufarbeitung – Die Stasi-Akten als Schlüssel

Die Medien trügen zur Verwirrung bei, nicht zur Aufarbeitung, kritisiert etwa Professor Ivaylo Znepolski, Leiter des „Instituts für die Erforschung der nahen Vergangenheit“ in Sofia. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen ignorieren die Verbrechen des Kommunismus zwar nicht, haben die Forscher festgestellt. Die mediale Vergangenheitsbewältigung sei aber fragmentiert und eher beliebig. „Eine Zeitung kann in derselben Ausgabe Interviews mit Opfern des Regimes und einer kommunistischen Polit-Legende bringen. Gut und Böse fließen ineinander, das Publikum wird verwirrt“, beschreibt Znepolski ein aus seiner Sicht typisches Beispiel. „Eine andere Zeitung hat eine seriöse, investigative Serie über die Vergangenheit veröffentlicht und parallel dazu Artikel, die Todor Schiwkow und seine Tochter preisen.“ Schiwkow regierte Bulgarien als Diktator in den Jahren 1954 bis 1989.

3 | Simone Böcker, Radiosendung „Exodus – die Vertreibung der bulgarischen Türken vor 20 Jahren“, *SWR2 Wissen*, 29.12.2009, <http://swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/-/id=5627266/property=download/nid=660374/16wnssw/swr2-wissen-20091229.pdf> [11.03.2013].

In Bulgarien ist es danach zu keinem klaren Trennstrich gekommen. Es fehlt bisher ein breiter Konsens zur Vergangenheit, eine anerkannte Einordnung der Ereignisse auf der Basis von gesellschaftlichen Werten. Zudem konstatiert etwa Vergangenheitsforscher Znepolski, dass die ehemaligen Täter in den Medien breiteren Raum erhalten als die Opfer, und so ihre Sicht darstellen können, dass „die Zeit damals einfach so war“. Interviews und Memoiren kommunistischer Politiker sind demzufolge die Hauptquelle der Vergangenheitsbewältigung in den Medien. Auch ehemalige Geheimdienstgenerale seien nicht verpönt, manche hätten in der Öffentlichkeit eine Art Legendenstatus. Andere Veröffentlichungen gehen auf anonyme Geheimdienstquellen zurück und können daher nicht überprüft werden.⁴ Der in ganz Südosteuropa existierende Trend zum Boulevardjournalismus erschwert zusätzlich eine sachliche Auseinandersetzung.

Noch ist die Rolle der Medien in der Vergangenheit unzureichend erforscht, aber es wird deutlich, dass die bulgarischen Stasi-Akten ein Schlüssel zur öffentlichen Aufarbeitung sind. Die Archive wurden erst 2008 konsequent geöffnet, und auch nicht so weitgehend wie in anderen postkommunistischen Ländern. Kurz vor dem EU-Beitritt Bulgariens war 2006 ein Gesetz in Kraft getreten, das unter anderem die Überprüfung von Politikern, Richtern und Journalisten vorsieht. Dem zuständigen staatlichen Ausschuss zufolge war in den Jahren nach der Wende noch jede zehnte Führungskraft des staatlichen Rundfunks ein ehemaliger Spitzel der Staatssicherheit.⁵ Zudem waren etliche Akten bereits während des politischen Umbruchs vernichtet worden, so dass es ein entsprechendes Dunkelfeld geben dürfte. Die vergleichsweise späte und halbherzige Zurückdrängung von Stasi-Zuträgern, aber auch anderen ehemaligen Funktionären des Regimes in Staat und Medien hat nach übereinstimmender Einschätzung vieler Beobachter die Demokratisierung Bulgariens in der jüngsten Vergangenheit gehemmt.

Die bulgarischen Stasi-Akten sind ein Schlüssel zur öffentlichen Aufarbeitung. Die Archive wurden erst 2008 konsequent geöffnet, und auch nicht so weitgehend wie in anderen postkommunistischen Ländern.

4 | Vgl. Alexander Andreev, „Geheimdienste, Mafia und Politik“, *Südosteuropa Aktuell*, 27, München, 1998, 117 ff.

5 | „Bulgariens Stasi. Zahlreiche Journalisten belastet“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.12.2008, <http://faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/feuilleton/-1743381.html> [11.03.2013].

Kritiker bemängeln, dass die Medien auch heute noch unzureichend über die Spitzel-Aktivitäten berichten. Dies mag allerdings auch an einer verbreiteten Unlust in der Bevölkerung liegen, sich mehr als 20 Jahre nach dem Systemwechsel mit den Altlasten zu beschäftigen. Ein unangemessener Umgang mit den Stasi-Akten in früheren Jahren kann dazu beigetragen haben: In der Zeit des Übergangs wurden die Geheimdokumente immer wieder als Wahlkampf-Thema missbraucht. „Bis es niemand mehr hören wollte und so neue Veröffentlichungen der Stasi-Kommission kaum mehr wahrgenommen wurden“, so ein Bericht der *Deutschen Welle*. Der Schriftsteller Vladimir Zarev wird darin mit folgender Einschätzung zitiert: „Die Stasi-Vergangenheit ist in der Öffentlichkeit kein Thema mehr, weil die Menschen

In mehreren Fällen wurden Journalisten, die auf Basis von Geheimdienstakten über mutmaßliche Spitzel berichteten, von diesen wegen Verleumdung oder Beleidigung verklagt.

die Aufarbeitung dieser schrecklichen Zeit als belanglos erachten. Sie betrachten nur die Oberfläche, die Tiefe dieser Prozesse bleibt absichtlich verborgen. Daher auch dieser Trancezustand, der schon 20 Jahre dauert.“⁶

In mehreren Fällen wurden Journalisten, die auf Basis von Geheimdienstakten über mutmaßliche Spitzel berichteten, von diesen wegen Verleumdung oder Beleidigung verklagt – auch dies dämpft das Interesse der Reporter. Im Bereich der Printmedien fehlt es zudem an gesetzlichen Rahmenbedingungen und einer starken Selbstregulierung, die seriösen investigativen Journalisten mehr Sicherheit geben könnten.

Printmedien lange nah an den Mächtigen

Die Bereitschaft der Medien zur Vergangenheitsbewältigung in den eigenen Reihen dürfte bisher dadurch limitiert gewesen sein, dass ein großer Teil der Eigentümer zur früheren Elite gehörte. Regimegegner hätten in der Umbruchzeit keine Chancen und finanziellen Möglichkeiten gehabt, ehemalige Staatsmedien zu übernehmen, so Vergangenheitsforscher Znepolski. Die Güter wurden vor der Nase der Demokraten unter einer „neu gestalteten, ex-kommunistischen Elite“ verteilt.⁷ Dieses Muster war auch in anderen osteuropäischen Ländern zu beobachten, etwa in Rumänien, wo sich Verantwortliche aus dem früheren

6 | Vessela Vladkova, „Bulgarien: Der lange Arm der Stasi“, *Deutsche Welle*, 17.04.2009, <http://dw.de/bulgarien-der-lange-arm-der-stasi/a-4179075> [11.03.2013].

7 | Gespräch mit KAS-Mitarbeiterin Denica Zheleva, 15.01.2013.

kommunistischen Mediensektor in den ersten Nachwendejahren als Eigentümer alter Staats- und Parteizeitungen registrieren ließen und deren Infrastruktur in Besitz nahmen.⁸

Obwohl sich in Bulgarien schnell auch neue, unabhängige Medien entwickelten, ist vor allem der Zeitungssektor in den 1990er Jahren noch sehr stark von der Politik und den alten Machteliten gelenkt worden.⁹ Die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern waren im Vergleich zu manchen anderen postkommunistischen Staaten besonders eng. Dazu kann neben der alten Machtvertikale auch die Tatsache beigetragen haben, dass in der ersten Phase des Umbruchs mehrere neue Zeitungen von politischen Parteien gegründet wurden.

Allmählicher Wertewandel, aber auch neue Unsicherheiten für Journalisten

Insgesamt wich die totalitäre Sichtweise der Presse als Säule der Staatsmacht nur langsam einer modernen Auffassung von Medien als Kontrollinstanz mit öffentlicher Aufgabe und demokratischen Werten. Auch die Journalistik-Studiengänge der staatlichen Universitäten mussten sich mühsam reformieren, und es besteht unter bulgarischen Medienexperten noch kein Konsens, ob diese Entwicklung abgeschlossen ist. Formal sind die Medien heute vom Einfluss der Politik befreit, so die Bilanz des Instituts von Professor Znepolski. Der Wissenschaftler sieht aber deutliche Anhaltspunkte dafür, dass Politik und Medien nach wie vor „stark ineinander greifen und versteckte Verbindungen hinter dem Rücken der Gesellschaft pflegen“.

Heute arbeiten in Bulgarien mehrere Generationen von Journalisten neben- und miteinander: Solche, die im Kommunismus sozialisiert und von dessen Ideologie geprägt

8 | Simone Schindwein, „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“, *Netzwerk Recherche*, 2007, 67, <http://netzwerkrecherche.de/files/nr-studie-pressefreiheit.pdf> [11.03.2013].

9 | Pavlina Krasteva, „Journalismus in Bulgarien siebzehn Jahre nach dem Systemwechsel. Eine qualitative Studie zum Selbstverständnis von bulgarischen Pressejournalisten“, Magisterarbeit, Ludwig-Maximilians-Universität München, 04/2007, 17, http://epub.ub.uni-muenchen.de/1986/1/MA_Krasteva_Pavlina.pdf [11.03.2013].

Die jüngeren Medienmitarbeiter waren und sind als engagierte, politisch unbelastete und häufig geringer bezahlte Arbeitskräfte in zahlreichen Verlagen und Sendern willkommen.

wurden, andere, die unmittelbar nach 1989 angingen und die rasanten Veränderungen in den Medien aktiv miterlebt haben, und wieder andere, ganz junge Journalisten, die die „wirren“ Transformationsjahre nicht selbst erlebt haben.¹⁰ Die jüngeren Medienmitarbeiter waren und sind als engagierte, politisch unbelastete und häufig geringer bezahlte Arbeitskräfte in zahlreichen Verlagen und Sendern willkommen. Sie haben überdurchschnittlich häufig die Initiative zu einer transparenteren, kritischeren Berichterstattung ergriffen, sich aber nicht immer durchsetzen können. Zudem sind ihre Jobs heute auf einem schrumpfenden Arbeitsmarkt wieder stärker in Gefahr.

Eine neue Tendenz zur Eigentümerkonzentration, die Experten seit dem zweiten Halbjahr 2012 sehen, dürfte die Unabhängigkeit der Berichterstattung eher erschweren – und könnte einige der Fortschritte der vergangenen 23 Jahre in Frage stellen. Ein potenzielles Zeitungsmonopol, hervorgerufen durch ein Zusammenrücken zweier großer Mediengruppen, würde die Abhängigkeiten zwischen Politik und Medien weiter verstärken. Die nach der Wende erreichte Vielfalt im Journalismus gehe bereits wieder zurück, diagnostiziert der Medienwissenschaftler Orlin Spassov in einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten Medien-Monitoring: „Es gibt einen Trend zur Vereinheitlichung der Berichterstattung.“¹¹ Die meisten Printmedien berichteten bis zum Rücktritt der Regierung Borissov im Februar 2012 durchweg positiv über die Spitzenpolitiker, einzelne setzten sich mit radikal kritischer Berichterstattung ab – aber differenzierte Betrachtungen kamen selten vor. In der *Rangliste der Pressefreiheit 2013* von Reporter ohne Grenzen, die die Faktoren der rechtlichen Unabhängigkeit und der politischen Autonomie von Journalisten berücksichtigt, fiel Bulgarien, das Schlusslicht in der EU, weiter zurück – auf den 87. Platz weltweit.¹²

10 | Krasteva, Fn. 9, 1.

11 | „Bulgarische Printmedien: Polarisierung und Wettbewerb mit dem Web – Jahresreport 2012 der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Mediendemokratie“, KAS-Veranstaltungsbeiträge, 17.01.2013, <http://kas.de/medien-europa/de/publications/33299> [11.03.2013].

12 | Reporter ohne Grenzen, *Rangliste der Pressefreiheit 2013*, http://reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2013/130128_Rangliste_Deutsch.pdf [11.03.2013].

Nach übereinstimmenden Einschätzungen von Branchenkennern schreiben die meisten bulgarischen Medien derzeit keine schwarzen Zahlen. Es gibt sehr viele Medien in einem überschaubaren Markt, so dass eine weitere Konsolidierung begünstigt wird. Eine Konzentration in der Eigentümerstruktur dürfte aber rein wirtschaftlich keine Probleme lösen, wenn nicht gleichzeitig in die journalistische Qualität der Produkte investiert wird – gerade im Wettbewerb mit Gratisangeboten im Internet. Vor allem Zeitungen und Zeitschriften können damit punkten, komplexe Themen anschaulich zu machen und ihren Lesern Orientierung zu bieten. Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit ist dafür ein wichtiges Beispiel. Die Medien können dabei auch ihre eigene Geschichte beleuchten und so neues Vertrauen bei den Bürgern gewinnen.

EX-JUGOSLAWIEN: MEDIEN ALS KATALYSATOR FÜR NATIONEN

Nicht nur durch den Kommunismus haben Medien in Südosteuropa an Glaubwürdigkeit verloren. Die Verstrickung in politische Verbrechen und deren schwierige Aufarbeitung lässt sich besonders gut auch anhand der Kriege im ehemaligen Jugoslawien beobachten. Was im kommunistischen System über Jahrzehnte stattfand, die Entwicklung politischer Gewalt mit verbrecherischen Zügen, geschah während des Balkankonflikts gewissermaßen im Zeitraffer.

Im auseinanderbrechenden Jugoslawien hatte der Umgang der Medien mit dem Erbe des Kommunismus eine zusätzliche Facette: Sie mussten nicht nur eine Position zum politischen Systemwechsel finden, sondern fanden sich darüber hinaus in einem ethnischen Konflikt wieder. Sie wurden von den politischen Eliten vor die Aufgabe gestellt, die Geschichte und Gegenwart zugunsten der jeweils eigenen Ethnie neu zu interpretieren – und aktiv an der Bildung neuer kollektiver Identitäten mitzuwirken. Sie sollten Menschen dazu bewegen, sich einer nationalen Gruppe zugehörig zu fühlen. Medien beteiligten sich daran, die Konflikte zwischen den Völkern des Westbalkans aus der jeweiligen Perspektive „ihrer“ Nation neu zu interpretieren, sie in ihre Geschichtsschreibung zu integrieren und damit ein neues historisches Kontinuum zu erfinden.

Dabei ging es – jeweils abhängig vom Frontverlauf – meist um eine einfache Interpretation: Eine unschuldige Nation, die von einer anderen zum Opfer gemacht wird. In einer Studie der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche heißt es: „*Ihr* und *Wir* – das sind die beiden Begriffe, über die soziale Identitäten und die damit verbundenen Abgrenzungen funktionieren. In der Regel sind [...] Berichte, Artikel und Überschriften ausschließlich an die eigene *Wir*-Gruppe adressiert. Diesen mobilisierenden Faktor hat sich auch die Milošević-Regierung in den Konflikten der 1990er Jahre zu Nutzen gemacht.“¹³ Ob in Serbien, Kroatien oder Bosnien, Medien wurden schnell zur Kriegspartei: Sie verschwiegen die Verbrechen der eigenen Seite und brachten umso mehr Berichte über Gräueltaten der Gegner. Dieses Handlungsmuster war auch viele Jahre nach den Kämpfen noch zu beobachten¹⁴ und hält in abgeschwächter Form bis heute an.



Slobodan Milošević wurde 1999 als erstes Staatsoberhaupt von einem Kriegsverbrechertribunal wegen Völkermordes angeklagt. | Quelle: a-birdie / flickr (CC BY-NC).

13 | Schindwein, Fn. 8, 54.

14 | Vgl. Radenko Udovičić, Ozren Kebo, Tanja Topić und Benjamin Butković, „Vergangenheitsbewältigung und die Rolle der Medien“, Media Plan Institut und Konrad-Adenauer-Stiftung, Sarajevo, 20.11.2005, 75, http://kas.de/wf/doc/kas_7668-544-1-30.pdf [11.03.2013].

Slobodan Milošević hatte den jugoslawischen Medien in den 1990er Jahren Zugeständnisse in puncto Pressefreiheit gemacht – allerdings mit dem Kalkül, dass die Medien ihn bei seinem nationalistischen Feldzug unterstützen würden. Auch in Serbien war die Medienlandschaft „unkontrolliert und nahezu willkürlich“ privatisiert worden, und die neuen Besitzer stammten aus der vorhandenen Machtelite.¹⁵ Dabei folgten die meisten Medien nicht nur widerstandslos dem Konfliktkurs der jugoslawischen Warlords, sondern bildeten in der Summe eine große Propagandamaschine. Für den amerikanischen Kriegsreporter und Pulitzerpreis-Gewinner Roy Gutman war einer der beunruhigendsten Aspekte der regionalen Mediengeschichte, „wie leicht Vertreter der Presse von Journalisten zu Propagandisten wurden“.¹⁶ Die Medien erwiesen sich als starkes Werkzeug bei der Zerschlagung der multi-ethnischen Gesellschaft.

Reporter in Uniform

Heute müssen sich Journalisten nicht nur dafür verantworten, dass sie die Kriegspropaganda verbal unterstützt haben. In einigen Fällen sind wohl Kampfhandlungen durch Medienberichte erst hervorgerufen oder zumindest verstärkt worden. Während der ser-

Während der serbischen Vormärsche auf das kroatische Vukovar 1991 und das bosnische Zvornik 1992 sollen Reporter an vorderster Front in Uniform in die zu erobernden Gebiete einmarschiert sein.

bischen Vormärsche auf das kroatische Vukovar 1991 und das bosnische Zvornik 1992 sollen Reporter an vorderster Front in Uniform in die zu erobernden Gebiete einmarschiert sein. Einige Beteiligte der Kämpfe, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden, gaben zu Protokoll, dass sie ihre Taten aufgrund der Berichterstattung im Fernsehen begangen hatten.

Im Fall von Zvornik strahlte das serbische Staatsfernsehen unter anderem Bilder einer Moschee aus, auf der die serbische Flagge aufgezogen worden war, untermalt von martialischer Musik.¹⁷ Vor dem Massaker von Vukovar, bei dem

15 | Schlindwein, Fn. 8, 57.

16 | United States Institute of Peace, „Prime Time Crime: The Media and the Balkan Wars“, 04/2013, <http://usip.org/publications/prime-time-crime-media-and-balkan-wars> [11.03.2013].

17 | Želimir Bojović, „Milosevic Media Face War Crimes Spotlight“, Balkan Transitional Justice, 24.06.2009, <http://balkaninsight.com/en/article/milosevic-media-face-war-crimes-spotlight> [11.03.2013].

weit mehr als 200 kroatische Zivilisten getötet wurden, hatten Medien unwahre Berichte verbreitet, wonach kroatische Kämpfer 41 serbische Kinder in einer Grundschule ermordet hätten. Die Berichte gingen auf einen Reuters-Korrespondenten in der Region zurück, der später entlassen wurde. Sie trugen offenbar dazu bei, dass paramilitärische Gruppen Zulauf erhielten.¹⁸ „Wenn Lügen von der Front verbreitet werden, animieren sie die Leute im Feld zum Töten“, wird ein Sprecher der serbischen Staatsanwaltschaft zitiert, die 2009 mit Ermittlungen gegen Journalisten wegen der Beteiligung an Kriegsverbrechen begann.¹⁹ Kemal Kurspahić, früherer Chefredakteur der bosnischen antinationalistischen Tageszeitung *Oslobođenje*, verwendet dafür den Begriff „Prime Time Crime“, der sonst für TV-Krimis genutzt wird. Der direkte Zusammenhang zwischen TV-Berichten und Übergriffen ist in der Praxis allerdings schwer nachzuweisen.



Das Hauptgebäude des Staatssenders RTS in Belgrad, das im April 1999 Ziel eines NATO-Bombardements wurde, ist heute nur noch eine Ruine. | Quelle: Paradasos / flickr (CC BY-NC).

Auch später, im Kosovo-Konflikt mit der NATO, spielten serbische Staatsmedien eine kriegsrelevante Rolle. Ihre TV-Bilder wurden zunehmend auch von amerikanischen und westeuropäischen Sendern ausgestrahlt, weil die NATO

18 | Anes Alić, „Balkans: Media and war Crimes“, ISN, ETH Zürich, 24.06.2009, <http://isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Articles/Detail/?id=102376> [11.03.2013].

19 | Bojović, Fn. 17.

selbst nur wenig Bildmaterial zur Verfügung stellte. Dies drohte die politische Wahrnehmung des Krieges auch im Westen zu verändern – eines der Motive, warum die NATO Medieneinrichtungen in Serbien angriff. Am 23. April 1999 wurden bei einem Schlag gegen das Hauptgebäude des Staatssenders RTS in Belgrad elf Menschen getötet. Der damalige NATO-Sprecher Jamie Shea begründete den Angriff wie folgt: „RTS ist kein Medium, sondern voll von Regierungsangestellten, die dafür bezahlt werden, dass sie Propaganda und Lügen produzieren. [...] Deswegen sehen wir es als ein militärisches Ziel.“²⁰ Die Meinungsfreiheit in Serbien war längst auch offiziell wieder eingeschränkt. Aufgrund eines Dekrets der Regierung mussten Radio- und Fernsehsender Anweisungen der politischen Führung befolgen und unterlagen strikten Sprachregelungen. Einige unabhängige Stationen bemühten sich immerhin um ein eigenständiges Programm.²¹

Kriegstreiber unter Druck von Kollegen

Die Kriegstreiber unter den Journalisten sahen sich in der folgenden Friedenszeit zunehmendem Druck ausgesetzt. Bereits kurz nach dem Fall Milošević im Jahr 2000 wurden die schlimmsten Scharfmacher aus der serbischen Journalistenvereinigung ausgeschlossen.²² 2006 kritisierten Journalistenverbände die Wahl einer Rundfunkintendantin in der serbischen Provinz Vojvodina, die zu Beginn der 1990er Jahre Führungskraft eines Hass-Senders war.²³ Die Ermittlungen der serbischen Staatsanwaltschaft gegen Journalisten im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen wurden zumindest von einem Teil der Medienvertreter begrüßt. Es gab unter den serbischen Journalistenverbänden allerdings keine Einigkeit darüber, ob das Vorgehen der Justiz angemessen ist. Zumindest scheint der Einfluss der Scharfmacher in der eigenen Zunft abgenommen zu haben.

Bereits kurz nach dem Fall Milošević im Jahr 2000 wurden die schlimmsten Scharfmacher aus der serbischen Journalistenvereinigung ausgeschlossen.

20 | „Targeting Serb TV“, Public Broadcasting Service (PBS), 23.04.1999, http://pbs.org/newshour/bb/europe/jan-june99/serb_tv_4-23.html [11.03.2013].

21 | Schlindwein, Fn. 8, 54.

22 | Bojović, Fn. 17.

23 | Dinko Gruhonjić, „Rundfunk in Serbien: Ohne neues Personal keine Vergangenheitsbewältigung“, *Deutsche Welle*, 29.07.2006, <http://dw.de/p/8tqS> [11.03.2013].

Infolge der traumatischen Kriegserfahrung hat heute jede Volksgruppe in Ex-Jugoslawien ihre eigene Wahrheit, die sich in der Geschichtsschreibung und im Bildungssystem ebenso zeigt wie in den Medien.

Das bedeutet allerdings nicht unbedingt, dass die nationalistischen Sichtweisen in den Medien Ex-Jugoslawiens marginalisiert sind. Infolge der traumatischen Kriegserfahrung hat heute jede Volksgruppe der Region ihre

eigene Wahrheit, die sich in der Geschichtsschreibung und im Bildungssystem ebenso zeigt wie in den Medien. Niedrige Strafen oder Freisprüche für Kriegsverbrecher der Gegenseite werden gern als Missachtung der Opfer und Angriff auf die eigene Nation skandalisiert, Gewaltexzesse der damaligen eigenen Truppen dagegen eher verschwiegen. Es geht auch subtiler: Journalisten erwecken zuweilen den „Anschein einer neutralen Intonation, die durch die Auswahl von Details untergraben wird, die ‚unsere Schuld‘ mindern und ‚ihre Schuld‘ betonen“.²⁴ Auch in Debatten über die Zukunft der Region spielt die ethnische Rhetorik weiter eine wahrnehmbare Rolle. Wie eine Studie aus Bosnien zeigt, ist die oft kritisierte „Hasssprache“ in den herkömmlichen Medien zwar dezenteren Formen der Auseinandersetzung gewichen und kein Massenphänomen mehr, aber zum Beispiel in Internetforen noch virulent.²⁵

Für eine tatsächliche Auseinandersetzung mit der eigenen jüngsten Geschichte ist etwa in serbischen Massenmedien auch heute noch recht wenig Platz. Positiv heben sich vor allem der Radiosender *B92*, das Nachrichtenmagazin *Vreme* (Die Zeit) und die Tageszeitung *Danas* (Heute) ab, auch die Nachrichtenagentur *Beta* behandelt empfindliche Themen aus der Vergangenheit. In Kroatien können die Enthüllungsberichte der Tageszeitung *Jutarnji list* (Morgenblatt) und gelegentliche Publikationen in Wochenzeitschriften genannt werden. Sonst seien gut recherchierte Artikel in den beiden Ländern Mangelware, so eine aktuelle Experteneinschätzung der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik.²⁶ Das Interesse an den Kriegen der 1990er Jahre geht demnach eher zurück, während der Zweite Weltkrieg vor dem Hintergrund einer umstrittenen Geschichtsschreibung wieder intensiver betrachtet wird. Vereinzelt

24 | Udovičić, Kebo, Topić und Butković, Fn. 14, 75.

25 | Radenko Udovičić, „The Internet – Freedom Without Boundaries? Analysis of comments on portals and recommendations on better communication“, Media Plan Institut und Konrad-Adenauer-Stiftung, Sarajevo, 2010, 6, http://kas.de/wf/doc/kas_20598-1522-2-30.pdf [11.03.2013] .

26 | E-Mail an den Autor, 08.01.2013.

füllen Online-Medien einen Teil der Lücken, etwa bei der Berichterstattung über die Haager Kriegsverbrecherprozesse.²⁷

Bosnischen Medien wurde dagegen in einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten Studie schon 2005 eine hohe Aufmerksamkeit für die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien attestiert. Dies dürfte auch damit zu tun haben, dass Bosnien-Herzegowina stärker als Opfer wahrgenommen wird. Die Analyse der bosnischen Medien führt allerdings zu dem Schluss, dass es bei der Ausgewogenheit und inhaltlichen Qualität der Berichte ebenfalls große Defizite gab. So haben es etwa die Medien zehn Jahre lang weitgehend versäumt, der Öffentlichkeit die Arbeitsweise des Internationalen Strafgerichtshofs und die Positionen der Ankläger zu erläutern.²⁸

An sachlichen journalistischen Analysen fehlt es nach wie vor in der Region, wie vor knapp zwei Jahren die Verhaftung des mutmaßlichen serbischen Kriegsverbrechers Ratko Mladić zeigte. Die serbischen Medien interessierten sich dabei kaum für die gravierenden Vorwürfe des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, der dem früheren General der bosnischen Serbenrepublik Völkermord, Vertreibungen und Terror gegen die Zivilbevölkerung vorwarf. Die meisten Zeitungen und Sender fragten auch nicht danach, wie Mladić jahrelang in Serbien untertauchen konnte und wer ihn dabei unterstützt hat. Die am meisten um Objektivität bemühten Berichte machten es noch zur Hauptbotschaft, dass nun ein wichtiges Hindernis zum EU-Beitritt beseitigt sei. Etliche Medien behandelten Mladić dagegen wie einen Popstar und verfassten sensationsorientierte Schlagzeilen wie „Er überlebte drei Herzattacken!“ oder „Begrabt mich neben meiner Tochter!“. Nur die Wochenzeitschrift *Vreme* fragte, wie Mladić trotz eines internationalen Haftbefehls so lange medizinische Behandlung genießen konnte, ohne entdeckt

Etliche Medien behandelten Mladić wie einen Popstar und verfassten sensationsorientierte Schlagzeilen wie „Er überlebte drei Herzattacken!“ oder „Begrabt mich neben meiner Tochter!“.

27 | Vgl. Henri Bohnet, Anja Czymmeck, Michael A. Lange und Sabina Wölkner, „Das Haager Kriegsverbrechertribunal und die Vergangenheitsaufarbeitung in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens“, in dieser Ausgabe der *KAS-Auslandsinformationen*, 7.

28 | Udovičić, Kebo, Topić und Butković, Fn. 14, 2.

zu werden.²⁹ Die oberflächliche Berichterstattung ist in den Augen kritischer Beobachter ein Zeichen, dass es noch zu wenig Bereitschaft für eine Vergangenheitsbewältigung gibt. Die Ursache liegt aber auch in dem dominierenden Boulevardjournalismus, der sich konzeptbedingt mit einer differenzierten Aufarbeitung komplexer Themen schwertut.

AUSBLICK: AUFBRECHEN VON STEREOTYPEN

Noch heute sehen sich Medien, die für eine Aufarbeitung und Aussöhnung eintreten, häufig in der Minderheit. Dies führt zu der Frage, inwiefern die Medienentwicklungszusammenarbeit positive Anreize bieten kann. Fachlich gesehen sind Fortbildungen zu investigativem Journalismus angezeigt, gerade auch im Bereich von Justizthemen. Zudem gibt es Nachholbedarf bei der Information von Journalisten über die Funktionsweise internationaler Institutionen und etablierte Methoden der Vergangenheitsbewältigung. Gleichzeitig sind Medienschaffende eine wichtige Mittlergruppe, die das Denken in Stereotypen aufbrechen kann. Daher unterstützen Nichtregierungsorganisationen, die mit Medien in der Region arbeiten, idealerweise auch das Hinterfragen parteilicher Berichterstattung. Ein Mittel dazu ist, auf Medienkonferenzen und Workshops den Austausch zwischen Journalisten ehemals gegnerischer Nationen zu fördern. Dies bietet Gelegenheit, scheinbar fest stehende Wahrheiten zu relativieren und die oft ähnlichen Herausforderungen im beruflichen Alltag zu identifizieren. Internationale Programme können zudem die Neubildung unabhängiger Medien fachlich unterstützen, vor allem im Internet. Dadurch werden neue Sichtweisen auf die Vergangenheit und Zukunft der Region gefördert. So bedeutsam die Medien als Werkzeug für Diktatoren und Kriegsherren waren, so entscheidend sind sie heute beim Aufbau moderner Demokratien und der Festigung des Friedens auf dem Balkan.

Wissenschaftliche Mitarbeit: Denica Zheleva und Irina Kharuk

29 | Marija Ristić, „Serbian Media About Mladic – Turning Horror into Showbiz“, *Balkan Transitional Justice*, 31.12.2012, <http://balkaninsight.com/en/article/serbia-turning-horror-into-showbiz> [11.03.2013].

DER BEITRAG DES ROTE-KHMER-TRIBUNALS ZUR VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG IN KAMBODSCHA

Denis Schrey / Simon M. Meisenberg

Die Außerordentlichen Kammern in den Gerichten Kambodschas (Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia, ECCC), häufig auch Khmer-Rouge- oder Rote-Khmer-Tribunal genannt, stehen im Mittelpunkt der internationalen und nationalen wissenschaftlichen und politischen Debatten darüber, in welchem Maß dieses Tribunal zu Aussöhnung, Gedenken und Erinnerung in Kambodscha beiträgt.¹ Hinsichtlich der Verbrechen zwischen 1975 und 1979 setzen die ECCC den Versuch fort, Gerechtigkeit für die kambodschanischen Opfer und für die Gesellschaft insgesamt zu schaffen. Der Tod des Angeklagten Ieng Sary, ehemaliger Außenminister unter der Rote-Khmer-Regierung, muss als ein weiterer Rückschlag auf dem langen und steinigen Weg der ECCC angesehen werden, einen Beitrag zur Aussöhnung in Kambodscha zu leisten.



Denis Schrey ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Phnom Penh, Kambodscha.



Simon M. Meisenberg ist Experte für Völkerstrafrecht und Rechtsberater an den Außerordentlichen Kammern in den Gerichten Kambodschas. Der Autor äußert hier seine persönliche Meinung und nicht notwendigerweise diejenige einer Organisation, für die er tätig ist.

1 | Vgl. z.B. Tom Fawthrop und Helen Jarvis, *Getting Away with Genocide? Elusive Justice and the Khmer Rouge Tribunal*, London, Pluto Press, 2004; Suzannah Linton, *Reconciliation in Cambodia*, Documentation Center of Cambodia, Phnom Penh, 2004; Alex Bates, „Cambodia’s Extraordinary Chambers: Is it the Most Effective and Appropriate Means of Addressing the Crimes of the Khmer Rouge?“, in: Ralph Henham und Paul Behrens (Hrsg.), *The Criminal Law of Genocide: International, Comparative and Contextual Aspects*, Burlington, Ashgate, 2007, 195 f.; Hanna Bertelman, „International Standards and National Ownership? Judicial Independence in Hybrid Courts: The Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia“, *Nordic Journal of International Law*, 79, 2010, 341; John Coughlan, Sana Ghouse und Richard Smith, „The Legacy of the Khmer Rouge Tribunal: Maintaining the Status Quo of Cambodia’s Legal and Judicial System“, *Amsterdam Law Forum*, 4, 2012, 16; Jörg Menzel, „Kambodscha und der Kampf ums Recht. Eine Fallstudie zu „Recht und Entwicklung“, *Verfassung und Recht in Übersee*, 41, 2008, 387.

An den ECCC, die ihre Arbeit im Jahr 2006 aufgenommen haben und von den Vereinten Nationen unterstützt werden, wird kritisiert, sie seien teuer und genügten internationalen Standards nicht. Ihre Ermittlungen seien bei weitem nicht vollständig und zudem unparteiisch. Trotz der endemischen Schwächen des Gerichts ist die bloße Tatsache, dass frühere hohe Kader des Rote-Khmer-Regimes wegen Völkerstraftverbrechen angeklagt werden, ein kleines Wunder und eine Errungenschaft im Kampf gegen die Straflosigkeit massiver Menschenrechtsverletzungen. Zudem können die ECCC einige allgemeinere Ziele erreichen, wie die Schaffung einer historischen Tatsachenfindung, den Kampf gegen die Straflosigkeit von Menschlichkeitsverbrechen, der Aufbau rechtlicher und institutioneller Kapazitäten für die kambodschanische Justiz, die Schaffung von Vertrauen in rechtliche Institutionen, die Einbindung der Bevölkerung durch Öffentlichkeitsarbeit und die Möglichkeit für die Opfer, direkt als Nebenkläger an den Verfahren teilzunehmen. Hierdurch tragen die ECCC unmittelbar zur Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in Kambodscha bei.

HISTORISCHER HINTERGRUND

Kambodscha erlangte 1953 die Unabhängigkeit, zu einer Zeit, in der die Großmächte des Kalten Krieges für ihre jeweilige Ideologie und um ihren Einfluss in der Region kämpften. Das Land betonte zunächst seine Neutralität, wurde dann aber in diesen Kampf hineingezogen – insbesondere in die Kämpfe des Vietnamkriegs.² Es wird im Wesentlichen argumentiert, dass der Krieg im benachbarten Vietnam und die damit verbundenen Bombardements der USA, die die vietnamesischen Versorgungslinien auf kambodschanischen Territorium schwächen sollten, den Erfolg der kommunistischen Ambitionen in Kambodscha und letztendlich auch den Erfolg des Regimes der Roten Khmer im April 1975 förderten, als Pol Pot und seine Bewegung die amerikanische Marionettenregierung von Lon Nol stürzten.³

2 | James Cable, *The Geneva Conference of 1954 on Indochina*, Macmillan Press, 2000, 83, 146 f.

3 | Ben Kiernan, *How Pol Pot came to Power*, Yale University Press, New Haven, 2004, 297 f., 349. Schätzungen zufolge kamen etwa 400.000 Menschen durch die US-amerikanischen Bombardierungen zu Tode. Vgl. Angela Rapp und Christiane E. Philipp, „Conflicts Cambodia/Kampuchea“, in: Rüdiger Wolfrum und Christiane E. Philipp (Hrsg.), *United Nations: Law, Policies and Practice*, Bd. I, 1995, 201.

Die Bewegung der Roten Khmer hatte eine radikale maoistische Ideologie. Ziel war der Aufbau einer autarken, ländlichen Khmer-Gesellschaft, die auf einem System der Repression beruhte.⁴ Zu diesem Zweck wurde jeder, der einer solchen Ideologie im Weg stand, eliminiert. Folglich wurden alle sozialen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen abgeschafft.⁵ Ehemalige Staatsbedienstete, so genannte Intellektuelle und bestimmte Minderheiten wurden als Feinde des Regimes angegriffen. Nach ihrer Machtübernahme im April 1975 verlegten die Roten Khmer die Bevölkerung von Phnom Penh und anderer großer Städte aufs Land und zwangen sie zu landwirtschaftlicher Arbeit und anderen Formen von Zwangsarbeit.⁶ Diese Maßnahmen führten zu einer Lebensmittelknappheit, mangelnder Hygiene sowie zu einem Mangel an medizinischer Versorgung und Medikamenten. In Folter- und Hinrichtungslagern, die der Auslöschung der „Feinde“ der Revolution dienten, wurden mehrere tausend Menschen gefoltert und getötet.⁷ Schätzungen zufolge kamen im Laufe der Herrschaft der Roten Khmer von April 1975 bis Januar 1979, als das autoritäre Regime von vietnamesischen Truppen vertrieben wurde, ein bis zwei Millionen Menschen durch gezielte Tötungen, Folter, Hunger und Krankheit ums Leben.⁸ Im September 1989 zogen die Vietnamesen ihre Truppen ab.⁹ Doch erst im Oktober 1991 unterzeichneten alle Konfliktparteien (Regierung und Widerstand, einschließlich der Roten Khmer) den so genannten Pariser Friedensvertrag („Übereinkommen über eine umfassende politische Regelung des Kambodscha-Konflikts“), in dem alle nötigen Befugnisse zur Umsetzung des Friedensvertrags an die Vereinten Nationen übertragen

Im Laufe der Herrschaft der Roten Khmer wurden mehrere tausend Menschen gefoltert und getötet. Schätzungen zufolge kamen ein bis zwei Millionen Menschen ums Leben.

4 | Ben Kiernan, *The Pol Pot Regime*, New Haven, Yale University Press, 2008, 159 f., 251 f.

5 | David P. Chandler, *A History of Cambodia*, Westview Press, Colorado, 1996, 209.

6 | David P. Chandler, *The Tragedy of Cambodian History*, Bangkok, Silkworm Books, 1993, 246.

7 | Urteil gegen Kaing Guek Eav vom 26.07.2010, Dossier Nr. 001/18-7-2007/ECCC/TC, §§ 111, 119, 597.

8 | Genaue Zahlenangaben sind kaum festzustellen und bleiben umstritten.

9 | Raoul M. Jennar, *The Cambodian Constitutions (1953-1993)*, White Lotus, Bangkok, 1995, 111.

wurden.¹⁰ Daher markiert dieser Vertrag den Anfang der Arbeit der Übergangsbehörde der Vereinten Nationen in Kambodscha (UNTAC)¹¹ mit dem Ziel, eine solche Umsetzung sicherzustellen. Die Übergangsbehörde organisierte 1993 Wahlen, die zur Ernennung von zwei Co-Premierministern führten: Norodom Ranariddh (Nationale Einheitsfront für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und kooperatives Kambodscha, kurz FUNCINPEC) und Hun Sen (Kambodschanische Volkspartei, CPP).¹² Mehr als 350.000 Kambodschaner kehrten aus Flüchtlingslagern in Thailand in ihre Heimat zurück. Doch der neuen Regierung gelang es nicht unmittelbar, die Konfliktparteien zu entwaffnen. Bis 1998 destabilisierten die letzten Kämpfer der Roten Khmer das Land, bis diese Bewegung schließlich endgültig zusammenbrach.

Dass es fast drei Jahrzehnte gedauert hat, bis eine strafrechtliche Aufarbeitung beginnen konnte, kann weitgehend mit der politischen Lage während des Kalten Krieges erklärt werden. Auch kommunistische Ideologien hätten vor Gericht gestanden.

Angesichts des Ausmaßes des menschlichen Leidens und der Menschenrechtsverletzungen während des Regimes der Roten Khmer ist es erstaunlich, dass es fast drei Jahrzehnte gedauert hat, bis eine strafrechtliche Aufarbeitung der Gräueltaten beginnen konnte.

Dies kann weitgehend mit der politischen Lage und den Machtkämpfen während des Kalten Krieges sowie mit der Tatsache erklärt werden, dass dabei auch kommunistische Ideologien vor Gericht gestanden hätten. Abgesehen von der vietnamesischen Scheinanklage und dem folgenden Scheinprozess gegen eine Handvoll Rote-Khmer-Kader wegen Völkermordes war eine Wiedergutmachung für die Opfer nicht wirklich in Sicht.¹³ 1997 forderte die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eine Ermittlung

10 | Steven Ratner, „The Cambodian Settlement Agreements“, *American Journal of International Law*, 87, 1993, 1; Lucy Keller, „UNTAC in Cambodia – from Occupation, Civil War and Genocide to Peace“, in: *Max Planck Yearbook of United Nations Law*, 9, 2005, 149 f.

11 | VN-Resolution 745 (1992).

12 | John D. Ciorciari, „History and Politics behind the Khmer Rouge Khmer Rouge trials“, in: John D. Ciorciari und Anne Heindel (Hrsg.), *On Trial: The Khmer Rouge Khmer Rouge Accountability Process, Document Series no 14*, Documentation Center of Cambodia, Phnom Penh, 2009, 43.

13 | Zum vietnamesischen Völkermord-Prozess vgl. Frank Selbmann und Dorette Wesemann, „Der Pol Pot-Ieng Sary-Prozess revisited – Anmerkung zum Prozess gegen führende Rote Khmer im Jahr 1979“, *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik*, 2, 2010, 116-125.

der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des Völkermords während des Regimes der Roten Khmer.¹⁴ Es dauerte weitere sieben Jahre, bis ein Tribunal für die gerichtliche Verfolgung der Hauptverantwortlichen wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen eingerichtet wurde. Da auch die so genannten Intellektuellen zu den vom Regime der Roten Khmer verfolgten und eliminierten Personen gehörten, hat Kambodscha einen Großteil der in Rechtsberufen tätigen Personen verloren.¹⁵ Daher und aufgrund der bis in die späten 1990er Jahre andauernden inneren Unruhen befinden sich die rechtlichen Institutionen des Landes auch heute noch in einer Phase des Übergangs und des Aufbaus. Dies ist einer der Gründe, warum eine faire und unabhängige Strafverfolgung der für die Verbrechen Verantwortlichen durch die kambodschanische Justiz nicht durchführbar war. Mit der internationalen Unterstützung der Vereinten Nationen wird von den ECCC erwartet, dass sie das dunkle Kapitel der Geschichte Kambodschas zumindest strafrechtlich abschließen, und dass sie dazu beitragen, die Rechtsstaatlichkeit in Kambodscha zu stärken.

Auch Intellektuelle gehörten zu den vom Regime Verfolgten. Das Land verlor einen Großteil der in Rechtsberufen tätigen Personen, so dass sich die Justiz auch heute noch in einer Phase des Aufbaus befindet.

EINRICHTUNG UND STRUKTUR DER ECCC

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Anfang der 1990er Jahre führte ein Paradigmenwechsel in der internationalen Politik zur Einrichtung von internationalen Strafgerichtshöfen.¹⁶ Diese haben die Aufgabe, Völkerstrafverbrechen (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen) zu ermitteln und abzuurteilen. Während des Kalten Krieges wurden massive Rechtsverletzungen und Menschenlichkeitsverbrechen wie in Kambodscha als interne Angelegenheiten betrachtet und blieben meist unbestraft. Dies

14 | CHR Resolution 49/1997 (Zur Situation der Menschenrechte in Kambodscha).

15 | Urteil gegen Kaing Guek Eav vom 26.07.2010, Dossier Nr. 001/18-7-2007/ECCC/TC, § 94.

16 | Einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung moderner internationaler Strafgerichtshöfe geben: Antonio Cassese, *International Criminal Law*, Oxford University Press, Oxford, 2008, 317 f.; Gerhard Werle, *Völkerstrafrecht*, Mohr Siebeck, Tübingen, 2007, 1 f.

änderte sich mit der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Einrichtung von Strafgerichtshöfen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im ehemaligen Jugoslawien¹⁷ und in Ruanda.¹⁸ Hierdurch erhielt die lange Zeit ruhende Idee, einen dauerhaften Internationalen

Der IStGH konnte seine Tätigkeit erst nach Ratifizierung durch mindestens 60 Staaten am 1. Juli 2002 aufnehmen. Verbrechen, die vorher stattgefunden haben, fallen nicht in seine Zuständigkeit.

Strafgerichtshof (IStGH) einzurichten, eine neue Dynamik. Dessen Gründung wurde im Juli 1998 beschlossen.¹⁹ Dem Statut des IStGH können Staaten seit Sommer 1998 beitreten.²⁰ Wie im Statut festgelegt, nahm der IStGH seine Tätigkeit erst auf, nachdem mindestens 60 Staaten den Vertrag ratifiziert hatten. Dies wurde am 1. Juli 2002 erreicht.²¹ Der IStGH kann nur Verbrechen verfolgen, die nach diesem Datum stattgefunden haben. Frühere Verbrechen, wie die in Kambodscha, fallen nicht in seine Zuständigkeit.²² Während dieser Renaissance der internationalen Strafgerichtsbarkeit, deren Ursprünge auf Nürnberg 1945 zurückgehen, wurde 1997 berichtet, dass bei einem internen Coup der letzten Rote-Khmer-Kader, die sich im Regenwald nahe der Grenze zu Thailand versteckt hielten und Kambodscha nach wie vor destabilisierten,²³ Pol Pot gestürzt und von seinen eigenen Schergen inhaftiert worden sei. Dieses Ereignis führte zu ernsthaften Verhandlungen, Pol Pot und seine Gefolgsleute vor einem internationalen Strafgerichtshof für die Verbrechen während seiner Herrschaft in Kambodscha zur Verantwortung zu ziehen. Die Vorschläge reichten von der Einrichtung einer Sonderkammer beim Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien bis zur Einrichtung eines eigenständigen internationalen Tribunals

17 | Eingerichtet gemäß Resolution 827 (1993) des VN-Sicherheitsrates.

18 | Eingerichtet gemäß Resolution 955 (1994) des VN-Sicherheitsrates.

19 | William Schabas, *Unimaginable atrocities*, Oxford University Press, Oxford, 2011.

20 | Für den Text siehe: Vereinte Nationen (VN), „Rome Statute of the International Criminal Court“, <http://untreaty.un.org/cod/icc/statute/finalfra.htm> [14.03.2013].

21 | 122 Staaten haben die ICC Statuten bislang ratifiziert (Stand 04.04.2013). In Kambodscha erfolgte die Ratifizierung am 11.04.2002.

22 | Vgl. Art. 11(1) ICC-Satzung: „The Court has jurisdiction only with respect to crimes committed after the entry into force of this Statute.“

23 | David Scheffer, *All the missing Souls*, Princeton University Press, Princeton, 2012, 346 f.

für die Verbrechen der Roten Khmer.²⁴ Die Tatsache, dass die Regierung des Königreichs Kambodscha um Unterstützung für die gerichtliche Verfolgung der Roten Khmer ersuchte, wurde als ermutigendes Signal gewertet.²⁵ Doch die Aufbruchstimmung legte sich wieder, als die Machtkämpfe in Kambodscha nicht abbrachen und die Regierung in der Frage, wie ein solches Gericht arbeiten sollte, unklare Positionen bezog.²⁶ Letztendlich stellte sich die Schaffung eines Gerichts als langwieriger und komplexer Prozess dar. Die Komplexität der Verhandlungen über die Schaffung eines Tribunals entstand durch zwei Faktoren: Erstens durch die Tatsache, dass der VN-Sicherheitsrat nicht bereit war, wie im Fall des früheren Jugoslawien und von Ruanda einen internationalen Strafgerichtshof gemäß Kapitel VII der VN-Charta einzurichten.²⁷ China argumentierte, dass keine Bedrohung mehr für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit existierte, eine der Voraussetzungen für eine Resolution zur Schaffung eines solchen Strafgerichtshofs nach Kapitel VII der VN-Charta.²⁸ Zweitens wurden die fast ein Jahrzehnt dauernden Verhandlungen über die Einrichtung eines Gerichts mit der Zustimmung der kambodschanischen Regierung verkompliziert, weil diese darauf bestand, dass ein solches Gericht unter kambodschanischer Autorität stehen müsse und die Vereinten Nationen nur eine beratende Rolle haben dürften. Diese Position war für die Vereinten Nationen schwer zu akzeptieren, die ihrerseits auf ein unparteiisches und unabhängiges Gericht bestanden, das internationale Standards befolgt.²⁹

Dass Kambodscha um Unterstützung für die gerichtliche Verfolgung ersuchte, wurde als ermutigendes Signal gewertet. Doch die Regierung bezog in der Frage, wie ein solches Gericht arbeiten sollte, unklare Positionen.

24 | Ebd., 348 f.

25 | David Scheffer, „The Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia“, in: M. Cherif Bassiouni, *International Criminal Law*, Martinus Nijhoff Publishers, Leiden, 2008, 221.

26 | Vgl. im Einzelnen: ebd., 220-239.

27 | Ein entsprechender Resolutionsentwurf wurde im Juni 1998 von den Vereinigten Staaten in Umlauf gebracht. Vgl. Scheffer, Fn. 25, 222 f.

28 | Ebd.

29 | VN, „Negotiations between the UN and Cambodia regarding the establishment of the court to try Khmer Rouge leaders (Statement by UN Legal Counsel Hans Corell at a press briefing at UN Headquarters in New York, 8 February 2002)“, <http://un.org/news/dh/infocus/cambodia/corell-brief.htm> [15.03.2013]; siehe auch Hans Corell, „Forward“, in: Luc Reydamas et al., *International Prosecutors*, Oxford University Press, Oxford, 2012, viii.



Das Gerichtsgebäude des Rote-Khmer-Tribunals, offiziell „Außerordentliche Kammern an den Gerichten von Kambodscha“ (ECCC), in Phnom Penh. | Quelle: © Roger Phillips.

Letztendlich entstand ein unorthodoxes, einzigartiges Gefüge aus Sonder- und Hybridkammern innerhalb des kambodschanischen Gerichtssystems, wie auch der Name „Extraordinary Chambers *in the Courts of Cambodia*“ deutlich macht. Anders als andere von den Vereinten Nationen unterstützte Tribunale gründen die ECCC auf einem nationalen Statut.³⁰ Das Übereinkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung des Königreichs Kambodscha regelt lediglich die Unterstützung durch die VN, stellt also rechtlich gesehen nicht die Schaffung des Gerichts dar.³¹ Der Charakter dieser außerordentlichen Kammern wurde von den Richtern des Gerichts mit den folgenden Worten beschrieben: „[ein] Gericht mit einem besonderen und unabhängigen Charakter innerhalb des kambodschanischen Rechtssystems, [...] das entwickelt wurde, um gesondert von den bestehenden kambodschanischen Gerichten zu stehen und nur über eine eng definierte Gruppe von Personen zu urteilen, die angeklagt sind, in einem begrenzten

30 | Das Gesetz über die Einrichtung Außerordentlicher Kammern an den Gerichten Kambodschas, einschließlich der Änderungen vom 27.10.2004 (NS/RKM/1004/006): Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia (ECCC), <http://www.eccc.gov.kh/en> [15.03.2013].

31 | Vgl. hierzu Art. 1 im „Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Königlichen Regierung Kambodschas über die Verfolgung, nach kambodschanischem Recht, der in der Zeit des Demokratischen Kampuchea begangenen Verbrechen“ (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet), ECCC, ebd.

Zeitraum bestimmte Verbrechen begangen zu haben.“³² Das Übereinkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung des Königreichs Kambodscha definiert lediglich die unterstützende Rolle der Vereinten Nationen in diesen außerordentlichen Kammern.³³ Diese folgen im Prinzip anderen hybriden, mit Unterstützung der Vereinten Nationen eingerichteten Strafgerichtshöfen, wie dem Sondergerichtshof für Sierra Leone, der Abteilung für schwere Verbrechen in Osttimor, einem Gerichtshof im Kosovo, dem Sondertribunal für den Libanon und anderen Gerichtshöfen.³⁴ Der Hauptunterschied der ECCC zu diesen Gerichten liegt darin, dass die Außerordentliche Kammern innerhalb der nationalen Justiz eingerichtet wurden und dass die von den Vereinten Nationen ernannten Richter nicht unilateral entscheiden können.

Die konstitutiven Statuten, die die Zuständigkeit und die Tätigkeit der ECCC beschreiben, sind das ECCC-Gesetz (ECCC Law) und das Übereinkommen mit den VN. Zusätzlich hat das Plenum der Richter eine so genannte „Interne Satzung“ (Internal Rules) verabschiedet, die diese beiden Instrumente ergänzt und als Verfahrens- und Beweisregel dient.³⁵

Die Zuständigkeit der ECCC ist zeitlich begrenzt, sie betrifft den Zeitraum vom 17. April 1975 bis zum 6. Januar 1979,³⁶ so dass eine vollständige Untersuchung des kambodschanischen Konflikts und der Verbrechen, die nach der Zeit der Roten Khmer weiter be-

Die ECCC ermitteln nur bei Verbrechen „hochrangiger Führer des Demokratischen Kampuchea“ wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstöße gegen die Genfer Konvention.

gegangen wurden, nicht möglich ist. Die Zuständigkeit ist auf die „hochrangigen Führer des Demokratischen Kampuchea“ und die „Hauptverantwortlichen“ für die folgenden Verbrechen beschränkt: Völkermord,³⁷ Verbrechen gegen die Menschlichkeit³⁸ und schwere Verstöße gegen die Genfer

32 | Entscheidung über den Antrag auf Freilassung von Kaing Guek Eav vom 15.06.2009, Dossier Nr. 001/18-7-2007/ECCC/TC, § 10.

33 | Art. 1 Abkommen.

34 | Zu hybriden oder gemischten Gerichtshöfen: Sarah Williams, *Hybrid and Internationalised Criminal Tribunals*, Hart Publishing, Oxford, 2012.

35 | ECCC, <http://www.eccc.gov.kh/en/internal-rules> [15.03.2013] (im Folgenden als „Interne Satzung“ bezeichnet).

36 | Art. 1 ECCC-Gesetz.

37 | Art. 4 ECCC-Gesetz.

38 | Art. 5 ECCC-Gesetz.

Konvention vom 12. August 1949.³⁹ Darüber hinaus sind die ECCC auch für Akte der Zerstörung von Kulturgütern während des bewaffneten Konflikts (gemäß der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten von 1954),⁴⁰ Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen (gemäß dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961)⁴¹ und spezifisch angegebene Straftaten (gemäß dem kambodschanischen Strafgesetzbuch von 1956)⁴² zuständig.

Zu den Organen des Gerichts: Das Gericht verfügt über eine Gerichtsverwaltung (Office of Administration), die den einzelnen Kammern zuarbeitet. Die Leitung der Gerichtsverwaltung obliegt einem von kambodschanischer Seite bestimmten Verwaltungsdirektor (Director of Administration) sowie dessen von den Vereinten Nationen bestimmtem Stellvertreter, wobei dieser Stellvertreter zugleich die VN-Mission für das Rote-Khmer-Tribunal (United Nations Assistance Mission to the Khmer Rouge Tribunal, UNAKRT) leitet.⁴³ Ein weiteres Organ des Gerichts ist die Anklagebehörde, die von zwei Co-Anklägern – der eine von der kambodschanischen Regierung, der andere von den Vereinten Nationen ernannt – geleitet wird.⁴⁴ Die offizielle Ernennung obliegt dem Obersten Rat für die Justiz (Supreme Council of Magistracy), der gemäß ECCC-Gesetz und gemäß dem Übereinkommen keinerlei Befugnisse in Bezug auf die von den Vereinten Nationen bestimmten Vertreter hat, sondern ihre Ernennung ohne Ermessen ausführen muss.⁴⁵ Verfahrensrechtlich werden die Untersuchungen – analog zur französischen Strafprozessordnung – immer von den Co-Anklägern eingeleitet. Sie führen eine Voruntersuchung durch und übergeben den Co-Untersuchungsrichtern einen Abschlussbericht.⁴⁶ Die beiden Co-Ankläger müssen ihre Entscheidungen einstimmig treffen. Sofern sie sich nicht einigen können, wird die Sache an die Vorverfahrenskammer (Pre-Trial Chamber)

Verfahrensrechtlich werden Untersuchungen immer von den Co-Anklägern eingeleitet. Sie führen eine Voruntersuchung durch und berichten an die Co-Untersuchungsrichter. Die beiden Co-Ankläger müssen ihre Entscheidungen einstimmig treffen.

39 | Art. 6 ECCC-Gesetz.

40 | Art. 7 ECCC-Gesetz.

41 | Art. 8 ECCC-Gesetz.

42 | Art. 3 ECCC-Gesetz (neu).

43 | Art. 8 Abkommen.

44 | Art. 16 ECCC-Gesetz.

45 | Art. 11 ECCC-Gesetz (neu); Art. 3(1) Abkommen.

46 | Art. 53 Interne Satzung.

verwiesen.⁴⁷ Nachdem die Co-Untersuchungsrichter (wiederum ein nationaler und ein internationaler) den Abschlussbericht von den Co-Anklägern erhalten haben, führen sie eine unabhängige und unparteiische Untersuchung durch, und wenn sie zu dem Schluss kommen, dass ausreichende Beweise vorliegen und dass es einen berechtigten Grund zu der Annahme gibt, dass von einem Verdächtigen Straftaten begangen wurden, geben sie eine „Closing Order“ aus (bestehend aus einer Anklageschrift und der Entscheidung, das Verfahren zu eröffnen).⁴⁸ Etwaige Dispute zwischen den Untersuchungsrichtern werden wiederum von der Vorverfahrenskammer beigelegt.⁴⁹ Diese ist jedoch nicht nur für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Co-Anklägern und den Co-Untersuchungsrichtern zuständig, sondern hat darüber hinaus die Aufgabe, von den Verdächtigen vorgebrachte Anträge zu entscheiden, wie etwa Haftentlassungsanträge oder Zuständigkeitsfragen.⁵⁰ Sie besteht aus drei kambodschanischen und zwei von den Vereinten Nationen nominierten Richtern. Die kambodschanische Seite ist somit in der numerischen Mehrheit. Diese Mehrheit war bei den Verhandlungen eine der am heftigsten umstrittenen Fragen, da weder die Vereinten Nationen noch die kambodschanische Regierung die Autorität über das Verfahren abgeben wollten. Insbesondere die Vereinten Nationen wollten sicherstellen, dass ein abschließendes Urteil und eine Verurteilung nicht ohne Zustimmung der VN-Richter möglich sind. In dieser Hinsicht wurde schließlich entschieden, dass die Richter eine Entscheidung nur mit einer qualifizierten Mehrheit (vier von fünf Richtern) treffen können, d.h. es muss mindestens einer der internationalen Richter die Ansicht der kambodschanischen Richter mittragen.⁵¹

Die Vorverfahrenskammer besteht aus drei kambodschanischen und zwei von den VN nominierten Richtern. Im Vorfeld wollten jedoch weder die VN noch die kambodschanische Regierung die Autorität über das Verfahren abgeben.

47 | Art. 20 ECCC-Gesetz (neu).

48 | Art. 67 Interne Satzung.

49 | Art. 23 ECCC-Gesetz (neu).

50 | Abschnitt D Interne Satzung.

51 | Scheffer, Fn. 25, 246; für eine kritische Würdigung der qualifizierten Mehrheit vgl. Corell, Fn. 29, viii; Silvia de Bertodano, „Problems arising from the Mixed Composition and Structure of the Cambodian Extraordinary Chambers“, *Journal of International Criminal Justice*, 4, 2006, 285-293.

Nach Abschluss der Ermittlungen erstellen die Co-Untersuchungsrichter eine „Closing Order“, die – falls ausreichend Beweise vorliegen, um Anklage zu erheben – zugleich die Anklageschrift darstellt.⁵² Dieser Verfahrensschritt löst die Zuständigkeit der Hauptverfahrenskammer (Trial Chamber) aus, die dann die Beweisaufnahme in

Die Teilnahme von anerkannten Opfern mutmasslicher Verbrechen als Nebenkläger ist eine der positiven Eigenschaften der ECCC, auch wenn die Handhabung kontrovers diskutiert wird.

einer öffentlichen Hauptverhandlung durchgeführt, an der auch der Angeklagte und sein Verteidiger teilnehmen. Darüber hinaus können Opfer als Nebenkläger an dem Verfahren teilnehmen und sich durch einen Anwalt vertreten lassen.⁵³ Die Teilnahme der Nebenkläger, d.h. durch den Ermittlungsrichter anerkannte Opfer von mutmaßlichen Verbrechen der Anklageschrift, ist eine der positiven Eigenschaften der ECCC, auch wenn die strukturelle und verfahrensmäßige Handhabung ihrer Teilnahme kontrovers und kritisch diskutiert wird.⁵⁴ Wie auch die Vorverfahrenskammer besteht die Hauptverfahrenskammer aus drei nationalen und zwei internationalen Richtern, und auch hier muss jede Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit (vier von fünf Richtern) getroffen werden. Nach der Beweisaufnahme und dem Abschluss der Hauptverhandlung verkündet die Verfahrenskammer das Urteil, wobei eine Verurteilung nur erfolgen darf, wenn die Straftaten und die Beteiligung des Angeklagten daran zweifelsfrei nachgewiesen sind.⁵⁵ Verteidigung und Anklage können gegen das Urteil Berufung einlegen. Diese Berufung wird von der Berufungskammer des Gerichts (Supreme Court Chamber) entschieden. Diese besteht aus vier kambodschanischen und drei ausländischen Richtern.⁵⁶

Diese dreigliedrige Struktur (Vorverfahrens-, Hauptverfahrens- und Berufungskammer) mit zwei Ermittlungsorganen (Anklage und Co-Untersuchungsrichter) ist wesentlich komplexer als bei anderen derartigen Strafgerichtshöfen. Der Sondergerichtshof für Sierra Leone hat z.B. nur ein

52 | Art. 67(1) Interne Satzung; Schlussgutachten gegen Kaing Guek Eav, Dossier Nr.001/14-08-2006, 08.08.2008, § 130.

53 | Art. 23 Interne Satzung.

54 | David Boyle, „Rights of Victims“, *Journal of International Criminal Justice*, 4, 2006, 307-313; Mahdev Mohan, „The Paradox of Victim-Centrism: Victim Participation at the Khmer Rouge Tribunal“, *International Criminal Law Review*, 9, 2009, 733-755.

55 | Art. 87(1) Interne Satzung.

56 | Art. 9 ECCC-Gesetz (neu).

Ermittlungsorgan (die Anklagebehörde) und ein zweigliedriges System. Die aufgeblähte Struktur der ECCC trägt signifikant zu den Kosten des Gerichts bei, die über freiwillige Beiträge von Staaten finanziert werden. In den ersten fünf Jahren seit Gründung des Gerichts lag das jährliche Budget im Durchschnitt bei 30 Millionen US-Dollar.⁵⁷ Die Tatsache, dass Dokumente und Zeugenaussagen nicht nur ins Englische und ins Khmer, sondern auch ins Französische übersetzt bzw. gedolmetscht werden müssen, trägt weiter zu den Kosten des Gerichts bei, das ständig unter Mittelknappheit leidet.



Einzelhaftzellen im Foltergefängnis S-21 in Tuol Sleng. Zwischen 1975 und 1979 waren in dem ehemaligen Schulkomplex zwischen 14.000 und 20.000 Kambodschaner inhaftiert. | Quelle: © Maximilian Jürgens.

ABGESCHLOSSENE, AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE PROZESSE

Seitdem die ECCC im Jahr 2007 ihre Arbeit aufgenommen haben, wurde in zwei separaten Verfahren (Fällen) Anklage gegen fünf Personen erhoben. Zwei weitere Fälle werden derzeit von den Co-Untersuchungsrichtern ermittelt. Im ersten von den ECCC durchgeführten Verfahren (Case 001) verurteilte die Hauptverfahrenskammer Kaing Guek Eav (alias „Duch“), den berüchtigten Folterer und Leiter des Foltergefängnisses Tuol Sleng (besser bekannt als S-21),

57 | ECCC, „ECCC Financial Information“, <http://www.eccc.gov.kh/en/about-eccc/finances> [15.03.2013].

wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu 30 Jahren Haft.⁵⁸ Das Hauptverfahren begann am 30. März 2009, und das Urteil erging im Juli 2010. Der bereits über 60-jährige Angeklagte Kaing Guek Eav war kooperativ und geständig, auch wenn er bei der Abschlussanhörung die Verantwortung für die Verbrechen von sich wies.⁵⁹ Durch die größtenteils kooperative

Die Berufungskammer erhöhte das Strafmaß für Kaing Guek Eav auf lebenslänglich und begründete dies mit der nicht angemessenen Berücksichtigung der Schwere der Verbrechen und des Verhaltens des Angeklagten.

Haltung verliefen die Anhörungen ohne größere Unterbrechung. Die Berufungskammer erhöhte das Strafmaß auf lebenslänglich. Dies wurde damit begründet, dass die Hauptverfahrenskammer die Schwere der Verbrechen und das Verhalten von Kaing Guek

Eav nicht angemessen berücksichtigt habe.⁶⁰ Das Urteil ist rechtskräftig, und Kaing Guek Eav wartet darauf, aus der Haftanstalt der ECCC in eine inländische Strafvollzugsanstalt überführt zu werden.

In Fall 002, dem zweiten und wichtigsten Fall vor den ECCC,⁶¹ werden die verbliebenen hochrangigen Führer des Demokratischen Kampuchea, Nuon Chea, Ieng Sary, Khieu Samphan und Ieng Thirith, wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angeklagt. Die „Closing Order“ wurde im September 2010 erlassen.⁶² Die Beweisaufnahme begann im November 2011.⁶³

58 | Urteil gegen Kaing Guek Eav vom 26.07.2010, Dossier Nr. 001/18-7-2007/ECCC/TC; ECCC, „Kaing Guek Eav Convicted of Crimes Against Humanity and Grave Breaches of the Geneva Conventions of 1949“, Pressemitteilung, 26.07.2010, <http://www.eccc.gov.kh/en/media-center/press-releases> [16.03.2013].

59 | Urteil gegen Kaing Guek Eav vom 26.07.2010, Dossier Nr. 001/18-7-2007/ECCC/TC, § 609.

60 | Urteil der Kammer des Obersten Gerichtshofs gegen Kaing Guek Eav vom 03.02.2012, Dossier Nr. 001/18-7-2007/ECCC/TC; ECCC, „Kaing Guek Eav alias Duch Sentenced to Life Imprisonment by the Supreme Court Chamber“, Pressemitteilung, 03.02.2012, <http://www.eccc.gov.kh/en/media-center/press-releases> [16.03.2013].

61 | Peter Maguire, „ECCC’s Tarnished Legacy and the UN“, Cambodia Tribunal Monitor, 27.03.2012, <http://cambodia.tribunal.org/blog/2012/03/eccc-s-tarnished-legacy-and-un> [16.03.2013].

62 | Schlussgutachten im Fall Nuon Chea, Ieng Sary, Khieu Samphan, Ieng Thirith vom 15.09.2010, Dossier Nr. 002/19-09-2007-ECCC-OCIJ.

63 | ECCC, „Trial Chamber Announces Date for Opening of the Substantive Hearing in Case 002“, Pressemitteilung, 18.02.2011, <http://www.eccc.gov.kh/en/media-center/press-releases> [16.03.2013].

Die Hauptverfahrendenkammer trennte jedoch den Fall in zwei Segmente, so genannte Mini-Trials. Das erste dieser Segmente deckt nur die Verbrechen der Zwangsumsiedlung der Bevölkerung im April 1975 sowie damit verbundene Straftaten ab.⁶⁴ Später fügte die Hauptverfahrendenkammer diesem Verfahren die Massenhinrichtung von früheren Lon-Nol-Soldaten in Tuol Pro Chrey hinzu.⁶⁵ Alle Angeklagten bestritten die gegen sie erhobenen Anklagen. Der gesundheitliche Zustand der Angeklagten, die in ihren Achtzigern sind, trägt wesentlich zur Komplexität der Verfahrensführung bei. Ieng Thirith, die frühere Sozial- und Familienministerin, wurde aufgrund einer schweren Form von Alzheimer für nicht verhandlungsfähig erklärt. Ihr Fall wurde abgetrennt und das Verfahren gegen sie ausgesetzt. Sie wurde im Oktober 2012 aus der Untersuchungshaft entlassen.⁶⁶ Ihr Mann Ieng Sary, der frühere Außenminister der Rote-Khmer-Regierung, verstarb am 14. März 2013 vor einem Urteil in Haft. Das Verfahren wurde daher eingestellt.⁶⁷ Nuon Chea, Stellvertreter von Pol Pot und der so genannte „Bruder Nummer Zwei“, entschuldigt sich in der Regel für die Verhandlung am Nachmittag. Er hat dann aber theoretisch die Möglichkeit, das Verfahren von einer Arrestzelle aus zu verfolgen. Khieu Samphan, früheres Staatsoberhaupt des Demokratischen Kampuchea, ist der einzige Angeklagte, der trotz seines Alters den Verhandlungen von morgens bis abends folgen kann. Das Alter der Angeklagten und das Risiko, dass der Prozess möglicherweise nicht abgeschlossen werden kann, zählen zu den

Der gesundheitliche Zustand der Angeklagten trägt wesentlich zur Komplexität der Verfahrensführung bei. Ieng Thirith, die frühere Sozial- und Familienministerin, wurde aufgrund ihrer Alzheimererkrankung für nicht verhandlungsfähig erklärt.

64 | Aufteilungsbeschluss gemäß Art. 89 Interne Satzung vom 22.09.2011 im Fall Nuon Chea, Ieng Sary, Ieng Thirith, Khieu Samphan, Dossier Nr. 002/19-09-2007-ECCC/TC.

65 | Memorandum, „Notification of Decision on Co-Prosecutions’ request to include additional crime sites within the scope of Trial in Case 002/01 (E163) and deadline for submission of applicable law portion of Closing Briefs“, 08.10.2012 im Fall Nuon Chea, Ieng Sary, Khieu Samphan, Dossier Nr. 002/19-09-2007-ECCC/TC.

66 | „Decision on immediate appeal against the Trial Chamber’s order to unconditionally release the Accused Ieng Thirith“, 14.12.2012, Case No. 002/19-09-2007-ECCC/SCC, §§ 1-3.

67 | ECCC, „Accused Person Ieng Sary Dies“, Pressemitteilung, 14.03.2013, <http://www.eccc.gov.kh/en/articles/accused-person-ieng-sary-dies> [04.04.2013]; „Prosecutor v. Nuon Chea, Ieng Sary, Khieu Samphan, Case No. 002/19-09-2007-ECCC/TC, Termination of the proceedings against the accused Ieng Sary“, 14.03.2013.

Hauptgründen für die Anordnung der Abtrennung und die Mini-Verfahren. Der Abschluss der Hauptverhandlung wird für Mitte oder Ende 2013 erwartet. Ein erstinstanzlicher Urteilsspruch soll wenige Monate später ergehen. Sollten die angeklagten Personen nach diesem ersten Mini-Verfahren noch am Leben sein und das Gericht weiterhin über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, wird die Verfahrenskammer mit dem zweiten Segment von Anklagepunkten aus der „Closing Order“ fortfahren. Angesichts des fortgeschrittenen Alters der Angeklagten und der derzeitigen Geschwindigkeit der Prozessführung ist es jedoch zweifelhaft, ob das erste Segment ordnungsgemäß abgeschlossen werden kann.

Die Fälle 003 und 004 vor den ECCC sind die am meisten umstrittenen, weil es Mutmaßungen über eine Einflussnahme hoher Vertreter der kambodschanischen Regierung gibt. Die Fortführung dieser beiden Fälle stellt daher einen Prüfstein für die Integrität und Unabhängigkeit der ECCC dar. Die Verdächtigen in diesen beiden Verfahren wurden vom Gerichtshof noch nicht offiziell benannt. Es wird spekuliert, dass es sich bei den Verdächtigen im Fall 003 um mittlere bis hohe Offiziere der Marine und im Fall 004 um mittlere Rote-Khmer-Kader handelt.

Führende Regierungsvertreter sprachen sich gegen weitere Ermittlungen durch das Tribunal aus. Der internationale Co-Untersuchungsrichter wertete dies als versuchte Einflussnahme auf die laufenden Ermittlungen.

Beide Fälle sind überschattet von Aussagen führender Regierungsvertreter, die sich gegen weitere Ermittlungen durch das Tribunal ausgesprochen haben.⁶⁸ Diese Aussagen wertete der internationale Co-Untersuchungsrichter als versuchte Einflussnahme auf die laufenden Ermittlungen.⁶⁹ In einem Rechtsumfeld mit einer historisch starken und unabhängigen Justiz ließen sich solche Aussagen leicht als unklug, unbesonnen und zweifellos als unangemessen zurückweisen.⁷⁰ Leider ist die kambodschanische Justiz

68 | Zur ausführlichen Diskussion siehe Open Society Justice Initiative, „The Future of Cases 003 and 004 at the Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia“, Open Society Foundations, 10/2012, http://opensocietyfoundations.org/sites/default/files/eccc-report-cases3and4-100112_0.pdf [16.03.2013].

69 | ECCC, „Statement by the International Co-Investigating Judge“, Pressemitteilung, 10.10.2011, <http://www.eccc.gov.kh/en/articles/statement-international-co-investigating-judge> [16.03.2013].

70 | Vgl. auch Entscheidung über die Anwendung von Art. 35 im Fall gegen Nuon Chea, Ieng Sary, Ieng Thirith, Khieu Samphan vom 11.05.2012, Dossier Nr. 002/19-09-2007-ECCC/TC.

nicht für eine derartige starke und unabhängige Rechtskultur bekannt – im Gegenteil.⁷¹ Diese Aussagen hochrangiger Regierungsvertreter wurden noch durch das Verhalten des nationalen Co-Untersuchungsrichters verstärkt, der sich mutmaßlich jedweder sinnvollen und ernsthaften Untersuchung des Falles widersetzte.⁷² Dies allein würde nicht für die Behauptung ausreichen, dass er sich den Aussagen der Regierungsvertreter unterworfen habe. Doch auch die nationalen Richter der Vorverfahrenskammer, die über die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Co-Untersuchungsrichtern bezüglich der Einleitung und Durchführung von Ermittlungen zu den Fällen 003 und 004 zu entscheiden hatten, zeigten eine ablehnende Haltung gegenüber den Ermittlungen, und begründeten ihre Entscheidung damit, dass es beim Ernennungsprozess des international nominierten Co-Untersuchungsrichters formale Fehler gegeben habe.⁷³ Zwei der international nominierten Richter gaben aufgrund der mutmaßlichen Einflussnahme ihr Amt auf.⁷⁴ Die Ernennung eines neuen internationalen Co-Untersuchungsrichters, Mark Harmon, und sein Erfolg bei den Ermittlungen wird die entscheidende Probe für die ECCC sein, Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen und ihre Unabhängigkeit und Eigenständigkeit zu demonstrieren.

Zwei der international nominierten Richter gaben aufgrund der mutmaßlichen Einflussnahme ihr Amt auf. Der Ermittlungserfolg des Nachfolgers wird die entscheidende Probe für die ECCC sein.

WAHRNEHMUNG DER ECCC IN DER KAMBODSCHANISCHEN GESELLSCHAFT

Für die Mehrheit der Kambodschaner ist es nicht von höchster Priorität, dass die unvorstellbaren Gräueltaten, die vor mehr als drei Jahrzehnten begangen wurden, rechtlich geahndet werden. Es überrascht nicht, dass die Kambodschaner die täglichen Herausforderungen ihres Lebens (Arbeitsplatzsicherheit, angemessene Löhne, Gesundheits-

71 | Fn. 68.

72 | „Note of the International Reserve Co-Investigation Judge to the Parties on the Egregious Dysfunctions within the ECCC Impeding the proper Conduct of Investigations in Case 003 and 004“, 21.03.2012, Case No. 003/07-09-2009-ECCC-OCIJ and 004/07-09-2009-ECCC-OCIJ.

73 | Vgl. Fn. 72.

74 | Vgl. Fn. 69; ECCC, „Press Release by the Reserve International Co-Investigating Judge“, Pressemitteilung, 04.05.2012, <http://www.eccc.gov.kh/en/articles/press-release-reserve-international-co-investigating-judge> [16.03.2013].

versorgung) sowie eine Verbesserung der Infrastruktur ihres Landes, die während des Krieges zerstört bzw. nicht ausgebaut wurde, persönlich für wichtiger halten. In einer von der kalifornischen Universität Berkeley im Jahr 2010 unter der Bevölkerung durchgeführten Umfrage zu „Wissen und Wahrnehmung von Gerechtigkeit und die ECCC in Kambodscha“ gaben 83 Prozent der Befragten an, das Geld solle lieber für etwas anderes als für die ECCC ausgegeben werden.⁷⁵ 2008 betrug ihr Anteil 76 Prozent. Aber auch wenn strafrechtliche Aufarbeitung und Gerechtigkeit keine so hohe Priorität haben, so zeigt die Umfrage doch, dass seit 2008 sowohl die Bekanntheit der ECCC als auch die Kenntnisse über sie zugenommen haben. Der Anteil der Personen, die angaben, nur wenig über die ECCC zu wissen, ging zurück – bei denjenigen, die unter dem Regime der Roten Khmer gelebt haben, von 34 Prozent im Jahr 2008 auf 22 Prozent im Jahr 2010, und bei denjenigen, die nicht unter dem Regime der Roten Khmer gelebt haben, von 50 Prozent im Jahr 2008 auf 33 Prozent im Jahr 2010.⁷⁶

In den vergangenen beiden Jahren war die Einstellung gegenüber den ECCC im Großen und Ganzen positiv und bei bestimmten Indikatoren sogar zunehmend positiv. Eine große Mehrheit der Befragten war der Ansicht, das Gericht werde auf die von den Khmer Rouge begangenen Verbrechen reagieren (84 Prozent), zum Aufbau von Vertrauen in Kambodscha beitragen (82 Prozent), zur nationalen Aussöhnung beitragen (81 Prozent) und Gerechtigkeit für die Opfer des Regimes der Roten Khmer herstellen (76 Prozent). 75 Prozent hielten das Gericht für unparteiisch. Diejenigen, die an der Unparteilichkeit des Gerichts zweifelten, begründeten ihren Zweifel mit der

Rund 75 Prozent hielten das Gericht für unparteiisch. Diejenigen, die an der Unparteilichkeit des Gerichts zweifelten, begründeten dies mit der vermuteten Einflussnahme durch die kambodschanische Regierung.

75 | Phuong Pham, Patrick Vinck, Mychele Balthazard und Sokhom Hean, *After the First Trial: A Population-Based Survey on Knowledge and Perceptions of Justice and the Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia*, Human Rights Center, University of California, Berkeley, 2011, 3, http://peacebuildingdata.org/sites/m/pdf/Cambodia_2011_After_the_first_Trial.pdf [22.03.2013]. Die Umfrage wurde in einer repräsentativen Gruppe von 1.000 kambodschanischen Erwachsenen durchgeführt. Die Befragungen fanden im Dezember 2010 über einen Zeitraum von 20 Tagen statt. Im Anhang des Berichts werden die Ergebnisse der Studie von 2010 mit denen einer vergleichbaren Erhebung unter 1.000 Personen durch dasselbe Team im Jahr 2008 verglichen.

76 | Ebd.

vermuteten Einflussnahme durch die kambodschanische Regierung (31 Prozent) und/oder mit der Tatsache, dass auch die Richter für „die Regierung“ arbeiten (23 Prozent).⁷⁷ Hierin drückt sich möglicherweise auch ein allgemeines Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen in Kambodscha aus.

Everyone can be involved in the process

Be sure to take part. You can attend the trial for free, hear it on the radio, see it on TV or read about it in the newspapers

Moving forward through justice

អង្គជំនុំជម្រះវិសាមញ្ញក្នុងតុលាការកម្ពុជា
 ខ.ជ.ជ.
 Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia
 Chambres Extraordinaires au sein des Tribunaux Cambodgiens

Öffentlichkeitsarbeit des Rote-Khmer-Tribunals: „Jeder kann an dem Prozess teilhaben.“ | Quelle: © ECCC.

77 | Ebd. Es muss jedoch angemerkt werden, dass die Richter nicht für die kambodschanische Regierung als solche arbeiten, sondern vielmehr für die kambodschanische Justiz.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Umfrage die persönlichen Wahrnehmungen der Bürger betrafen. Eine einzelne Person wird den Schwerpunkt verständlicherweise auf persönliche Bedürfnisse, wie etwa Arbeitsplatzsicherheit, Wohlergehen der Familie und Gesundheitsversorgung legen. Auf allgemeinere Fragen des Gemeinwohls – wie Rechtsstaatlichkeit, strafrechtliche Verantwortlichkeit, nationale Aussöhnung und Rehabilitierung, Abschreckung und die Schaffung einer gemeinsamen Geschichte – geht die Umfrage leider nicht ein. Neben diesen allgemeinen Zahlen, die auf eine leichte Verbesserung bei den Kenntnissen zu den ECCC sowie beim Vertrauen in die Legitimität und die Arbeit des Gerichts hindeuten, sind diese Statistiken stark von der individuellen Sozialisation, den persönlichen Erfahrungen, dem Alter, den politischen Präferenzen und der Art der buddhistischen Überzeugungen beeinflusst. Youk Chhang ordnet die Unterstützer und Gegner des Tribunals treffend in folgende Kategorien:

1. Überlebende,⁷⁸
2. Flüchtlinge, die ins thailändische Grenzgebiet geflohen waren,⁷⁹
3. im Ausland lebende Kambodschaner,⁸⁰
4. die nächste Generation.⁸¹

Die Mehrheit der heutigen Bürger hat das Regime der Roten Khmer nicht erlebt. Von denjenigen, die Leid erfahren haben, ist den meisten der Gedanke nach Sühne fremd.

Selbst 33 Jahre nach den verheerenden Ereignissen ist die kambodschanische Gesellschaft immer noch hinsichtlich der strafrechtlichen Prozesse gespalten. Die Mehrheit

der heutigen Bürger hat das Regime der Roten Khmer nicht erlebt, und von denjenigen, die Leid erfahren haben, ist den meisten der Gedanke nach Sühne fremd. Entscheidend für die Wahrnehmung der Verfahren ist daher, ob sie das natürliche Bedürfnis nach Rechenschaft erfüllen, ob sie der Wahrheitsfindung und der Schaffung eines kollektiven Gedächtnisses dienen und ob sie das kambodschanische Justizsystem und die Rechtsstaatlichkeit beeinflussen.

78 | Youk Chhang, „Why the Khmer Rouge Tribunal Matters to the Cambodian Community: Justice for the Future, Not the Victims“, Cambodia Tribunal Monitor, <http://cambodiatribunal.org/why-khmer-rouge-tribunal-matters-to-cambodian-community> [22.03.2013].

79 | Ebd.

80 | Ebd.

81 | Ebd.

DAS VERMÄCHTNIS DER ECCC

Die Hauptaufgabe der ECCC besteht in der gerichtlichen Verfolgung von mutmaßlichen Straftätern und nicht darin, einen Wandel in der kambodschanischen Justiz zu bewirken.

Ein Wandel in der kambodschanischen Justiz wird als mögliche langfristige Wirkung der ECCC gesehen.

Dennoch gehört ein solcher Wandel zu den Erwartungen an den Gerichtshof und er wird als mögliche langfristige Wirkung der ECCC gesehen. Diese Vorstellung entspricht auch der Strategie, welche die Vereinten Nationen mit Hybrid-Gerichtshöfen wie den ECCC verfolgen. Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) spricht von einem „andauernden Beitrag eines Hybrid-Gerichtshofs zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in einer bestimmten Gesellschaft – zum einen dadurch, dass wirksame Verfahren zur Beendigung von Straflosigkeit durchgeführt werden, und zum anderen durch die Stärkung der inländischen Rechtsorgane. Ziel ist es, dass dieser Beitrag auch dann noch anhält, wenn die Arbeit eines Hybrid-Gerichtshofs abgeschlossen ist.“⁸² Die ECCC haben diese Definition vor kurzem selbst übernommen und scheinen diese Perspektive aktiv zu fördern.⁸³ Gleichzeitig warnt das OHCHR allgemein, dass „es viele Jahre dauert, um auch nur eine grundlegende juristische Ausbildung zu absolvieren, und dass die Reform eines dysfunktionalen Justizsystems sowie die Entwicklung einer Kultur, die auf Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte beruht, langfristige Ziele sind“.⁸⁴ Grundsätzlich kann ein solches Justizvermächtnis auch als eine zusätzliche Gerechtigkeitsdividende gesehen werden.⁸⁵

82 | Hervorhebung des Verfassers. Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR), *Rule-Of-Law Tools for Post-Conflict States. Maximizing the legacy of hybrid courts*, 2008, 4-5, <http://ohchr.org/Documents/Publications/HybridCourts.pdf> [16.03.2013].

83 | The Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia and the Cambodian Human Rights Action Committee, *Hybrid Perspectives on Legacies of the Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia (ECCC), Conference Report and Recommendations*, 1, 2, 47, http://www.chrac.org/eng/CHRC%20Statement%20in%202012/Report%20on%20Hybrid%20Perspectives%20on%20ECCC%20Legacies_2012_English.pdf [16.03.2013].

84 | Ebd., 4.

85 | Vgl. auch Carla Del Ponte, „The Dividends of International Criminal Justice“, Rede von Carla del Ponte bei Goldman Sachs, London, 06.10.2005, http://icty.org/x/file/Press/PR_attachments/cdp-goldmansachs-050610-e.htm [16.03.2013].

Die Mission, ein solches Vermächtnis zu hinterlassen, ist angesichts ihrer systemischen Schwächen (Doppel- oder Hybridstruktur mit nationalen und internationalen Komponenten, Mittelknappheit) und angesichts der mutmaßlichen Einflussnahme von außen (Verdacht der politischen Einmischung, Korruptionsvorwürfe) eine Herausforderung für die ECCC. Erschwerend kommt hinzu, dass die meisten kambodschanischen Justizbeamten immer noch wesentlicher Bestandteil einer Justiz sind, die stark verbesserungswürdig ist. Doch es besteht nach vernünftigen Ermessens eine realistische Chance für ein solches Vermächtnis, und das Gericht sollte in diesen Bemühungen ermutigt werden, auch wenn aufgrund des dysfunktionalen Zustands des nationalen Rechtssystems Ergebnisse nicht unmittelbar zu erwarten sind.

Trotz dieser Herausforderungen ist die Hybridstruktur gleichzeitig jedoch auch einer der größten Pluspunkte, wenn es um die Chance der ECCC geht, ein positives Vermächtnis zu hinterlassen. Durch die internationale Unterstützung gibt das Tribunal ein Beispiel für den Standard, der

Durch die ECCC wird eine breitere Öffentlichkeit bekannt mit den Idealen der Justiz, mit rechtsstaatlichen Prinzipien und mit der Botschaft, dass solche grauenvollen Verbrechen nicht straffrei bleiben dürfen.

für das nationale Justizniveau wünschenswert wäre. Durch seine Öffentlichkeitsarbeit und seine Besuchsprogramme für die Zivilbevölkerung sorgt das Gericht dafür, dass eine breitere Öffentlichkeit sich ein Bild von einer exemplarischen Strafverfahrensführung machen kann.⁸⁶ Die ECCC zeigen, wie ein Gericht arbeiten sollte und dass Beweise eines Staatsanwalts in Frage gestellt und angefochten werden können. So wird eine breitere Öffentlichkeit bekannt mit den Idealen der Justiz, mit rechtsstaatlichen Prinzipien und mit der Botschaft, dass solche grauenvollen Verbrechen nicht straffrei bleiben dürfen. Über die nationalen Mitarbeiter und die Anwälte, die bei den ECCC arbeiten, gelangt das Wissen auch zu den anderen Gerichten des Landes. Der Kapazitätsaufbau ist eines der Vermächtnisse des Gerichts. Praktiker und Experten haben im Anschluss an eine Konferenz, auf der über die Auswirkungen und das Vermächtnis des Gerichts auf nationaler und internationaler Ebene diskutiert wurde, eine detaillierte Zusammenstellung von Empfehlungen zum

86 | ECCC, „ECCC Surpasses 100,000 Visitors Milestone“, Pressemitteilung, 04.01.2012, <http://www.eccc.gov.kh/en/articles/eccc-surpasses-100000-visitors-milestone> [16.03.2013].

Vermächtnis vorgelegt, die das Gericht relativ einfach und ohne zusätzliche Finanzierung umsetzen könnte.⁸⁷ Die darin genannten realen oder möglichen Vermächtnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

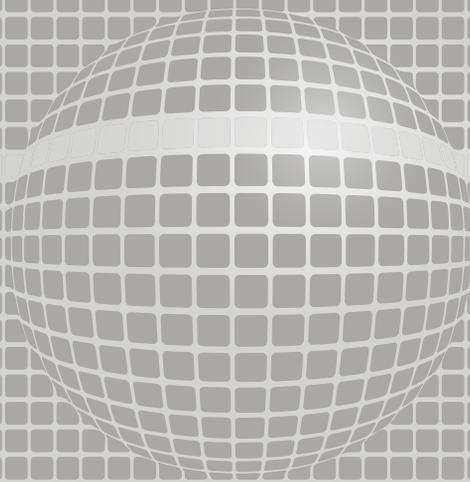
- rechtswissenschaftliche Vermächtnisse in Bezug auf materiellrechtliche und verfahrensrechtliche Normen im Strafrecht und der Menschenrechte,
- Rechtsprechung in Bezug auf die Teilnahme von Zivilklägern,
- Übertragung des Wissens zur Prozessbeobachtung auf Verfahren anderer kambodschanischer Gerichte,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Wissenstransfer zur Unterstützung von Zeugen und zu forensischen psychologischen Beurteilungen,
- Zugang zur Justiz, insbesondere für Frauen.⁸⁸

Dennoch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass ein solches Justizvermächtnis oder eine solche Justizmission nur als Nebeneffekt und nicht als institutionelle Aufgabe gesehen werden sollten. Die Nebeneffekte werden sich von allein einstellen, wenn das Gericht seine eigentliche Aufgabe erfüllt, nämlich rasch und fair Gerechtigkeit herzustellen.

Der vorliegende Text ist eine Übersetzung aus dem Englischen.

87 | Fn. 83, 47.

88 | Ebd.



Auslandsinformationen online

**Aktuelle Ausgaben schon vor dem Erscheinen der
Printausgabe und sämtliche Beiträge seit 1995:**

www.kas.de/auslandsinformationen

- früher informiert
- barrierefrei
- immer verfügbar



deutschsprachige Ausgabe
kas.de/auslandsinformationen



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

GEGENWART UND ZUKUNFT DER VERGANGENHEIT

CHINA ZWISCHEN ERINNERN UND VERGESSEN

Regina Edelbauer

Wenn Vergangenheitsbewältigung als „die Auseinandersetzung einer Nation mit einem problematischen Abschnitt ihrer jüngeren Geschichte“¹ definiert werden kann, bedürften zahlreiche einschneidende Momente der chinesischen Zeitgeschichte einer kritischen Aufarbeitung: Der „Große Sprung nach vorn“ (1958-1961) sowie die „Große Proletarische Kulturrevolution“ (1966-1976) sind nur zwei Beispiele für politische Kampagnen, die tiefe Narben in der kollektiven chinesischen Psyche² hinterlassen haben. 1981 präzierte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) mit ihrer „Resolution über einige Fragen unserer Parteigeschichte seit Gründung der Volksrepublik China“ den Rahmen für parteipolitisch anerkannte Vergangenheitsdeutung, die in chinesischen Geschichtsbüchern bis heute festgeschrieben ist. Ebenso ringt Peking im internationalen Austausch um das Monopol der akzeptierten Historiografie, wie zum Beispiel die aktuellen Konflikte im chinesisch-japanischen Diskurs zeigen. Die offizielle, staatliche Selektion zwischen den zu erinnernden und den zu vergessenden Episoden der Geschichte hat Paul Cohen als „Mythos der Erinnerung“



Regina Edelbauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peking.

- 1 | Definition nach dem Duden, <http://duden.de/rechtschreibung/Vergangenheitsbewaeltigung> [15.01.2013].
- 2 | In diesem Bericht abgeleitet von dem Konzept des „kulturellen Gedächtnisses“ von Jan Assmann: „Der Begriff des ‚kulturellen Gedächtnisses‘ bezieht sich auf eine der Außendimensionen des menschlichen Gedächtnisses. [...] Was dieses Gedächtnis aber inhaltlich aufnimmt, wie es diese Inhalte organisiert, wie lange es was zu behalten vermag, ist weitestgehend eine Frage nicht innerer Kapazität und Steuerung, sondern äußerer, d.h. gesellschaftlicher und kultureller Rahmenbedingungen.“ In: Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München, Verlag C. H. Beck, 6. Auflage, 2007, 19.

entlarvt.³ Sie unterliegt ständigen Anpassungen, bedingt durch aktuelle innen- und außenpolitische Rahmenbedingungen.

Offizielle Kanäle für eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit fehlen in der Volksrepublik China. Die dafür nötige Distanz ist nicht gegeben, da die heutigen Führungseliten der Partei in direkter Nachfolge derjenigen Regierungsvertreter stehen, die den Verlauf der chinesischen Zeitgeschichte maßgeblich bestimmten. Darum sind zahlreiche Fragen im historischen Diskurs nicht

nur unbeantwortet, sie bleiben sogar ungestellt. Tabuisiert, verdrängt und vergessen, gehen alternative Interpretationen aufgrund des Todes von Zeitzeugen nach und nach verloren. Die Öffentlichkeit trägt diese Entscheidung teilweise mit. Ein Gesellschaftsvertrag

Ein Gesellschaftsvertrag des Schweigens zieht sich durch die moderne chinesische Geschichtsschreibung. Den „kollektiven Verdrängungswiderstand aufzubrechen“ ist in der Volksrepublik noch lange nicht gelungen.

des Schweigens zieht sich wie ein roter Faden durch die moderne chinesische Geschichtsschreibung. Das, was Margarete und Alexander Mitscherlich mit ihrem gemeinsamen Werk „Die Unfähigkeit zu trauern“ in Deutschland der 1960er Jahren gelang, nämlich „einen kollektiven Verdrängungswiderstand aufzubrechen“,⁴ ist in der Volksrepublik noch lange nicht absehbar.

Chinas „historischer Landkarte“ fehle ein System allgemeingültiger, erklärender Symbole, kommentiert die chinesisch-britische Autorin Xue Xinran: „Auf der Suche nach ihren Wurzeln und nach nationalem Selbstbewusstsein sind die Chinesen vom Weg abgekommen. Die Folge ist eine historische Landkarte, der es an allseits akzeptierten Symbolen und Erklärungen fehlt und die immer wieder neu aufgelegt wird.“⁵ Es steht außer Frage, dass die KPCh das Monopol der akzeptierten Vergangenheitsdeutungen für sich beansprucht, doch die Parteigeschichtsschreibung ist

3 | „It is a myth that memory has to do only with the past. It stands to reason, therefore, that as the political, social, intellectual, and international environments of China changed in the course of the twentieth century, the meanings of ‚remembering‘ and ‚forgetting‘ – as well as the nature of tension between the two – also underwent significant change.“ In: Paul A. Cohen, *Evolving perspectives on the Chinese past*, RoutledgeCurzon, London, 2003, 172.

4 | Horst-Eberhard Richter, *Moral in Zeiten der Krise*, Suhrkamp Verlag, Berlin, 2010, 31.

5 | Xue Xinran, *China Witness. Voices from a silent generation*, Random House, London, 2008, 397.

nur eine von vielen wandelbaren, partiellen und selektiven Teilwahrheiten, die die chinesische Zeitgeschichte aktuell abbildet. Inoffizielle Akteure innerhalb der Gesellschaft fordern die staatliche Deutung der Geschichte heraus. Dies macht die chinesische Erinnerungsarbeit zu einem umkämpften Terrain. Einige Koordinaten der (unbewältigten) Vergangenheiten auf Chinas historischer Landkarte zeigen exemplarisch die Grenzen chinesischer Vergangenheitsbewältigung in Politik und Gesellschaft im Spannungsfeld zwischen Erinnern und Vergessen.

OFFIZIELLE VERGANGENHEITSNARRATIVE

Vergangenheitsdeutung ist ein hochpolitisches Unterfangen, besonders in einem autoritären System wie der Volksrepublik China oder wie Kent Erwing formuliert: „In China ist Geschichte immer politisch.“⁶ Die Instrumentalisierung der Geschichte für politische

Die Instrumentalisierung der Geschichte für politische Agenden begann schon zu Kaiserzeiten. Dies ermöglichte den Herrschern, ihre Auslegung der Geschehnisse als die „offizielle Geschichte“ festzusetzen.

Agenden begann in China lange vor der Machtübernahme der Kommunistischen Partei. Davon zeugt eine der bedeutendsten chinesischen Geschichtsaufzeichnungen von Sima Qian (145 v. Chr. bis 86 v. Chr.). Den Zweck der damaligen Geschichtsschreibung definiert Françoise Hauser als „Kaiserliches Marketing“, das es Herrscherhäusern ermöglichte, ihre Auslegung der Geschehnisse als die „offizielle Geschichte“ (*zhengshi*) festzusetzen. Auf diese Weise gelang es dem regierenden Kaiserhaus, an die Tradition der vorangegangenen Dynastie kulturell anzuknüpfen, sich im Vergleich zum früheren Herrscher in ein besseres Licht zu rücken und ihren alleinigen Machtanspruch zu legitimieren. „Inoffizielle, am Ende gar abweichende Darstellungen wurden als ‚wilde Geschichte‘ (*yeshi*) abqualifiziert.“⁷

Vor diesem Hintergrund hat der Kontinuitätsmythos einer 5.000-jährigen Kulturgeschichte Chinas als geeinte, nationale Identität bis heute Bestand, obwohl der Grundstein für eine gemeinsame Kultur laut Hauser erst in der Qin-Dynastie vor rund 2.200 Jahren gelegt wurde; externe, kulturelle Einflüsse durch Fremdherrschaften (die mongolische

6 | Kent Erwing, „In China all history is political“, *Asia Times Online*, 26.01.2007, <http://atimes.com/atimes/China/IA26Ad01.html> [15.01.2013].

7 | Françoise Hauser, *Alles Mythos! 20 populäre Irrtümer über China*, Konrad Theiss Verlag, Stuttgart, 2011, 59.

Yuan-Dynastie 1279-1368 und die Mandschu-Herrschaft in der Qing-Dynastie 1644-1911) werden als Bestandteil der nationalen Kulturgeschichte ebenfalls wenig hinterfragt.⁸ Die politische Instrumentalisierung der Historiografie setzte sich nach der Ausrufung der Volksrepublik China durch den KPCh-Vorsitzenden Mao Zedong (1949) fort. „Er [Mao] wollte die kommunistische Revolution als eine logische Etappe Chinas historischer Entwicklung definieren und ihr einen angemessenen Platz in der Geschichte einräumen.“⁹ Dies schien für die kollektive Akzeptanz des importierten kommunistischen Wertekatalogs, der nicht recht zur Tradition einer stark konfuzianisch geprägten chinesischen Gesellschaft passen wollte, umso bedeutender. 1953 erteilte die chinesische Regierung dem neu gegründeten Zentralkomitee für Historische Studien (Central Committee of Historical Study), zusammengesetzt aus Partei- und prokommunistischen Historikern, die Autorität über die Gesamtkontrolle der historischen Studien Chinas.¹⁰

Die „Resolution über einige Fragen unserer Parteigeschichte seit Gründung der Volksrepublik China“¹¹ ist ein Manifest Pekings offizieller Historiografie. 1981 schrieb die Kommunistische Partei Chinas mit diesem Dokument die akzeptierte Bewertung einer Vielzahl an zeitgeschichtlichen Einschnitten fest. Die Verfasser gingen unter anderem auf die historische Rolle Mao Zedongs ein und schlossen mit einem Plädoyer für die Beteiligung am Aufbau eines

8 | Ebd., 54-57.

9 | Qiu Jin, „History and State: Searching the Past in the Light of the Present in the People’s Republic of China“, in: *Historiography East and West*, Bd. 2, Nr. 1, 2004, 15.

10 | Ebd., 19.

11 | Die 38 Punkte der Resolution behandeln folgende Themenschwerpunkte: „1-5: Review of the History of the Twenty-Eight Years Before the Founding of the People’s Republic 6-8: Basic Appraisal of the History of the Thirty-Two Years Since the Founding of the People’s Republic, 9-15: The Seven Years of Basic Completion of the Socialist Transformation; 16-24: Ten Years of Initially Building Socialism in All Spheres 19-24: The Decade of the ‚Cultural Revolution‘; 25-26: Great Turning Point in History 27-31: Comrade Mao Zedong’s Historical Role and Mao Zedong Thought; 32-38: Unite and Strive to Build a Powerful, Modern Socialist China.“ In: „Resolution on certain questions in the history of our party since the founding of the People’s Republic of China. Adopted by the Sixth Plenary Session of the Eleventh Central Committee of the Communist Party of China on June 27, 1981“, Chinese Communism Subject Archive, <http://marxists.org/subject/china/documents/cpc/history/01.htm> [31.01.2013].

modernen sozialistischen Chinas unter Führung der KPCh. Augenscheinliche Agenda des damaligen Parteibeschlusses war, die Legitimation der fortwährenden KPCh-Autorität nach den Jahren der kulturrevolutionären Wirren zu gewährleisten. Die Resolution gibt den Kontextrahmen der offiziellen Vergangenheitsdeutung vor, an den sich festland-chinesische Politiker ebenso wie Historiker, Wissenschaftler und Journalisten halten müssen, wenn sie die moderne chinesische Geschichte kommentieren. Das umfasst sowohl die verpflichtende Nutzung der parteilich anerkannten Begrifflichkeiten als auch die von der Partei definierten Zeitrahmen der jeweiligen historischen Abschnitte. Die Parteiresolution bildet auf nur 30 Seiten und in 23.000 Wörtern¹² eine 32-jährige Geschichte ab; im Durchschnitt mit weniger als einer Seite pro Jahr. Dieser verschwindend kleine Anteil der staatlichen Äußerungen zu einschneidenden, zeitgeschichtlichen Koordinaten reflektiert die Schwerpunktsetzung chinesischer Geschichtsbücher, die zum überwiegenden Teil die Ereignisse vor der Gründung der Volksrepublik (1949) darstellen.¹³

Die Parteiresolution bildet auf nur 30 Seiten eine 32-jährige Geschichte ab. Dies reflektiert die Schwerpunktsetzung chinesischer Geschichtsbücher, die zum überwiegenden Teil die Ereignisse vor der Gründung der Volksrepublik darstellen.

Eine Neuauflage der über 30 Jahre alten Resolution gibt es bis heute nicht. Zweifellos ist die Niederschlagung der Proteste am Platz des Himmlischen Friedens¹⁴ am 4. Juni 1989 ein entscheidender Grund dafür, dass die Resolution bis heute gilt. Die Thematisierung der parteilich verordneten, gewaltsamen Beendigung der Demokratiebewegung 1989 ist in der Volksrepublik China bis heute tabu. Öffentliche Gedenkveranstaltungen in Hongkong, die in den letzten Jahren vermehrt Teilnehmer aus dem Festland begleiteten, demonstrieren den Bedarf an Erinnerungsarbeit innerhalb

12 | Ebd. Die gerundeten Zahlenangaben entsprechen der englischsprachigen Übersetzung.

13 | „[...] for the last few years I have bought all the new editions of Chinese history books, and I have discovered that pre-1949 history accounts for 80 per cent of the material, and only 20 per cent is devoted to the period after 1949. The ten years of the Cultural Revolution receive scarcely any space at all, and are covered in just a few vaguely worded lines.“
Xinran, Fn. 5, 266.

14 | Eine Analyse des Vorfalls aus der Sicht des 2005 verstorbenen Zhao Ziyang, der damalige und im Anschluss des ‚Zwischenfalls‘ denunzierte Generalsekretär der KPCh, bietet seine posthum erschienene Publikation: Zhao Ziyang, *Prisoner of the State. The secret Journal of Premier Zhao Ziyang*, Simon&Schuster, New York, 2009.

der Gesellschaft.¹⁵ Die Partei weiß, dass die Aufarbeitung und Bewertung dieses „Zwischenfalls“, wie er nach offizieller Leseart bezeichnet wird, ein systemgefährdendes Unterfangen darstellen könnte. Darum spart sie diesen Teil der Geschichte absichtlich aus.

Fragmentierte Erinnerungslandschaften sind nicht nur mit Blick auf die offizielle Auseinandersetzung mit innenpolitischen Einschnitten zu konstatieren, die in den vergangenen Monaten von einflussreichen chinesischen Persönlichkeiten manchmal absichtlich, zuweilen unabsichtlich in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt wurden. Aufgrund unterschiedlicher Vergangenheitsdeutungen treten Konfliktfelder auch im Feld der internationalen Beziehungen unaufhörlich spannungsgeladen zutage. Die selektive Erinnerungskultur der staatlichen Historiografie spiegelt sich besonders im chinesisch-japanischen Verhältnis wider. Der Territorialstreit um die unbewohnten Diaoyu-Inseln (Japanisch: Senkaku-Inseln) brachte 2012 nicht zum ersten Mal anti-japanische Ressentiments innerhalb der chinesischen Gesellschaft hervor; bereits 2005 kam es zu staatsweiten, anti-japanischen Protesten.¹⁶ Die Neuauflage eines Geschichtsbuchs für den japanischen Schulunterricht, dem vorgeworfen wurde, die Kriegsverbrechen Japans während des Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieges (1937-1945) zu beschönigen, sorgte damals für großen Verdruss. In beiden Fällen, 2005 und 2012, steht der Streit um Geschichte im Mittelpunkt des Konflikts. Peking sieht die Auseinandersetzungen mit Tokio im Kontext des Vergangenheitsnarrativs der „nationalen Demütigung“, die sich nicht nur auf die Beschämung Chinas durch japanische Kriegstaten beschränkt, sondern auch die früheren Demütigungen durch westliche Aggressoren umfasst.¹⁷

15 | Sophie Beach, „Tiananmen Square: 23 years later“, China Digital Times, 04.06.2012, <http://chinadigitaltimes.net/2012/06/tiananmen-square-23-years-later> [11.02.2013].

16 | Joseh Kahn, „China is pushing and scripting anti-japanese Protests“, *The New York Times*, 15.04.2005, <http://nytimes.com/2005/04/15/international/asia/15china.html> [11.02.2013].

17 | „[...] so called ‚century of national humiliation‘ that began with the First Opium War (1839-1842) and lasted through the end of the Sino-Japanese War in 1945. China’s memory of this period as a time when it was attacked, bullied, and torn asunder by imperialists serves as the foundation for its modern identity and purpose.“ Zheng Wang, „Not rising, but Rejuvenating: The Chinese Dream“, *The Diplomat*, 05.02.2013, <http://thediplomat.com/2013/02/05/chinese-dream-draft> [08.02.2013].

Neben den parteipolitischen „Master-Narrativen“ existieren innerhalb der chinesischen Gesellschaft inoffizielle Geschichten (*yeshi*), die aus dem Kontextrahmen offizieller chinesischer Historiografie (*zhengshi*) ausbrechen. Dies fordert die historische „Master-Narrative“ der Parteiresolution zunehmend heraus.¹⁸ Die katastrophischen, historischen Einschnitte der chinesischen Vergangenheit, wie der Große Sprung nach vorn und die Kulturrevolution, sind – trotz des parteilich verordneten Schweigens darüber – in Chinas innenpolitischem Alltag allgegenwärtig.

ERINNERUNGEN AN DEN GROSSEN SPRUNG NACH VORN

Durch die politische Kampagne des Großen Sprungs nach vorn forcierte Mao Zedong in den 1950er Jahren die Transformation der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion mit dem Ziel, den Rückstand Chinas auf westliche Industrieländer zu verkleinern.

Ein schnellerer Übergang in den Kommunismus sollte gewährleistet und eine rasante Industrialisierung vorangetrieben werden. Die revolutionäre Massenmobilisierung umfasste den Zusammenschluss sämtlichen gesellschaftlichen Lebens in Kollektiveinheiten. Die Kampagne mündete in eine der schlimmsten, womöglich sogar die schwerwiegendste Hungersnot weltweit. Mindestens 45 Millionen Menschen verloren zwischen 1958 und 1962 wegen Unterernährung und körperlicher Misshandlungen durch Parteikader ihr Leben.¹⁹ Trotz dieser schier unglaublich hohen Opferzahl schreibt die parteipolitische Geschichtsschreibung dieses menschlich verursachte Leid als „drei Jahre der Naturkatastrophen“ ab. Die Fehler des Großen Sprungs nach vorn seien nur einer von mehreren Gründen für wirtschaftliche Schwierigkeiten, die dem Land

Durch den Großen Sprung nach vorn forcierte Mao Zedong das Ziel, den Rückstand Chinas zu verkleinern. Der Übergang in den Kommunismus und die Industrialisierung sollten vorangetrieben werden.

18 | „Allerdings ist dieser Monopolanspruch [der KPCh] im Laufe der Reformperiode der zurückliegenden 30 Jahre zunehmend erodiert und kann trotz anhaltender historiografischer Vereinheitlichungsstrategien des Parteistaats immer weniger aufrechterhalten werden.“ Heike Holbig, „Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in China“, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 05.10.2009, <http://bpb.de/internationales/asien/china/44265> [07.02.2013].

19 | Frank Dikötter, *Mao's Great Famine: The History of China's most devastating catastrophe 1958-62*, Bloomsbury Publishing, London, 2010, x.

und dem Volk zwischen 1959 und 1961 enorme Verluste zugefügt hätten, liest man in der Parteilösungsresolution.²⁰ Diese knappe offizielle Bewertung bildete den Grundstein für die Marginalisierung des öffentlichen Diskurses über das Leid der damaligen Zeit, die in den folgenden Dekaden zu beobachten war.²¹

Im Jahr 2008 stellte der chinesische Journalist Yang Jisheng den Opfern der Hungersnot, zu denen auch sein Vater zählt, mit einer 1.800 Seiten starken, auf dem Festland verbotenen Publikation einen Grabstein auf. 2012 erschien die gekürzte deutsche Fassung.²² Yangs ungeschönte Bestandsaufnahme über die horrenden Folgen des Großen Sprungs nach vorn ist der mutige Versuch eines Zeitzeu-

Im September 2012 berichtete die staatliche *Global Times*, Sprachrohr der KPCh, über die einzige auf private Initiative errichtete Gedenkstätte für die Opfer der Hungersnot.

gen, vergessen gemachte Geschichte wiederzubeleben. Obwohl die Arbeit in China nur in der Sonderverwaltungszone Hongkong publiziert werden konnte, hat sie in den festlandchinesischen Diskurs Eingang gefun-

den. Im September 2012 griff die staatliche *Global Times*, Sprachrohr der KPCh, nicht nur Yangs Publikation auf, sondern berichtete außerdem über eine auf private Initiative errichtete Gedenkstätte – die einzige ihrer Art für die Opfer der Hungersnot der damals besonders betroffenen Stadt Xinyang in der Provinz Henan.²³

20 | „It was mainly due to the errors of the Great Leap Forward and of the struggle against ‚Right opportunism‘ together with a succession of natural calamities and the perfidious scrapping of contracts by the Soviet Government that our economy encountered serious difficulties between 1959 and 1961, which caused serious losses to our country and people.“ Chinese Communism Subject Archive, Fn. 11.

21 | Felix Wemheuers Forschung über mündliche historische Überlieferungen (oral history) innerhalb der chinesischen Landbevölkerung zeugt von der seltenen Thematisierung dieser einschneidenden Periode innerhalb der Gesellschaft. Vgl. Felix Wemheuer, „Oral History auf Chinesischen Dörfern“, *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, Nr. 1, 2007, http://ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/27048/ssoar-bioszeit-2007-1-wemheuer-oral_history_auf_chinesischen_dorfern.pdf [08.01.2013].

22 | Yang Jisheng, *Grabstein – Mübei: Die große chinesische Hungerkatastrophe 1958-1962*, Fischer, Frankfurt am Main, 2012.

23 | Zhang Zhilong, „Starved of memories“, *Global Times*, 06.09.2012, <http://www.globaltimes.cn/content/731589.shtml> [13.02.2013].

Die Zensur erschwert die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Fehlende öffentliche Erinnerungsstätten trugen zur kollektiven Amnesie bei. Doch dies ist nur eine Seite der Medaille. Unabhängig vom staatlich verordneten Schweigen möchten sich viele Zeitzeugen an diesen Abschnitt ihrer Lebensgeschichte nicht mehr erinnern: „Verzweifelte Bemühungen ums Überleben nachträglich zu romantisieren bedeutet, die Welt in schwarz und weiß zu sehen, obwohl doch die Kollektivierungen jeden einzelnen ein- ums andere Mal dazu nötigten, schwierige moralische Kompromisse einzugehen.“²⁴ So bestahlen sich nicht nur Nachbarn gegenseitig, sondern Eltern hielten sogar den eigenen Kindern Essen vor, um selbst zu überleben.²⁵ Außerdem protokolliert Yang Jisheng in seiner Publikation Fälle des Kannibalismus. Die moralischen Abgründe, die sich mit den Überlebensstrategien auftraten, erzeugen Scham und bedürfen einer schmerzlichen Erinnerungsarbeit. Trotzdem oder gerade deswegen nehmen sich einige chinesische Künstler der Aufarbeitung dieser dunklen Jahre an. Die Dokumentarfilme der China Folk Memory Image Archives (CFMIA)²⁶ können online bestellt werden; die Webseite ist Nutzern auf dem Festland zugänglich. Obwohl eine Ausstrahlung dieser Augenzeugenberichte im öffentlichen Fernsehen nicht möglich ist, wurde im Rahmen einer Filmvorführung am Ullens Center for Contemporary Art in Peking (April 2012) ein Diskurs über „vergessene Erinnerungen“,²⁷ so der chinesische Initiator und Dokumentarfilmer Wu Wenguang, ermöglicht.

Yang Jisheng protokolliert in seiner Publikation Fälle des Kannibalismus. Die moralischen Abgründe, die sich mit den Überlebensstrategien auftraten, erzeugen Scham und bedürfen einer schmerzlichen Erinnerungsarbeit.

24 | Dikötter, Fn. 19, xv.

25 | Vortrag von Frank Dikötter, „Frank Dikötter – Mao’s Great Famine: The History of China’s most Devastating Catastrophe“, YouTube, <http://youtu.be/DqFBa9ePWpo> [13.02.2013].

26 | Selbstvorstellung des China Folk Memory Image Archives (CFMIA): „An ongoing, long term archive powered by the community. It collects, organizes and preserves images from China’s folk history. It’s goal is to create a collection that can be used for research and study purposes, while at the same time engaging the community to document and preserve it’s own history and memories.“ CFMIA, http://cidfa.com/video/about_us [21.01.2013].

27 | „Folk Memory project records forgotten memory of Great Leap Forward“, WantChinaTimes.com, 22.04.2012, <http://www.wantchinatimes.com/news-subclass-cnt.aspx?id=20120422000005&cid=1104> [21.01.2013].

Über den Mikroblogging-Dienst Sina Weibo tauschten Tausende Erfahrungen des eigenen Familienkreises während der Hungersnot aus.

Das Internet bietet neue Freiräume für unterschiedliche Interpretationen geschichtlicher Erzählstränge, wie der Fall von Lin Zhibo, Leiter der staatlichen *People's Daily* in der Provinz Gansu, demonstriert. Im Mai 2012 reagierten Tausende chinesische Internetnutzer empört über seine Zweifel an den Millionen Todesopfern des Großen Sprungs nach vorn, die er über den Mikroblogging-Dienst Sina Weibo veröffentlichte. In der folgenden Zeit tauschten sie Erfahrungen des eigenen Familienkreises während der Hungersnot aus.²⁸ Lin nahm die Stellungnahme wenig später zurück und gab mit seiner Aussage – wenn auch ungewollt – einen Impuls zur Diskussion dieser ansonsten totgeschwiegenen Phase der chinesischen Geschichte, die über weite Teile der Online-Gemeinschaft ausstrahlte.

Eine tagespolitische Parallele zieht Yu Hua in seiner in der Volksrepublik China verbotenen Publikation *China in zehn Wörtern*. Ähnlich wie zur Zeit des Großen Sprungs nach vorn, als Lokalpolitiker mit geschönten Zahlen über die Produktionsleistungen ihrer Provinzen die Zentrale zu beeindrucken suchten und sich dadurch die Hungersnot in vielen Teilen des Landes noch weiter verschlimmerte, würden prestigeträchtige, lokale Großprojekte wie Flughäfen und Autobahnen heute weiterhin einen beliebten Weg darstellen, sich als Kommunalpolitiker vor der Zentralregierung zu profilieren.²⁹ Yu Huas Publikation kann man darum als Mahnschrift lesen, die vor einer Wiederholung der Geschichte warnt. Einen Hinweis darauf, warum die Vergangenheit des Großen Sprungs nach vorn ausgerechnet im vergangenen Jahr vergleichsweise viel Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs erfahren hat, gibt ein Artikel der *Global Times*: „Cao Siyuan, Wirtschafts- und Verfassungswissenschaftler und Direktor des Siyuan Think Tanks, sagte der *Global Times*, dass der Hauptgrund für viele Wissenschaftler, diesen Teil der Geschichte in den Vordergrund zu rücken, darin besteht, vor dem anstehenden 18. Parteitag die Bedeutung politischer Reformen hervorzuheben, da aus ihrer Sicht schlechte Regierungsführung zur Hungersnot

28 | „Denial from People's Daily Branch Head Ignited Fury and Discussions of the Great Famine“, *Offbeat China*, 03.05.2012, <http://offbeatchina.com/denial-from-peoples-daily-branch-head-ignited-furious-discussion-of-the-great-famine> [21.01.2013].

29 | Yu Hua, *China in Ten Words*, Duckworth Overlook, London, 2012, 118.

beigetragen hatte.“³⁰ Es ist ein erster, zaghafter und doch sehr wichtiger Schritt hin zu einer möglichen differenzierteren, öffentlichen Thematisierung des damaligen Horrors.

GESCHICHTEN ÜBER DIE KULTURREVOLUTION

Die Aufarbeitung der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, die das Land nach offizieller Leseart von 1966 bis 1976 in ein zehnjähriges Chaos stürzte, stellt vielleicht das wichtigste Beispiel einer deformierten, parteipolitisch instrumentalisierten Erinnerungskultur dar, die eine Auf- und Verarbeitung der erlebten Geschehnisse sowohl auf individueller als auch kollektiver Ebene bis heute hemmt. Durch eine Abkehr von den „Vier Alten“ (alte Denkweise, alte Kulturen, alte Gewohnheiten, alte Sitten) sollte die chinesische Gesellschaft mit Hilfe der Kulturrevolution grunderneuert werden. Aufgrund der teils widersprüchlichen, unmittelbar aufeinanderfolgenden politischen Massenkampagnen konnten Täter innerhalb kürzester Zeit selbst zu Opfern werden – und umgekehrt. Jegliches gesellschaftliche Miteinander war im Kontext der aktuellen Politiklinie zu setzen. Vor diesem Hintergrund wirkten die Erfahrungen der Kulturrevolution besonders traumatisierend, da „das Urvertrauen in die Zuverlässigkeit sozialer Beziehungen generell erschüttert“ wurde.³¹

Aufgrund der teils widersprüchlichen politischen Massenkampagnen konnten Täter innerhalb kürzester Zeit selbst zu Opfern werden – und umgekehrt.

Die Parteiresolution von 1981 definierte Mao Zedong als haupt- und die Partei als mitverantwortlich für die „linken Fehler“ der Kulturrevolution.³² Hinsichtlich einer vertiefenden Analyse der Schuldfrage damaliger gesellschaftlicher

30 | Zhao Qian, „Counting the dead“, *Global Times*, 04.05.2012, <http://www.globaltimes.cn/NEWS/tabid/99/ID/707768/Counting-the-dead.aspx> [15.01.2013].

31 | Tomas Plänkner, „Das psychische Trauma im Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft in China“, in: ders. (Hrsg.), *Chinesische Seelenlandschaften. Die Gegenwart der Kulturrevolution (1966-1976)*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 2010, 170.

32 | „Chief responsibility for the grave ‚Left‘ error of the ‚cultural revolution‘, an error comprehensive in magnitude and protracted in duration, does indeed lie with Comrade Mao Zedong. But after all it was the error of a great proletarian revolutionary. [...] the Central Committee of the Party should be held partly responsible. [...] Blaming this on only one person or on only a handful of people will not provide a deep lesson for the whole Party or enable it to find practical ways to change the situation.“ Fn. 11.

Akteure schweigt sich das Parteidokument aus. Die Resolution gewährte der Gesellschaft in der Frage der Mittäterschaft zwar grundsätzlich einen Opferstatus, entließ sie jedoch nicht aus ihrer Mitverantwortung. Kurz nach dem Ende der Kulturrevolution gelang es der Parteiführung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit Hilfe einer „Einheit der Opfer“ (*unity of victims*)³³ wiederherzustellen, und aufgrund der mitverantwortlichen Gesamtgesellschaft, ein parteilich verordnetes Vergessen der Leiden zur Voraussetzung für eine Normalisierung des gesellschaftlichen Miteinanders zu machen: Die Parteiresolution 1981 „versuchte, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass das Leben in der Gegenwart für jeden leichter würde, wenn er sich nicht an die Leiden der Vergangenheit erinnerte.

Die enorme Widersprüchlichkeit der Bewertung der Ereignisse zwischen 1966 und 1976 sowohl in offiziellen als auch inoffiziellen Erzählsträngen zeigt, welche enormen Hindernisse einer Bewältigung dieses historischen Abschnitts im Weg stehen.

Statt durch die gemeinsame Erinnerung sollte die Nation durch kollektive Amnesie vereint werden.“³⁴ Die enorme Widersprüchlichkeit der Bewertung der Ereignisse zwischen 1966 und 1976 sowohl in offiziellen als auch inoffiziellen Erzählsträngen zeigt, welche enormen Hindernisse einer Bewältigung dieses historischen Abschnitts im Weg stehen. Die große Schwierigkeit innerhalb der Gesellschaft, eine allgemein gültige und akzeptierte Bewertung dieser Dekade zu finden, spiegelt sich aktuell unter anderem in der Kontroverse über eine 2013 erschienene Erinnerungsschrift der Unternehmerin Ping Fu wider, die heute in den Vereinigten Staaten lebt. Die kritischen Reaktionen aus der chinesischen Netzwelt hinsichtlich der Authentizität der Erzählungen Pings über ihre negativen Kindheitserfahrungen während der Kulturrevolution demonstrieren, wie emotional aufgeladen dieses Thema abseits der Parteilinie diskutiert wird.³⁵ Während man sich im Ausland beispielsweise in Sonderausstellungen der Kultur

33 | Susanne Weigelin-Schwiedrzik, „Coping with the cultural revolution: Contesting Interpretations“, in: Annette Schuhmann und Alexandra Pfeiff (Hrsg.), *Die Welt der Anderen – Zeithistorische Debatten in Asien*, Zeitgeschichte-online, 06/2009, <http://zeitgeschichte-online.de/thema/die-welt-der-anderen-zeithistorische-debatten-in-asien> [09.02.2013].

34 | „The unity of a society the social fabric of which had been torn by the Cultural Revolution was re-established as the unity of victims, and thus a memory frame was established that people used and had to use.“ In: ebd.

35 | Josh Rudolph, „Ping Fu defends Memoir after Chinese Netizens Attack“, China Digital Times, 07.02.2013, <http://chinadigitaltimes.net/2013/02/ping-fu-defends-memoir-after-chinese-netizens-attack> [08.02.2013].

bzw. Unkultur der Kulturrevolution³⁶ annimmt, gedenkt man dieser einschneidenden Periode in der Volksrepublik selbst nicht offiziell; abgesehen von populärer, verkitschter Erinnerungskultur wie „Themen-Restaurants mit kargen Einrichtungen und Speisekarten [...], Revivals der unter Jiang Qing entstandenen ‚Revolutionsopern‘ [und] Reproduktionen maoistischer Embleme“,³⁷ die sich nicht nur der Beliebtheit ausländischer Touristen erfreuen.



Reminiszenz an die Kulturrevolution: Nachdrucke von Propagandaplakaten aus den 1970er Jahren sind ein beliebtes Souvenir. Die Aufarbeitung der Ereignisse der Dekade bleibt parteipolitisch instrumentalisiert. | Quelle: racken (CC BY).

36 | Ausstellung „Die Kultur der Kulturrevolution. Personenkult und politisches Design im China von Mao Zedong“, 18.02.-21.11.2011, Museum für Völkerkunde, Wien, <http://ethnomuseum.ac.at/de/ausstellungen/rueckblick/2011/die-kultur-der-kulturrevolution> [19.03.2013].

37 | Holbig, Fn. 18.

Nostalgische Erinnerungen an die Mao-Zeit leben gegenwärtig mitunter in Chinas benachteiligten Gesellschaftsgruppen auf. Diese sehnen sich offensichtlich nach den scheinbar gerechteren, revolutionären Zeiten. Damals waren zumindest alle gleich arm, so lautet eine häufig geäußerte Bewertung. Gleichwohl sind in der chinesischen Gesellschaft Stimmen zu vernehmen, die ein kritisches Gedenken einfordern. Auslandschinesische Historiker in den Vereinigten Staaten setzen sich mit der Vergangenheit ihres Herkunftslandes auseinander und geben mit den Beiträgen der Zeitschrift *Chinese Historical Review*³⁸ Impulse für ihre Kollegen in Festland-China. Außerdem führen pluralistische Stimmen im Internet zu Liberalisierungstendenzen im öffentlichen Diskurs. Über Sina Weibo stoßen Blogger vermehrt einen Diskurs über die parteipolitisch geformte Geschichtsschreibung an. Ein retuschiertes Bild von Mao Zedong, in dem ein während der Kulturrevolution denunzierter Kader nachträglich entfernt wurde, kommentierten die Nutzer innerhalb eines Tages über 2.000 Mal.³⁹



Peng Zhen wurde 1966 aus der Führungsriege der KPCh ausgeschlossen, als „Konterrevolutionär“ aller seiner Ämter enthoben und inhaftiert. Entsprechend wurde dieses Bild (rechts das Original) retuschiert. | Quelle: GlobalVoices (CC BY), Fn. 39.

38 | *The Chinese Historical Review*, <http://www.chss.iup.edu/chr> [19.03.2013].

39 | Josh Rudolph, „Two Versions of Mao’s China“, *China Digital Times*, 31.01.2013, <http://chinadigitaltimes.net/2013/01/two-versions-of-maos-china> [09.02.2013]; Oiwan Lam, „Two Versions of Mao’s China: History Retouched as Propaganda“, *GlobalVoices*, 30.01.2013, <http://globalvoicesonline.org/2013/01/30/two-versions-of-maos-china-history-retouched-as-propaganda> [20.03.2013].

Trotz neuer Möglichkeiten des Austauschs über Geschichte im digitalen Raum erweisen sich manche parteipolitischen Grenzen für differenzierte Erinnerungskultur dennoch als unüberwindbar. Der 2005 verstorbene chinesische Schriftsteller Ba Jin forderte jahrzehntelang die Errichtung eines Museum der Kulturrevolution, ohne Erfolg. Das aus den USA operierende chinesischsprachige Online-Magazin Hua Xia Wen Zhai (HXWZ), das von der Non-Profit-Organisation China News Digest veröffentlicht wird, richtete 1996 eine digitale Gedenkstätte der Kulturrevolution ein.⁴⁰ Die Webseite ist in China gesperrt. Hier kollidiert das Aufklärungsbestreben innerhalb der Gesellschaft weiterhin mit der staatlich akzeptierten, historischen Erinnerungslandschaft.

Das aus den USA operierende chinesischsprachige Online-Magazin Hua Xia Wen Zhai richtete 1996 eine digitale Gedenkstätte der Kulturrevolution ein. Die Webseite ist in China gesperrt, da sie mit der staatlich akzeptierten Erinnerung kollidiert.

Vor diesem Hintergrund überraschte der frühere Premierminister Wen Jiabao bei der symbolträchtigen Abschlussrede des Nationalen Volkskongresses im März 2012 umso mehr mit seinen warnenden Stellungnahmen zur kulturrevolutionären Vergangenheit: ohne politische Reformen sei eine Wiederholung der Tragödie Kulturrevolution nicht auszuschließen, mahnte Wen.⁴¹ Damit lenkte er die Aufmerksamkeit der chinesischen Zuhörer absichtlich auf diese dunkle Dekade. Viele Beobachter vermuten im Fall Bo Xilai, der in den darauffolgenden Wochen einen der größten Skandale der Parteigeschichte offenlegte, den Beweggrund Wens, das Negativbeispiel der Kulturrevolution gerade zu diesem Zeitpunkt heranzuziehen.⁴² Das würde einmal mehr die Instrumentalisierung der Geschichte für die politische Agenda – in diesem Fall Wens Bestreben, Bos Aufstieg zu verhindern – preisgeben. Dennoch kann dies nicht über die

40 | Virtual Museum of the „Cultural Revolution“, <http://museums.cnd.org/CR/english/firsthand.htm> [13.02.2013].

41 | „Tragedies like the Cultural Revolution may happen to China again if the country failed to push political reform to uproot problems occurring in the society, Premier Wen Jiabao told a press conference here on Wednesday after the conclusion of the annual parliamentary Premier Wen warns of another Cultural Revolution to happen without pushing political reform session.“ Lu Hui, „Premier Wen warns of another Cultural Revolution to happen without pushing political reform“, *Xinhua*, 14.03.2012, http://news.xinhuanet.com/english/china/2012-03/14/c_131466558.htm [24.01.2013].

42 | Andrew Jones, „Bo Xilai, Wen Jiabao and the Cultural Revolution“, *gbtimes*, 15.05.2012, <http://gbtimes.com/focus/politics/bo-xilai-wen-jiabao-and-cultural-revolution> [11.02.2013].

Tatsache hinwegtäuschen, dass mit der 5. Führungsgeneration (Staatspräsident Xi Jinping und Premierminister Li Keqiang), die nach dem 18. Parteitag im November 2012 in sämtliche politische Schlüsselfunktionen einzog, die letzte Riege an die Macht kommt, die aktive, eigene Erinnerungen an diese einschneidende Periode hat.

Trotz Wen Jiabaos Stellungnahme im vergangenen Jahr ist es unwahrscheinlich, dass sich die neue Führungsriege in naher Zukunft an eine Neuinterpretation der Kulturrevolution und andere strittige Fragen der eigenen Historiografie heranwagen wird.

Die Karrierewege der neuen Regierungsvertreter sind maßgeblich mit dieser Phase verbunden: 15 Mitglieder des Politbüros traten der KPCh während der Kulturrevolution bei.⁴³ Trotz Wen Jiabaos Stellungnahme im vergangenen Jahr ist es unwahrscheinlich, dass sich

die neue Führungsriege in naher Zukunft an eine Neuinterpretation der Kulturrevolution und andere strittige Fragen der eigenen Historiografie heranwagen wird. Da eine aktive, kritische Vergangenheitsarbeit von der Regierung unterbunden wird, sterben die überlieferten Erinnerungen der Zeitzeugen nach und nach aus. Die Kulturrevolution bleibt darum eines der nachhaltigsten, unbewältigten Phänomene der Volksrepublik China.⁴⁴

ERINNERUNGSARBEIT DAMALS UND HEUTE

Chinas historische Landkarte weist 2013 eine gänzlich andere Grenzziehung auf als in den 1980er Jahren. In einem der liberalsten Politikmagazine des Landes, *Yanhuang Chunqiu* (China im Wandel der Zeit),⁴⁵ äußern sich (pensionierte) Parteikader damals und heute differenziert

43 | Alice L. Miller, „The Party Politburo Leadership“, in: *China Leadership Monitor*, 40, 2013, <http://media.hoover.org/sites/default/files/documents/CLM40AM.pdf> [15.01.2013].

44 | „Die Auswirkung der Kulturrevolution auf die Entwicklung der chinesischen Nation ist nachhaltig. Ohne die Erfahrungen der Kulturrevolution ist die nachfolgende Reformpolitik in den 1980er Jahren undenkbar. Auch die Ablehnung der Demokratie durch die Kommunistische Partei wird nicht selten mit den Erfahrungen aus der Kulturrevolutionszeit gerechtfertigt.“ Liying Wang, „Die Große Proletarische Kulturrevolution (1966-1976) als Kontingenzerfahrung“, in: Plänklers (Hrsg.), Fn. 31, 64.

45 | Der chinesische Name des Magazins setzt sich aus den Abkürzungen der Namen zwei legendärer Herrscher des alten China zusammen (Yan Di und Huang Di). Der zweite Teil des Magazinnamens beschreibt in deutscher Übersetzung eine wichtige Epoche der chinesischen Geschichte (Chunqiu bezeichnet Chinas Frühlings- und Herbstperiode, 722-481 v.Chr.). Inhaltlich kann der Magazintitel auch mit „China im Wandel der Zeit“ übersetzt werden.

hinsichtlich der parteigeschichtlichen Leseart historischer Ereignisse. Die Webseite der Zeitschrift wurde Anfang 2013 kurzfristig gesperrt.⁴⁶ Dies demonstriert, dass sich die Grenzen für kritische Erinnerungsarbeit ständig verändern. Alternative, inoffizielle Interpretationen der Vergangenheit entwickeln in China oft genau dann eine Eigendynamik, wenn ungeklärte Machtfragen innerhalb der KPCh die Auseinandersetzung mit heiklen Fragen der Vergangenheit begünstigen. Unmittelbar nach dem Ende der Kulturrevolution setzte man sich in der Öffentlichkeit mit den Erfahrungen dieser Dekade auseinander, ohne Beanstandungen durch die Partei befürchten zu müssen. Chinesische Autoren wie Feng Jikai arbeiteten in der so genannten „Narbenliteratur“ ihre persönlichen Erfahrungen aus der kulturrevolutionären Zeit literarisch auf.

Der politisch relativ offene Zeitgeist der 1980er Jahre brachte in China die sechsteilige Miniserie „Flusselegie“ (River Elegy)⁴⁷ hervor. Diese wurde 1988 sogar zweimal im staatlichen Fernsehen (*China Central Television, CCTV*) ausgestrahlt und stieß auf große Resonanz

in der Öffentlichkeit. Die Macher beschäftigten sich mit der chinesischen Kultur im geschichtlichen Kontext. Sehr kritisch gingen die Regisseure mit der eigenen Tradition ins Gericht, die China hindere, mit der Moder-

Die Miniserie „Flusselegie“ befasste sich mit Mao Zedongs Rolle während des Großen Sprungs nach vorn und der Kulturrevolution als historische Tragödie.

nisierung des Westens mitzuhalten. Außerdem befasste sich die Serie mit Mao Zedongs Rolle während des Großen Sprungs nach vorn und der Kulturrevolution als historische Tragödie, wie ein Ausschnitt der Dokumentation belegt: „Von der ökonomischen Utopie zur politischen Krise und schließlich zum sozialen Chaos – musste diese Agrargesellschaft nicht unausweichlich in diese historische Tragödie geraten?“, kommentiert der Erzähler der Flusselegie.⁴⁸ Ein

46 | „Yanhuang Chunqiu which often carries articles by retired officials that contest party versions of contemporary history, has come under pressure to tone down its relatively liberal content.“ Chan Kai Yee, „China: Yanhuang Chunqiu website closed down for advocating constitutionalism“, China Daily Mail, 07.01.2013, <http://chinadailymail.com/2013/01/07/china-yanhuang-chunqiu-website-closed-down-for-advocating-constitutionalism> [09.01.2013].

47 | „River Elegy“, 1988, abrufbar unter <http://youtu.be/39j4ViRxcS8> [21.01.2013].

48 | David Moser, „Thoughts on River Elegy, June 1988-June 2011“, The China Beat, 14.07.2011, <http://thechinabeat.org/?p=3607> [09.02.2013].

solch kritischer, öffentlicher Umgang mit der eigenen Geschichte ist auf dem Festland längst nicht mehr möglich. Der „Zwischenfall“ auf dem Platz des Himmlischen Friedens stellt als tabuisierter Schlüsselmoment der chinesischen Zeitgeschichte eine Zäsur dar.

The screenshot shows a webpage layout with a navigation bar at the top, a main article area, and a sidebar. The article title is '文革广西大屠杀吃人者：30多年后仍理直气壮 无一忏悔'. Below the title is a large image showing a group of people, with one man in the foreground being held or restrained by others. The sidebar on the right contains a video player with the title '让我们和在乎的人在一起' and a list of related articles.

Ein re-post des kritischen Beitrags von Zhang Ming auf Phoenix Online (history.ifeng.com) wurde in vier Tagen von 300.000 Besuchern aufgerufen. Aufmacher ist das Foto eines Opfers der Kulturrevolution. | Quelle: cmp (CC BY), Fn. 51, Screenshot d. Red.

Doch kurz vor dem Beginn des Nationalen Volkskongresses im März 2013, der die neue chinesische Regierung offiziell installiert, hat eine Meldung über ein Gerichtsverfahren heftige Debatten angestoßen: Ein Mann aus Zhejiang soll 1967 im Zuge der Kulturrevolution einen Arzt ermordet haben und muss sich nun vor Gericht verantworten. „Was ist mit den großen Namen, die die Kulturrevolution begonnen haben? [...] Wie kann es sein, dass sie nie Verantwortung übernommen haben?“,⁴⁹ kommentiert ein Blogger.

49 | Amy Li, „Trial over 1967 killing of doctor sparks netizen debate on Cultural Revolution“, *South China Morning Post*, 21.02.2013, <http://scmp.com/news/china/article/1154954/trial-over-1967-killing-doctor-sparks-netizen-debate-cultural-revolution> [12.03.2013].

Bemerkenswert ist, dass die Meldung über eine staatliche Nachrichtenagentur (Chinanews.com.cn) Eingang in den öffentlichen Diskurs fand.⁵⁰ Am selben Tag wurde außerdem eine kritische Bestandsaufnahme des Politikwissenschaftlers Zhang Ming in der staatlichen *China Youth Daily* publiziert. Der Autor argumentiert, dass „offen über die Kulturrevolution reflektiert werden muss, wenn Chinesen wirklich daran interessiert sind, ihre Menschlichkeit und Würde zurückzugewinnen“.⁵¹ Entlang des Generationen- und Regierungswechsels haben sich aktuell Räume für eine kritische Geschichtsdebatte geöffnet. Dennoch bleibt das Monopol der Vergangenheitsdeutung fest in der Hand der KPCh. Dies nimmt Einfluss auf Pekings internationale Beziehungen, so auch im chinesisch-japanischen Diskurs.

SELEKTIVES GEDENKEN IM SPANNUNGSFELD DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Die immer wieder aufflammenden Zerwürfnisse im chinesisch-japanischen Verhältnis bieten ein weiteres Beispiel für die komplexen Einflusspotenziale nationaler Vergangenheitsnarrative auf die gegenwärtige Politik. Der Streit um die Diaoyu/Senkaku-Inseln mündete im September 2012 in zahlreiche anti-japanische Proteste in Chinas Großstädten. Die reichen Rohstoff-Vorkommen, die in diesem Gebiet vermutet werden, sind allerdings nur der Aufhänger des öffentlichen, von der KPCh mitgetragenen sowie durch die staatliche Medienmaschinerie umfangreich begleiteten Ärgers. Die Wurzeln des Konflikts reichen viel tiefer. Ein entscheidendes Moment der problematischen bilateralen Beziehungen ist das Nanjing-Massaker (1937) während des Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieges, das innerhalb weniger Wochen hunderttausende chinesische Todesopfer forderte. Über die genauen Opferzahlen der durch japanische Soldaten verübten Verbrechen gibt es unterschiedliche Angaben. Chinesische Wissenschaftler gehen von mehr als 300.000 Toten

Die Wurzeln des Konflikts um die Diaoyu/Senkaku-Inseln reichen tief. Entscheidend für die problematischen sino-japanischen Beziehungen war das 1937 von Japanern verübte Nanjing-Massaker.

50 | Der Beitrag wurde am 20.02.2013 auf <http://chinanews.com.cn> veröffentlicht und wenige Zeit später wieder von der Webseite entfernt.

51 | David Bandurski, „China, den of cannibals?“, China Media Project (cmp), Journalism and Media Studies Centre, Universität Hongkong, 25.02.2013, <http://cmp.hku.hk/2013/02/25/31460> [12.03.2013].

aus. Tokio legt andere Zahlen vor: „Die Japaner deckelten ihre Schätzungen auf der Höhe von 200.000 und hören nicht auf, darauf hinzuweisen, dass es auch Schätzungen gebe, die von einer Zahl von 20.000 bis 40.000 Todesopfern ausgehen.“⁵² An den unterschiedlichen Auffassungen konnte ein im Jahr 2006 aufgenommenes Forschungsprojekt⁵³ der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften in Peking und der Universität Tokio über diesen schwierigen Abschnitt der gemeinsamen Geschichte nichts ändern, auch wenn es ein bedeutendes Zeichen für die Bereitschaft zur Erarbeitung einer beidseitig akzeptierten Geschichtsschreibung war.

Eine bemerkenswerte Parallele zeigt sich im Umgang mit dem nationalen Trauma des Großen Sprungs nach vorn und demjenigen mit der Kulturrevolution: Das Schweigen der Zeitzeugen.

Ebenso wie bei der Kulturrevolution fand die Vergangenheitsaufarbeitung des Nanjing-Massakers mit großer zeitlicher Verzögerung statt. Erst 1985 wurde eine Erinnerungsstätte in Nanjing eröffnet.

„Das Nanking-Massaker hat nicht in demselben Maß ins Bewusstsein der Weltgemeinschaft Einzug gehalten wie der Holocaust oder Hiroshima, da die Opfer selbst geschwiegen haben“, kommentiert Iris Chang die kollektive Amnesie der Opfer.⁵⁴

Vergangenheitsaufarbeitung fand bei diesem nationalen Trauma mit großer zeitlicher Verzögerung statt. Erst 1985 wurde eine Erinnerungsstätte in Nanjing eröffnet.⁵⁵ Somit verblasste die Erinnerung an diesen historischen Einschnitt vorerst.

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde das erfahrene Leid des chinesischen Volkes im Zuge des Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieges zu einem zentralen Aspekt der staatlichen Erinnerungsarbeit gemacht. Im Mittelpunkt steht dabei die nationale Demütigung, die China durch Japan zugefügt wurde. Warum kam es gerade Anfang der 1990er Jahre zu dieser Neuinterpretation? William Callahan bietet eine

52 | Peter J. Brown, „China, Japan still fighting over history“, *Asia Times Online*, 11.02.2010, <http://atimes.com/atimes/China/LB11Ad01.html> [31.01.2013].

53 | Außenministerium Japans, „The first meeting of the Japan-China Joint History Research Committee (Summary)“, 12/2006, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/meet0612.html> [15.01.2013].

54 | Iris Chang, *The Rape of Nanking. The Forgotten Holocaust of World War II*, Penguin Group, London, 1998, 11.

55 | „The memorial hall of the victims in Nanjing massacre by Japanese invaders“, NanJing 1937, <http://nj1937.org/english/default.asp> [19.03.2013].

Erklärung: „Die ‚nationale Demütigung‘ wurde eigentlich nur deshalb in den 1990er Jahren zu einem Schlüsselthema des Erziehungswesens und der Propaganda, weil dies nach dem Massaker am 4. Juni patriotische Gefühle unter den rebellischen Studenten erzeugen sollte. Leider entwickelte sich diese Taktik des Umgangs mit der Legitimitätskrise der Kommunistischen Partei zu Chinas erfolgreichster Propagandakampagne.“⁵⁶ Die Kommunistische Partei Chinas greift – entsprechend der aktuellen politischen Realität – ausgewählte historische Ereignisse auf, um das kulturelle Gedächtnis der Nation zu nähren. Das Nanjing-Massaker ist ein bezeichnendes Beispiel. Außer Frage stehen die Gräueltaten der japanischen Besatzer an der chinesischen Bevölkerung in den Winterwochen 1937, die verurteilt werden müssen. Dass von Seiten der japanischen Verantwortlichen sehr unglückliche erinnerungskulturelle Zeichen gesetzt werden, wie der wiederkehrende Besuch des Yasukuni-Schreins durch japanische Regierungsvertreter und eine weiterhin fehlende offizielle Entschuldigung für die Kriegsverbrechen, trägt zur Wut auf chinesischer Seite bei. Problematisch ist, dass die „nationale Demütigung Chinas“ mittlerweile zur patriotischen Erziehung instrumentalisiert wird; ein hoch-explosives Unterfangen.

Die Kommunistische Partei greift – entsprechend der aktuellen politischen Realität – ausgewählte historische Ereignisse auf, um das kulturelle Gedächtnis der Nation zu nähren. Das Nanjing-Massaker ist ein bezeichnendes Beispiel.

Aggressive anti-japanische Rhetorik, die im September 2012 zahlreiche Titelseiten der chinesischen Presse bestimmt, nährt die nationalistischen Ressentiments. Die Wut entlud sich unter anderem in Attacken gegen japanische Restaurants und Autos, ungeachtet ihrer chinesischen Eigentümer. Diese materiellen Schäden sind nur eine kleine Manifestation eines viel tiefer sitzenden Ärgers über die Erniedrigung Chinas durch Japan.⁵⁷ Somit bestätigen sich die anti-japanischen Ressentiments, da sie öffentlich geäußert

56 | William Callahan, „China: The Pessoptimist Nation“, The China Beat, 15.08.2008, <http://thechinabeat.org/?p=210> [09.01.2013].

57 | „If you listen to our generation talk about the Anti-Japanese War, all of us, not to mention the wretchedly poor, have personal experience of the horror of it. When I see the Japanese flag now, it still makes me feel bad; my head is full of blood-soaked images, and I simply can't forget them, because they are so deeply imprinted on my consciousness.“ Xinran, Fn. 5, 274.

werden dürfen und sollen, immer wieder aufs Neue und übertragen sich unreflektiert auf die jüngeren Generationen. Nach der zentral angeordneten Beendigung der anti-japanischen Demonstrationen im September 2012 hat sich der Zorn von der Straße auf die Webräume verlegt. Die Bewältigung dieser Vergangenheit scheint noch lange nicht absehbar, ganz im Gegenteil.

Parteilpolitisch wird der chinesisch-japanische Konflikt als Ventil für den Ärger einer verärgerten, frustrierten jungen Generation (*angry youth: fenqing*) instrumentalisiert; dies setzt Julia Lovell 2009 in eine historische Perspektive: „Vor 20 Jahren hätte die heutige *fenqing* gegen Ratten in ihren Schlafzimmern und für mehr Demokratie demonstriert [Tiananmen 1989]; weitere 20 Jahre früher hätten sie der Roten Garde angehört. [Kulturrevolution 1969].“⁵⁸ Der erinnerungskulturell geschürte Nationalismus, so scheint es, hat mittlerweile den Kommunismus im Katalog der identitätsstiftenden Werte Chinas weit überholt. Gerade deswegen wäre auch in diesem Fall eine aktive, kritische Erinnerungsarbeit auf allen Seiten (in diesem Fall China und Japan) von Nöten, um einen differenzierten Umgang mit der eigenen Geschichte zu fördern.

ZUKUNFT DER VERGANGENHEIT

Nach den beschriebenen Beispielen drängt sich abschließend die Frage auf, wie die Traumata der modernen chinesischen Geschichte vor dem Hintergrund des von der KPCh beanspruchten Vergangenheitsmonopols innerhalb der Gesellschaft zukünftig verarbeitet werden können. Welche Zukunft hat Chinas Vergangenheit? Bei der Beantwortung dieser Fragen hilft es zunächst, zu verstehen, wie Teile der chinesischen Gesellschaft ihrer schwierigen Vergangenheit gegenüberstehen. Tomas Plänklers bietet eine anthropologische, fatalistische Analyse an, wonach es in China eine traditionsbedingte Tendenz der Hinnahme schicksalhafter, leidvoller Wendungen gibt, entstanden aus den Traditionen des Buddhismus, Taoismus und Konfuzianismus: „Das Leiden zu erdulden, sich nicht

Plänklers analysierte in China eine traditionsbedingte Tendenz der Hinnahme schicksalhafter, leidvoller Wendungen, entstanden aus den Traditionen des Buddhismus, Taoismus und Konfuzianismus.

58 | Julia Lovell, „It’s just history: Patriotic Education in the PRC“, China Digital Times, 23.04.2009, <http://chinadigitaltimes.net/2009/04/its-just-history-patriotic-education-in-the-prc> [12.02.2013].

darüber aufzuregen, zu erregen oder aufzulehnen, gehört zu den Vorstellungen psychischer Reife in China. Man nimmt die Unbill des Lebens hin wie Naturereignisse, so dass auch die Kulturrevolution als ‚Schicksal‘ vom Charakter eines Naturereignisses verstanden werden kann.“⁵⁹ Ganz anders sehen es die Herausgeber eines Sammelbandes, der Einblicke in die chinesische Seele anbietet: In Interviews habe sich gezeigt, „dass sich die Chinesen unter der Oberfläche des Schweigens durchaus an Schmerz und Leiden aus den Jahren des radikalen Maoismus und an frühere Brutalität und Gefahr erinnern. Unklar ist, in welcher Weise diese Gefühle des Verletztseins und der Verbitterung ihr heutiges Leben beeinflussen.“⁶⁰ Die britisch-chinesische Journalistin Xue Xinran zeichnet ebensolche facettenreichen Emotionen der Zeitzeugengeneration auf, deren inoffizielle Erinnerungen alternative Versionen der staatlichen Geschichtsschreibung preisgeben. Als Schwierigkeiten bei der generationenübergreifenden Kommunikation über geschichtliche Ereignisse beschreiben ihre Interviewpartner zuweilen Desinteresse ihrer Kinder, als auch die Sorge darüber, ob ihr jüngeres Gegenüber tatsächlich Verständnis für das Leiden der vorangegangenen Generationen aufbringen kann und will.⁶¹ Daran anknüpfend zeigt folgende Frage eine derzeit unüberwindbare Grenze der chinesischen Vergangenheitsbewältigung auf: „Wie können sie ihre uninformierten oder zweifelnden Kinder davon überzeugen, dass Ereignisse, die keine sichtbaren Spuren hinterlassen haben, tatsächlich passiert sind?“⁶²

Ältere Chinesen beschreiben zuweilen Desinteresse ihrer Kinder, sorgen sich aber auch, ob die Jüngeren Verständnis für das Leiden der vorangegangenen Generationen aufbringen können und wollen.

Die Schwierigkeit für die Zukunft der chinesischen Vergangenheitsbewältigung liegt nicht nur im teilweisen schambedingten, freiwilligen oder zuweilen verordneten Vergessen und Schweigen innerhalb der Bevölkerung, wie die Beispiele der Erinnerungen an den Großen Sprung nach vorn und an die Kulturrevolution demonstrierten, sondern in ihrer Folge: der Nichtkenntnis der nachfolgenden Generationen

59 | Plänklers (Hrsg.), Fn. 31, 164.

60 | „Introduction“, in: Arthur Kleinman, Yunxiang Yan, Jing Jun, Sing Lee, Everett Zhang, Pan Tianshu, Wu Fei und Guo Jinhua (Hrsg.), *Deep China. The Moral Life of the Person*, University of California Press, Berkeley und Los Angeles, 2011, 7.

61 | Xinran, Fn. 5, 248.

62 | Ebd., 15.

über einschneidende Ereignisse der Zeitgeschichte. Es ist schwierig, sich an etwas zu erinnern, das jahrzehntelang totgeschwiegen wurde und in Geschichtsbüchern – wenn überhaupt – nur am Rande thematisiert wird. Eine Erinnerungsarbeit kann in diesem Fall nicht geleistet werden, weil dafür keine Referenzpunkte zur Verfügung stehen, weder durch Gedenktage noch durch Aufzeichnungen in Schulbüchern und auch keine durch Eltern oder Großeltern weitergegebene. Chinesische Vergangenheitsarbeit gestaltet sich aufgrund ihres parteipolitischen Kontextrahmens umso schwieriger. Die Parteigeschichtsschreibung setzt fest, welche Ereignisse in Erinnerung bleiben und welche vergessen werden sollen. Die flexible Anpassungsfähigkeit der verordneten Erinnerung zeigt, wie geschickt die Partei Geschichte zum Nutzen der aktuellen politischen Agenda instrumentalisiert. Somit erweist sich die staatlich oktroyierte Erinnerungsarbeit durch die inkonstante Agenda der offiziellen Akteure als durchaus anpassungsfähig, allerdings ohne die Gesellschaft in diesen Prozess aktiv einzubeziehen. Eine temporäre Ausnahme stellen die Versuche der unabhängigen Vergangenheitsbewältigung in den 1980er Jahren dar.

Obwohl die KPCh mit ihrer selektiven Erinnerungskultur die Verjährung kritischer Momente der eigenen Vergangenheit ohne Trauerarbeit begünstigt, wird die Partei von inoffiziellen Akteuren, die alternative Interpretationen der Vergangenheit offenlegen, zunehmend herausgefordert. Dass sich die Grenzen der historischen Landkarte für inoffizielle Versionen chinesischer Historiografie durch das Internet zukünftig weiter verschieben werden, beweisen die aktuellen Online-Debatten. Trotzdem: Solange die chinesische Regierung differenzierte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte unterbindet, werden sich die offiziellen und inoffiziellen Lesearten der Vergangenheit weiterhin drastisch voneinander unterscheiden. Dies hemmt eine Erinnerungsarbeit nach dem Verständnis von Mitscherlich,⁶³

63 | „Um die Fähigkeit zu trauern auszubilden, ist eine Art der Erinnerungsarbeit notwendig, die eine Wiederbelebung unserer damaligen Verhaltensweisen, Gefühle und Phantasien erfordert. [...] Ohne Erinnerung an unsere damaligen seelischen Erlebnisweisen und ohne immer erneutes Durcharbeiten unseres Verhaltens können wir nicht trauern.“ In: Margarete Mitscherlich, *Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2006, 113-120.

welche dem Individuum das Trauern über vergangene Erlebnisse erlaubt.

Es steht außer Frage, dass in einem autoritären System wie der Volksrepublik China – abgesehen von einigen digitalen Ausnahmen – wenige Freiräume für eine derartige Erinnerungsarbeit abseits der Parteilinie ausgelotet werden können. Die KPCh wird bestrebt sein, ihre bisher verfolgte Geschichtspolitik fortzusetzen, um durch die Kontrolle der Vergangenheit über die Gegenwart und Zukunft des Landes zu bestimmen. 2016 jährt sich der Beginn der Kulturrevolution zum 50. Mal. Es bedarf kritischer Erinnerungsarbeit, um die Grenzen des Vergessens auf Chinas historischer Landkarte langfristig aufzubrechen. China hat seine Vergangenheit noch vor sich.

Der Artikel wurde am 12. März 2013 abgeschlossen.



Andreas Dittrich war bis Februar 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai. Seit März arbeitet er als Projektmanager bei der Deutschen Auslandshandelskammer in Shanghai.

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY UND KLIMASCHUTZ IN CHINA

DER BEITRAG CHINESISCHER UNTERNEHMEN ZU EINER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Andreas Dittrich

Als weltweit größter Emittent von klimaschädlichen Gasen trägt China eine hohe Verantwortung für die Bekämpfung des globalen Klimawandels. Die chinesische Regierung ist sich der enormen klima- und umweltpolitischen Herausforderungen des Landes bewusst. In den internationalen Medien wird sie zwar häufig als Bremser im Bemühen um eine Reduktion des weltweiten Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid (CO₂) dargestellt und in der Tat vermeidet es China, internationale Verpflichtungen zum Klimaschutz einzugehen. Nichtsdestotrotz hat die Regierung Umweltverschmutzungen und den Klimawandel als eine ernsthafte, wohlstandsgefährdende Bedrohung anerkannt und bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen. Ziel ist es, das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch zu entkoppeln. Eine „Green Economy“ soll sich zu einem wichtigen Motor des chinesischen Wachstums entwickeln.

Um eine deutliche Verringerung der Emissionen zu erreichen, ist die Regierung allerdings zunehmend auf die Unterstützung der Gesellschaft und insbesondere von Unternehmen angewiesen. In den vergangenen Jahren haben immer mehr in China tätige internationale Konzerne und chinesische Unternehmen erkannt, dass auch ihnen eine Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung des Landes zukommt, und sich zunehmend in den Bereichen nachhaltige Ressourcennutzung und Klimaschutz engagiert. Die teilweise erhebliche Distanz zwischen Peking und Standorten im Westen und Süden Chinas erschwert jedoch eine funktionierende Aufsicht, wodurch eine starke Diskrepanz

zwischen auferlegten Pflichten und deren Umsetzung in den verschiedenen Regionen besteht.

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY

Das Thema Corporate Social Responsibility (企业社会责任 / *qiye shehui zeren*, CSR) ist zu einem wichtigen Bestandteil der Diskussion um die Prinzipien der Unternehmensführung avanciert. Dabei haben Unternehmen schon immer auch eine „soziale“ Funktion gehabt und die Diskussion über und die Wahrnehmung von gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmern wird seit Langem geführt. Der englische Begriff Corporate Social Responsibility stammt

aus den USA und tauchte 1953 in der Publikation *Social Responsibilities of the Businessman* von Howard Bowen zum ersten Mal auf.

In seinem Buch schrieb Bowen, dass Unternehmen in der Verantwortung stehen, sich an den Zielen, Erwartungen und Werten der Gesellschaft zu orientieren. Als „Unternehmerverantwortung“ haben diese Überlegungen auch Eingang in das deutsche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft gefunden. Zunächst konzentrierte sich der CSR-Begriff stark auf die „soziale“ Komponente der Unternehmensverantwortung. Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist dieses Konzept jedoch um die Dimensionen „Umweltschutz“ und „Nachhaltigkeit“ erweitert worden.¹

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist das zunächst auf die soziale Komponente beschränkte Konzept der CSR um die Dimensionen „Umweltschutz“ und „Nachhaltigkeit“ erweitert worden.

Es existiert mittlerweile eine Vielzahl von CSR-Definitionen und CSR-Standards. Zu den wichtigsten und international am häufigsten angewandten zählen der UN Global Compact aus dem Jahre 2000 und der Standard der Internationalen Organisation für Normung (ISO). Der Global Compact umfasst zehn Grundprinzipien und verlangt von Unternehmern, sich an Grundwerten auf den Gebieten Menschenrechte, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung zu orientieren.² Der ISO 26000 Standard definiert CSR als „responsibility of an organization for the impacts of its decisions and activities on society and the environment, through transparent and ethical behaviour“, das zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt, die Erwartungen

1 | Vgl. Alexander Bassen et al., *Corporate Social Responsibility – Eine Begriffsklärung*, 2005, 231 f.

2 | Vgl. United Nations Global Compact, „The Ten Principles“, <http://unglobalcompact.org/AboutTheGC/TheTenPrinciples> [16.01.2013].

aller Stakeholder in Betracht zieht und sich an internationalen Normen orientiert.³ Die Europäische Union hat 2001 das *Grünbuch Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen* herausgegeben. Sie definiert darin in Anlehnung an andere Definitionen CSR als „ein Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren“.⁴ Darüber hinaus haben Unternehmerverbände sowie einzelne Unternehmen ihre eigenen Richtlinien entwickelt.

Verantwortliches Handeln beinhaltet nicht nur die Einhaltung von Gesetzen. Ein Unternehmen sollte sich darüber hinaus für seine Stakeholder engagieren.

Die Betonung der Freiwilligkeit durch die Europäische Kommission verdeutlicht, dass sozial verantwortliches Handeln nicht nur die Einhaltung von Gesetzen beinhaltet, sondern

dass ein Unternehmen sich darüber hinaus für seine Stakeholder engagieren sollte. Unternehmen profitieren davon, indem sie ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und Risiken für die Geschäftstätigkeit vermeiden können. CSR kann dabei helfen, die Beziehung zu staatlichen Akteuren, anderen Unternehmen und den Medien zu verbessern und Kunden enger an das Unternehmen zu binden. Mitarbeiter können motiviert und das Ansehen des Unternehmens gesteigert werden. CSR wird deshalb als integraler Bestandteil jeder modernen Unternehmensstrategie angesehen.

Unternehmensverantwortung gestaltet sich in einem Geflecht von vielen Faktoren und Stakeholder: Der Staat setzt den rechtlichen Rahmen, in dem Unternehmen agieren können. Konsumenten verfügen über Nachfragemacht, um Produzenten für unmoralisches Verhalten zu bestrafen, und die Medien haben die Aufgabe, über unethische Arbeits- und Produktionsbedingungen zu berichten. NGOs können zusätzlichen Druck auf Unternehmen ausüben oder aber diese bei der Umsetzung von CSR-Richtlinien unter-

3 | Vgl. ISO, „ISO 26000: 2010(en). Guidance on social responsibility“, <https://iso.org/obp/ui/#iso:std:iso:26000:ed-1:v1:en> [16.01.2013]. Als Stakeholder werden Personen oder Gruppen bezeichnet, die ein berechtigtes Interesse am Verlauf oder Ergebnis eines Prozesses oder Projektes haben („Anspruchsgruppen“).

4 | Vgl. EUR-Lex, *Grünbuch – Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen*, http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2001&nu_doc=366 [16.01.2013].

stützen, und Investoren orientieren sich bei ihren Investitionsentscheidungen zunehmend an der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards. Weitere wichtige Stakeholder von Unternehmen sind deren Mitarbeiter, die lokalen Gemeinschaften ihrer Produktionsstandorte, Geschäftspartner und Zulieferer sowie Industrieverbände.

Der Klimawandel als eine der dringendsten globalen Herausforderungen beherrscht auch zunehmend die internationale Diskussion um unternehmerische Verantwortung. Es gehört mittlerweile zum internationalen Standard in CSR-Strategien, auch den Klimaschutz zu integrieren und Bemühungen zur Reduktion von Treibhausgasen in unternehmenseigenen CSR-Berichten darzulegen. Unternehmen versuchen, die Effizienz der Produktion und der produzierten Waren zu steigern, *offsets*⁵ unvermeidbarer CO₂-Emissionen zu ermöglichen und die Nutzung Erneuerbarer Energien sowie den Einsatz von Recycling zu erhöhen. Zudem bemühen sie sich um erhöhte Transparenz, indem sie ihre Emissionen messen und diese Daten veröffentlichen.

UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG IN CHINA

Es steht außer Frage, dass die rasante ökonomische Entwicklung Chinas in den vergangenen 30 Jahren enorme soziale und ökologische Folgen mit sich gebracht hat. Deshalb wird auch in der Volksrepublik verstärkt diskutiert, wie Unternehmen dazu gebracht werden können, einen größeren Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. China ist nicht gerade für besonders gute Arbeits- und Produktionsbedingungen bekannt. Ganz im Gegenteil hört man von dort immer wieder von Skandalen wie der Ausbeutung von Arbeitern, die sich, wie etwa im Fall von Foxconn, aus Verzweiflung sogar das Leben nehmen, von dioxinverseuchtem Spielzeug, mit Melamin belastetem Milchpulver oder Bürgerprotesten aufgrund von massiver Umweltzerstörung, um nur einige Beispiele zu nennen. Deshalb hat sich im Westen die Vorstellung durchgesetzt, dass in China zwar kostengünstig, aber unter Missachtung jeglicher Umwelt- und Sozialstandards

Durch Skandale wie die Ausbeutung von Arbeitern, dioxinverseuchtes Spielzeug oder mit Melamin belastetes Milchpulver hat China ein großes Imageproblem, das es durch die Einhaltung von CSR-Prinzipien zu überwinden gilt.

5 | Darunter versteht man den Ausgleich der bei der Produktion entstandenen Emissionen, z.B. durch die Beteiligung an Wiederaufforstungsprojekten oder Investitionen in erneuerbare Energien.

produziert wird. China hat also ein großes Imageproblem, das es durch die Einhaltung von CSR-Prinzipien zu überwinden gilt.

Bis zum Jahr 2000 war das Konzept von CSR in der Volksrepublik weitgehend unbekannt. Es gelangte – insbesondere seit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation 2001 – zunächst über internationale Unternehmen nach China, die ihren Zulieferern die Einhaltung von gewissen Mindeststandards abverlangten. Häufig nutzen multinationale Konzerne dabei eigene Standards wie etwa den Nike Code of Conduct. Zu Beginn wurde CSR von chinesischen Unternehmen als eine Art nicht-tarifäres Handelshemmnis betrachtet, durch das sie vom Export in Industriestaaten ausgeschlossen werden sollten.⁶ Erst seit 2005 wandelt sich dieses Bild. Seit die chinesische Regierung Rahmenbedingungen geschaffen hat, um die Umsetzung von CSR in China zu unterstützen, verweisen chinesische Politiker häufig auf dieses Konzept und verknüpfen es vermehrt mit dem Aufbau einer „Harmonischen Gesellschaft“ (和谐社会 / *hexie shehui*).

Seit 2005 hat die chinesische Regierung Rahmenbedingungen geschaffen, um die Umsetzung von CSR in China zu unterstützen. Die Politiker verknüpfen das Konzept vermehrt mit dem Aufbau einer „Harmonischen Gesellschaft“.

Hierzu wurde das chinesische Unternehmensgesetz revidiert. Artikel 5 der Fassung vom Oktober 2005 verlangt von Konzernen, „ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen“ (承担社会责任 / *chengdan shehui zeren*).⁷ Die für die Regulierung von Staatsunternehmen zuständige State Assets Supervision and Administration Commission (SASAC)⁸ veröffentlichte im Januar 2008 ebenfalls eine CSR-Richtlinie. Diese verlangt von den 118 wichtigsten Staatskonzernen Chinas, die insgesamt über 100 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen, führende Beispiele für CSR zu werden und bis Ende 2012 CSR-Berichte vorzulegen. Die Richtlinie ruft auch dazu auf, den Umwelt- und Klimaschutz zu stärken. In Paragraph 11 werden die Staatsunternehmen aufgefordert, ihren Energieverbrauch zu senken, energiesparende

6 | Vgl. Rolf Dietmar, „CSR in China – Recent Developments and Trends“, in: *Oekom CR Review*, 2012, 51.

7 | Vgl. „中华人民共和国公司法“ (Unternehmensgesetz der Volksrepublik China), http://www.gov.cn/flfg/2005-10/28/content_85478.htm [16.01.2013].

8 | SASAC ist zudem der Hauptanteilseigner der chinesischen Staatsunternehmen auf nationaler Ebene.

Produkte zu entwickeln und ihre Emissionen zu verringern.⁹ Auf lokaler Ebene wurden seit 2007 in Provinzen, Städten und Sonderwirtschaftszonen CSR-Richtlinien erlassen und CSR-Evaluierungssysteme für die dort tätigen Unternehmen geschaffen.¹⁰ Auch einige chinesische Industrie- und Branchenverbände haben eigene CSR-Standards veröffentlicht, was unter anderem damit zusammenhängt, dass sie der Ansicht sind, internationale Normen müssten den lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Diese Standards sind in der Regel jedoch weniger streng als die internationalen Normen.¹¹

Auf lokaler Ebene wurden seit 2007 Evaluierungssysteme für Unternehmen geschaffen. Auch einige Industrie- und Branchenverbände haben CSR-Standards veröffentlicht.

Im Jahr 2006 hat die Börse in Shenzhen eine CSR-Richtlinie für die an ihr notierten Unternehmen veröffentlicht. Zwei Jahre später folgte auch die Shanghaier Börse (SSE) diesem Beispiel und gab zudem Hinweise für die Offenlegung von Umweltdaten heraus, die für einige börsennotierte Konzerne sogar verpflichtend sind.¹² 2011 gaben bereits 351 an der Shanghaier Börse gelistete Unternehmen einen CSR-Bericht heraus. Zudem veröffentlichte der SSE 2009 zum ersten Mal einen Social Responsibility Index der 100 in Shanghai notierten Aktienkonzerne mit der besten CSR-Performance.¹³

In den vergangenen Jahren hat das Bewusstsein für unternehmerische Verantwortung in chinesischen Unternehmen deutlich zugenommen. Dies zeigt sich an der wachsenden Zahl von in China veröffentlichten CSR-Berichte. Wurden 2006 erst 32 Berichte der Öffentlichkeit vorgestellt, so

9 | Vgl. SASAC, „关于印发 关于中央企业履行社会责任的指导意见 的通知“ (Bekanntmachung der Veröffentlichung der „Ansichten zur Implementierung der gesellschaftlichen Verantwortung von zentralen Staatsunternehmen“), 2008, <http://www.sasac.gov.cn/n1180/n1566/n259760/n264851/3621925.html> [16.01.2013].

10 | Vgl. Dietmar, Fn. 6, 52.

11 | Vgl. ebd. Der Verband der Textil- und Bekleidungsindustrie hat z.B. den CSC9000T Standard herausgegeben, der von den ca. 1.300 Mitgliedsunternehmen umgesetzt werden soll.

12 | Vgl. Lin Liwen, „Corporate Social Responsibility in China: Window Dressing or Structural Change“, in: *Berkeley Journal of International Law*, Bd. 28, Nr. 1, 2010, 76 f.

13 | Vgl. Adam Lane, „How Private Equity is Investing Responsibly in China“, BSR, 01.10.2012, <https://bsr.org/en/our-insights/blog-view/how-private-equity-is-investing-responsibly-in-china-part-one> [20.02.2013].

waren es 2011 bereits 898.¹⁴ Eine wachsende Zahl chinesischer Unternehmen hat sich auch internationalen Standards unterworfen, internationale Abkommen wie den UN Global Compact¹⁵ unterzeichnet oder orientiert sich bei der Erstellung von CSR-Berichten an der Global Reporting Initiative (GRI).¹⁶ Während zunächst Unternehmen mit Auslandsbeteiligung eine Vorreiterrolle einnahmen, sind mittlerweile insbesondere Staatsunternehmen sehr aktiv.

Kleine- und Mittelständische Unternehmen (KMU) sind gesetzlich nicht dazu verpflichtet, CSR-Berichte vorzulegen. Sie setzen CSR in der Regel nur dann um, wenn sie exportorientiert arbeiten oder als Zulieferer von internationalen Unternehmen tätig sind, die ihnen Vorgaben machen.¹⁷ Zunehmend gründen chinesische Privatunternehmen Stiftungen oder unterstützen Projekte in unterentwickelten Regionen des Landes. Ein bekanntes Beispiel ist die Alashan SEE Ecological Foundation (阿拉善SEE生态协会), in der sich seit 2001 eine Reihe von bekannten chinesischen Unternehmern engagieren und Wiederaufforstung

Das Konzept von „pro bono“ – also die Freistellung von Mitarbeitern für den ehrenamtlichen Einsatz in gemeinnützigen Projekten – ist in den vergangenen Jahren allmählich nach China gelangt.

zur Bekämpfung der Wüstenbildung sowie weitere Umweltschutzprojekte organisieren und finanzieren.¹⁸ Auch das Konzept von „pro bono“ – also die Freistellung von Mitarbeitern für den ehrenamtlichen Einsatz in gemeinnützigen Projekten – ist in den vergangenen Jahren allmählich nach China gelangt.

Es sind auch bereits die ersten professionellen Dienstleister entstanden, die an Pro-bono-Aktivitäten Interessierte weitervermitteln. In Peking ist beispielsweise das Beijing Huizeren Volunteering Development Center (北京惠泽人咨询服务中心 / Beijing huizeren zixun fuwu zhongxin) gegründet worden. Das Zentrum ermittelt die Bedürfnisse von NGOs, sucht nach geeigneten Experten in Unternehmen und vermittelt diese dann an passende NGOs weiter.¹⁹

14 | Vgl. Dietmar, Fn. 6, 51.

15 | 2012 hatten sich bereits ca. 260 chinesische Unternehmen dem UN Global Compact angeschlossen. Vgl. Dietmar, Fn. 6, 53.

16 | Siehe Global Reporting Initiative, <https://globalreporting.org> [20.03.2013].

17 | Persönliches Interview mit Wang Fengyuan, Klima- und Umweltexperte des Beratungsunternehmens für Nachhaltigkeit, BSR.

18 | Vgl. SEE foundation, <http://www.see.org.cn/see> [25.01.2013].

19 | Vgl. Amanda Brown-Inz, „Bringing ‚pro bono‘ to Beijing“, China Development Brief, 26.11.2012, <http://chinadevelopmentbrief.cn/?p=1322> [20.02.2013].

CSR-PRAKTIKEN CHINESISCHER KONZERNE BEI AUSLÄNDISCHEN DIREKTINVESTITIONEN

Laut der CSR-Richtlinie von SASAC tragen verantwortliche Geschäftspraktiken chinesischer Unternehmen dazu bei, dass China als „verantwortungsbewusstes Entwicklungsland“ wahrgenommen und dessen internationale „soft power“ gesteigert wird.²⁰ Deshalb verlangt sie von Staatsunternehmen bei der Durchführung von Projekten im Ausland, sich an internationalen Umwelt- und Sozialstandards zu orientieren. Der vom chinesischen Staatsrat gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) organisierte China Africa Business Council (CABC) hat zudem eine CSR-Richtlinie für in Afrika tätige chinesische Unternehmen herausgegeben.

Staatsunternehmen wie die nationalen Öl-, Minen-, Stahlkonzerne und Reedereien haben damit begonnen, auch über ihre CSR-Aktivitäten im Ausland Rechenschaft abzulegen.

Große Staatsunternehmen wie die nationalen Ölkonzerne, Minenunternehmen, Stahlkonzerne und Reedereien haben auf diese Forderungen reagiert und damit begonnen, auch über ihre CSR-Aktivitäten im Ausland Rechenschaft abzulegen. Sinosteel hat z.B. bereits 2008 einen *Sustainable Development Report Africa* veröffentlicht, in dem das Unternehmen betont, dass es bei seinem Engagement in Afrika um Umwelt- und Ressourcenschutz sowie die Einhaltung von Sicherheits- und Gesundheitsstandards bemüht ist.²¹

In ihren CSR-Berichten beziehen sich chinesische Unternehmen häufig auf Vorgaben der chinesischen Regierung, reagieren damit aber auch auf Kritik an den chinesischen Investitionen im Ausland. Chinesischen Unternehmen wird immer wieder vorgeworfen, bei ihren Investitionen die Interessen der lokalen Bevölkerung nicht ausreichend zu berücksichtigen und Umweltverschmutzung in Kauf zu nehmen. Diese Konzerne haben begonnen, in CSR-Projekte zu investieren, um negativen Berichten über ihr Engagement entgegenzuwirken. Allerdings machen Ausführungen über die Auslandsaktivitäten bislang nur einen äußerst geringen Teil der CSR-Berichte aus. Zudem existieren in der Regel nur an den Hauptsitzen chinesischer Firmen spezialisierte CSR-Abteilungen. Insgesamt sind die CSR-Aktivitäten

20 | Vgl. Fn. 9.

21 | Vgl. „Sinosteel Corporation Releases Sustainability Report On Africa“, China CSR, 27.10.2008, <http://chinacsr.com/en/2008/10/27/3453-sinosteel-corporation-releases-sustainability-report-on-africa> [19.01.2013].

chinesischer Konzerne im Ausland noch recht schwach ausgeprägt.²²

KLIMAPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

China ist der weltweit größte Emittent von klimaschädlichen Gasen und gehört auch zu den Ländern, die weltweit am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Die Volksrepublik trägt aufgrund ihres hohen, industriell geprägten Wirtschaftswachstums in zunehmendem Maße zum Klimawandel bei. Seit 2007 ist das Land der größte Emittent von CO₂. 48,5 Prozent des weltweiten Anstiegs von CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2007 können der Volksrepublik zugerechnet werden. Chinas Anteil an den globalen CO₂-Emissionen wird 2030 voraussichtlich bei

Um den weltweiten Temperaturanstieg und die Folgen des Klimawandels auf einem erträglichen Niveau zu halten, ist eine aktive Beteiligung Pekings beim internationalen Klimaschutz unabdingbar.

27 Prozent liegen. Zugleich verursacht der Klimawandel schon heute Dürren und einen Rückgang der Niederschläge in Nordchina sowie Überschwemmungen aufgrund verstärkter Niederschläge in Südchina, was sich unmittelbar negativ auf die Nahrungsmittelproduktion auswirkt. Um den weltweiten Temperaturanstieg bis 2100 auf unter zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen und die Folgen des Klimawandels auf einem erträglichen Niveau zu halten, ist deshalb eine aktive Beteiligung Pekings unabdingbar.²³

Die chinesische Regierung hat erkannt, dass eine Verringerung des Energieverbrauchs und damit auch der CO₂-Intensität der Wirtschaft zwingend ist, um wichtige Entwicklungsziele der Volksrepublik in den Bereichen Umweltschutz und Energiesicherheit zu erreichen. China hat sich deshalb bereits Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes gesetzt. 2009 kündigte die Regierung an, die CO₂-Intensität bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 bis 45 Prozent zu reduzieren.²⁴ Der laufende 12. Fünfjahresplan (2011-2015) sieht vor, durch den Einsatz effizienterer Technologien den

22 | Vgl. Dylan Southerland und Glen Whelan, *Corporate Social Responsibility in China's largest TNCs*, 07/2009, 12 ff.

23 | Vgl. Andreas Dittrich, „Die Klimapolitik der Volksrepublik China – Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum“, *KAS-Auslandsinformationen*, 4/2011, 82 ff., <http://kas.de/wf/de/33.22524> [21.03.2013].

24 | Vgl. ebd.

Energieverbrauch um 16 Prozent und den CO₂-Ausstoß um 17 Prozent pro Einheit des BIP zu senken. Dies soll vor allem durch den verstärkten Einsatz Erneuerbarer Energien geschehen, die bis 2020 15 Prozent der Primärenergie in China erzeugen sollen.²⁵

Um diese Ziele zu erreichen, ist eine intensive Beteiligung von Unternehmen notwendig. Die Aufgabe der Regierung besteht in erster Linie darin, den gesetzlichen Rahmen zu schaffen und Anreize zu bieten, um Unternehmen zu einer ressourcensparenden Produktion zu bewegen. Dies geschieht unter anderem durch eine allmähliche Erhöhung der Energiepreise sowie steuerliche Vergünstigungen für die Produktion von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologie. Darüber hinaus sollten Unternehmen freiwillig ihre Verantwortung wahrnehmen, Produktionsprozesse klimaschonend zu gestalten.

DER BEITRAG VON CSR ZUM KLIMASCHUTZ IN CHINA

Trotz der gewaltigen Herausforderungen sind die Anstrengungen von chinesischen Unternehmen im Bereich des Klimaschutzes als Teil ihrer CSR-Programme bislang noch nicht besonders stark ausgeprägt. Eine Studie ergab, dass die meisten börsennotierten chinesischen Konzerne noch keine Maßnahmen ergriffen haben, um ihre Klimagasemissionen zu messen oder gar zu beschränken. Etwas besser sieht es bei Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz aus, die von großen chinesischen Konzernen als strategisch wichtig erkannt worden sind.²⁶ Es gibt bereits sowohl staatliche als auch private chinesische Firmen, die die Reduktion von CO₂-Emissionen in ihre CSR-Programme integriert haben. Die Zahl chinesischer Konzerne, die Strategien zur Reduzierung der Emissionen entwickeln, wächst kontinuierlich.

25 | Vgl. Peter Hefe und Eileen Lemke, „Zwischen Kontinuität und Wandel – Das 12. Fünfjahresprogramm der Volksrepublik China 2011-2015“, Länderbericht China, 05/2011, 6.

26 | Vgl. Shen Xin, „中国上市公司环境责任调查报告发布“ (Die Veröffentlichung des „Berichts über die Untersuchung der Umweltverantwortung chinesischer börsennotierter Unternehmen“), 06.01.2013, http://syntao.com/CSRNews/CSRNews_Print_CN.asp?ID=15815 [28.01.2013]; Carbon Disclosure Project (CDP), Corporate Clean Energy Investment Trends in Brazil, China, India and South Africa, 2010, 20.

Die State Grid Corporation of China (SGCC), der größte Netzanbieter des Landes, gehörte zu den ersten Staatsunternehmen, die CSR-Berichte herausgaben. Das Unternehmen wirbt in diesen seitdem damit, sich für die Reduktion von Treibhausgasen einzusetzen. In einem *White Paper on Green Development* vom April 2010 beschreibt SGCC, wie der Aufbau eines „intelligenten Netzes“ Energieeinsparungen und die Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien ohne hohe Verluste ermöglicht hat.²⁷ SGCC legt Rechenschaft darüber ab, wie viel Strom aus Erneuerbaren Energien zusätzlich in das Stromnetz eingespeist wird und wie viele Windkraftanlagen sowie andere Erneuerbare Energiequellen an das Stromnetz angeschlossen werden.²⁸ Zudem wird dargelegt, wie die Verluste bei der Netzübertragung nach und nach reduziert werden, wie der Kohle-

verbrauch pro Kilowattstunde produzierten Stroms sinkt und wie das Unternehmen in ein Netz von Ladestationen für Elektroautos investiert.²⁹ Es bestehen zwar weiterhin große Probleme beim Anschluss Erneuerbarer Ener-

Dass regelmäßig Daten veröffentlicht werden, ist ein guter Anfang. Es bleibt allerdings offen, inwieweit diese Angaben unabhängig geprüft werden können.

gien an das chinesische Stromnetz und die Übertragungsverluste sind immer noch hoch, aber die Tatsache, dass SGCC entsprechende Daten überhaupt regelmäßig veröffentlicht, ist ein guter Anfang. Es bleibt allerdings offen, inwieweit diese Angaben unabhängig geprüft werden können. Dies wäre nötig, damit die Öffentlichkeit eine Umsetzung der selbst gesteckten Ziele nachvollziehen kann.

Ein Beispiel für ein privates chinesisches Unternehmen, das sich den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben hat, ist das IT-Unternehmen Lenovo. Laut Angaben des Unternehmens ist es im Rahmen der internen Climate Change Strategy bereits 2010 und 2011 gelungen, alle direkten Klimagasemissionen zu vermeiden oder auszugleichen. Gleichzeitig arbeitet Lenovo im Rahmen eines *supply chain program* daran, die Emissionen seiner Zulieferer schrittweise zu reduzieren. Mit diesen Bemühungen möchte das Unternehmen

27 | Vgl. SGCC, „SGCC Releases the White Paper on Green Development, the First Among Chinese Corps“, 12.12.2010, <http://www.sgcc.com.cn/ywlm/socialresponsiility/whitepaper/index.shtml> [08.02.2013].

28 | SGCC, „国家电网2011年社会责任报告“ (SGCC CSR Bericht 2011), 60 ff., http://www.sgcc.com.cn/images/sgcc_csr/reports/2012/2011report.pdf [08.02.2013].

29 | Vgl. ebd., 63 ff.

laut eigenen Angaben vorrangig die Energieeffizienz steigern, nachrangig aber auch Strom aus Erneuerbaren Energieträgern nutzen. Erst wenn dies nicht ausreicht, investiert der Konzern in die Kompensation des Klimagasausstoßes (*carbon offset*). Es soll zudem immer diejenige Transportmöglichkeit genutzt werden, die den geringsten CO₂-Ausstoß verursacht, und das Unternehmen bemüht sich, den Transport von Waren per Luftpost zu verringern. Auch Verpackungsmaterialien und Endprodukte werden zunehmend recycelt. Des Weiteren hat Lenovo an einigen Produktionsstandorten in China Photovoltaikanlagen zur lokalen Stromproduktion, Solarlampen und Warmwassersolaranlagen installiert.³⁰ Andere chinesische Privatunternehmen, die eine CO₂-Reduktion in ihre CSR-Bemühungen integriert haben, sind unter anderem die Elektronikkonzerne Haier und Suning. Gemeinsam mit anderen Elektronikunternehmen haben sie unter anderem eine „grüne“ Wertschöpfungskette aufgebaut. Von ihren Zulieferern verlangen sie, Energieeffizienzstandards einzuhalten.³¹

Die Elektronikkonzerne Haier und Suning haben gemeinsam mit anderen Elektronikunternehmen unter anderem eine „grüne“ Wertschöpfungskette aufgebaut.

Es lassen sich viele weitere Beispiele von chinesischen Unternehmen nennen, die Aspekte des Klimaschutzes zu einem gewissen Grad in ihre CSR-Strategien integriert haben. Dazu zählen Ölkonzerne, Energieunternehmen und Stahlkonzerne, deren Aktivitäten besonders CO₂-intensiv sind.³² Da der Energieverbrauch von Gebäuden aufgrund von mangelnder Isolierung, mangelhaften Baumaterialien und geringem Einsatz von Energiespartetechnologien sehr hoch liegt, ist es erfreulich, dass auch chinesische Immobilienunternehmen damit begonnen haben, Beiträge zum Klimaschutz in ihre CSR-Berichte aufzunehmen. Vanke, das größte Immobilienunternehmen der Volksrepublik, legt z.B. in seinem aktuellen CSR-Bericht dar, wie es die Anzahl energieeffizienter Gebäude erhöht und in die Sanierung der

30 | Vgl. Lenovo, „Think Green – Combating Climate Change“, http://lenovo.com/social_responsibility/us/en/climate.html [08.02.2013].

31 | Fn. 17; vgl. auch SynTao, „Suning Corporation released 2010 CSR report“, 28.03.2011, http://syntao.com/CSRNews/CSRNews_Show_EN.asp?ID=13703 [22.02.2013]; Suning, „阳光使命-苏宁电器企业2011年社会责任报告“ (Sonnenschein-Mission – Suning 2011 CSR Bericht), 50.

32 | Vgl. KPMG, „China's 12th Five-Year Plan: Sustainability“, 04/2011.

bestehenden Bausubstanz³³ investiert hat und wie dadurch Treibhausgasemissionen verhindert werden. Das Unternehmen wirbt damit, dass über die Hälfte der bislang nach dem chinesischen Three Star Standard (绿色三星级别 / *lvse sanxing jibie*) zertifizierten Privatwohnhäuser von Vanke gebaut wurden.³⁴ Auch wenn die Gesamtzahl energieeffizienter Immobilien in China immer noch verschwindend gering ist, tragen solche Berichte dazu bei, dass ein gewisser Wettbewerb zwischen den Immobilienkonzernen entsteht, wer sich am stärksten im Bereich energieeffizientes Bauen engagiert.³⁵

Kleinere private Unternehmen, die noch nicht verpflichtet sind, CSR-Berichte vorzulegen, und auch nicht über eigene globale Marken verfügen, beteiligen sich hauptsächlich an Bemühungen, klimafreundlicher zu produzieren, wenn sie als Zulieferer von internationalen Unternehmen oder großen chinesischen Konzernen tätig sind, die wie Lenovo versuchen, diese in ihre Bemühungen zu integrieren.

Walmart hat sich das Ziel gesetzt, die Energieeffizienz ihrer 200 wichtigsten Zulieferer in China von 2008 bis 2012 um 20 Prozent zu erhöhen. Dazu wurden Trainings durchgeführt.

Ein weiteres Beispiel ist Walmart. Die Einzelhandelskette hat sich das Ziel gesetzt, die Energieeffizienz ihrer 200 wichtigsten Zulieferer in China von 2008 bis 2012 um 20 Prozent zu erhöhen. Um dies zu erreichen, wurden mit Unterstützung des Beratungsunternehmens für Nachhaltigkeit BSR zunächst der aktuelle Energieverbrauch sowie Einsparungsmöglichkeiten ermittelt und dann regelmäßige Trainings durchgeführt, in denen die Manager der Zulieferfirmen in Energieeinsparung geschult werden.³⁶ Unter den chinesischen Unternehmen in der Eisen- und Stahlindustrie ist in diesem Bereich das Shanghaier Unternehmen Baosteel führend,

33 | Die durchschnittliche Lebenszeit eines chinesischen Gebäudes liegt bei lediglich ca. 37 Jahren und somit bei nur etwa einem Viertel des deutschen Vergleichswertes. Durch den häufigen Abriss und Neubau von Gebäuden werden enorme Mengen an zusätzlichem Beton und Stahl benötigt, deren Produktion besonders energieintensiv und klimaschädlich ist.

34 | Vgl. China Vanke, „2011年度企业社会责任报告“ (CSR Bericht 2011), 47 ff.

35 | Eine Veränderung in der Breite ist nur in einer Kombination von effektiv durchgesetzten gesetzlich-administrativen Vorgaben und preislichen Anreizen insbesondere bei den (bislang) zu niedrigen Energiepreisen zu erreichen.

36 | Vgl. BSR, „Walmart: Improving Supplier Energy Efficiency“, 06/2010, <https://bsr.org/en/our-insights/case-study-view/walmart-improving-supplier-energy-efficiency> [18.02.2013].

das zweitgrößte chinesische Eisen- und Stahlunternehmen. Um den Ausstoß von Klimagasen und Umweltbelastungen entlang der Wertschöpfungskette zu reduzieren, hat das Unternehmen bereits 2008 einen Green Purchasing Action Plan herausgegeben,³⁷ auf dessen Grundlage in den letzten Jahren weitere Pläne veröffentlicht wurden, mit denen das Unternehmen sich und seine Zulieferer zu nachhaltigem Produzieren und Wirtschaften verpflichtet. Damit ist es auch zum Vorbild anderer Unternehmen in der Stahlindustrie geworden.

KMU, die als Zulieferer in der Automobilindustrie tätig sind, lassen sich in der Regel nach der internationalen Umweltnorm ISO 14000 zertifizieren. Da die Zulieferer wiederum Komponenten von anderen KMU beziehen, werden die Anforderungen an eine größere Gruppe von Unternehmen weitergegeben. Diejenigen KMU, die nicht für den internationalen Markt produzieren, sind allerdings noch recht schwach bei der Umsetzung von Umweltstandards. Aus Kostengründen wird kaum in Technologie zur Steigerung von Energieeffizienz und zur Reduktion der Emissionen investiert. Selbst die Erfüllung der bestehenden gesetzlichen Vorgaben fällt ihnen häufig schwer. Wenn sie überhaupt CSR-Maßnahmen durchführen, beschränken sich diese in der Regel auf die eigene Belegschaft, etwa durch Sicherheitsstandards und gemeinnützige Projekte an den Produktionsstandorten.

KMU, die nicht für den internationalen Markt produzieren, sind noch recht schwach bei der Umsetzung von Umweltstandards. Es wird kaum in die Steigerung der Energieeffizienz und Reduktion von Emissionen investiert.

VERANTWORTUNGSBEWUSSTE INVESTITIONEN UND CHINAS „GREEN CREDIT POLICY“

Ein wichtiger Aspekt von CSR betrifft die Verantwortung von Investoren für die Unternehmen und Projekte, die sie finanzieren. Eine wachsende Zahl institutioneller und individueller Investoren ist daran interessiert, ihr Geld in nachhaltigen Projekten anzulegen. Die Vereinten Nationen haben 2005 in den Principles for Responsible Investment (PRI) die Grundprinzipien nachhaltigen Investierens formuliert. Die Unterzeichner der PRI verpflichten sich, nicht in Unternehmen oder Projekte zu investieren, deren Aktivitäten sich negativ auf Menschen oder die Umwelt auswirken.

37 | Vgl. Carbon Disclosure Project, „CDP China 100 Executive Summary“, 2011.

Auch in China entstehen die ersten Nachhaltigkeitsfonds. Börsen bieten Investoren zur Orientierung Indizes von Unternehmen an, die sich durch die Einhaltung von hohen Umwelt- und Sozialstandards auszeichnen. Einige chinesische Investmentfonds haben die PRI bereits unterzeichnet. Die Unterzeichner teilen sich im Wesentlichen in zwei Gruppen: solche, die wie Tsing Capital bewusst in Projekte investieren, die eine positive Auswirkung auf den Klimaschutz haben, etwa im Bereich Erneuerbare Energien oder Energieeffizienz, und solche, die wie Orchid Capital Anteile an allen Arten von Unternehmen kaufen, solange diese soziale und ökologische Risiken vermeiden.³⁸ Im Rahmen der „Green Securities Policy“ Chinas können Unternehmen mit starker Umweltverschmutzung an keiner der chinesischen Börsen gelistet werden, solange das chinesische Umweltministerium (MEP) seine Zustimmung verweigert. Diese Politik hat bereits bei mindestens 100 Unternehmen eine Börsennotierung verhindert oder zumindest verzögert.³⁹

Auch Banken tragen eine Verantwortung für die Effekte ihrer Kreditvergabe auf Menschen, Umwelt und Klima. Wenn sie sich an der Finanzierung von Projekten beteiligen, die hohe CO₂-Emissionen verursachen, sind sie zumindest indirekt mitverantwortlich für den Klimawandel. Wenn sie jedoch verstärkt Kredite an Unternehmen vergeben, die auf

Die Equator Principles sollen die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in kreditfinanzierten Projekten gewährleisten. Unter den beigetretenen 78 Banken befindet sich nur ein chinesisches Geldinstitut.

Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Umweltschutz setzen, können sie damit einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten. Die 2003 verabschiedeten und 2011 zuletzt überarbeiteten Equator Principles formulieren Regeln für das Risikomanagement bei der Vergabe von Krediten durch Banken. Dieses freiwillige Regelwerk soll die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in den von den beteiligten Banken finanzierten Projekten gewährleisten. Unter den bisher den Äquator-Prinzipien beigetretenen 78 Banken befindet sich mit der Industrial Bank nur ein einziges chinesisches Geldinstitut.⁴⁰

38 | Vgl. Lane, Fn. 13.

39 | Vgl. Adam Lane, „The State of Sustainable Business in China“, GC Ticker, 01/2013, 13.

40 | Vgl. Equator Principles Association, <http://equator-principles.com> [22.01.2013].

Die chinesische Regierung hat ebenfalls die Bedeutung der Finanzindustrie für den Umwelt- und Klimaschutz erkannt. Im Juli 2007 hat das MEP gemeinsam mit der chinesischen Zentralbank (PBoC) und der China Banking Regulatory Commission (CBRC) Richtlinien für eine *green credit policy* (绿色信贷政策 / *lvse xindai zhengce*) herausgegeben.⁴¹ Die Richtlinien verlangen von chinesischen Banken, vor der Kreditvergabe eine Analyse der Umwelt- und Klimarisiken durchzuführen und Konzernen mit einer schlechten Umweltbilanz Kredite zu verweigern. Zudem werden Vorgaben zur Ausweitung von Krediten für die Entwicklung von klimaschonenden und energieeffizienten Technologien geschaffen. Diese kürzlich überarbeiteten „grünen“ Kreditvergaberichtlinien zählen laut Expertenmeinungen zu den fortschrittlichsten weltweit und machen China zu einem Vorreiter in Asien.⁴² Im Zuge dieser neuen Richtlinien haben chinesische Geschäftsbanken damit begonnen, CSR-Berichte vorzulegen, in denen sie deren Umsetzung dokumentieren. Am schnellsten und umfangreichsten reagierte die Industrial Bank auf die neuen Vorgaben. Sie richtete als erste chinesische Bank eine eigene Abteilung für Umwelt- und Klimafragen ein, das Sustainable Finance Office, und beschränkte die Vergabe von Krediten an Unternehmen, die für hohen Energieverbrauch und große Umweltschäden verantwortlich sind (两高 / *liang gao*).⁴³ Auch andere große chinesische Banken haben ihre Kreditvergaberichtlinien angepasst und Arbeitsgruppen für *green finance* eingerichtet. Bei der Kreditvergabe für Energieeinsparungs- und Umweltschutzprojekte war 2008 die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) führend. Im gleichen Jahr hat die China Merchants Bank im Rahmen der *green credit policy* elf Warnhinweise an Kunden versandt und 144 Kunden auf eine Warnliste gesetzt. Die Minsheng Bank reduziert seit 2008 sukzessive ihre Kredite an kleine Kohlekraftwerke mit geringer Energieeffizienz. Dennoch müssen die Bemühungen der meisten chinesischen Staatsbanken auf diesem Gebiet noch deutlich ausgeweitet werden.⁴⁴

Die „grünen“ Kreditvergaberichtlinien zählen laut Expertenmeinungen zu den fortschrittlichsten weltweit und machen China zu einem Vorreiter in Asien.

41 | Vgl. Lin, Fn. 12, 80.

42 | Vgl. Lane, Fn. 13.

43 | Vgl. „Chinese Banking Industry Environmental Record (NGO Analysis) Executive Summary“, 2010, 8 ff.

44 | Vgl. ebd., 9 f.

CHINESISCHE MEDIEN ALS „WATCHDOGS“

Chinas Medienlandschaft hat sich in den vergangenen Jahren stark differenziert. Dabei ist auch eine Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften entstanden, die sich auf Klima- und Umweltthemen spezialisiert haben. Darüber hinaus gibt es mehrere hundert chinesische Webseiten, die sich ausschließlich dem Klima- und Umweltschutz widmen. Diese Medien übernehmen die Aufgabe, die chinesische Öffentlichkeit für Klimaschutz zu sensibilisieren und Druck auf Regierung und Unternehmen auszuüben. So ist etwa das Thema der hohen Luftbelastung mit lungengängigem Feinstaub (PM_{2,5}) in China erst durch Berichte im Internet und in Chinas Printmedien bekannt geworden, wodurch Chinas Regierung unter Zugzwang geriet. Aufgrund dieses Drucks begannen 2012 mehrere chinesische Städte damit, Feinstaubwerte zu messen und zu veröffentlichen. Spezialisierte Medien prüfen diese Daten und vergleichen sie mit unabhängigen Quellen.⁴⁵

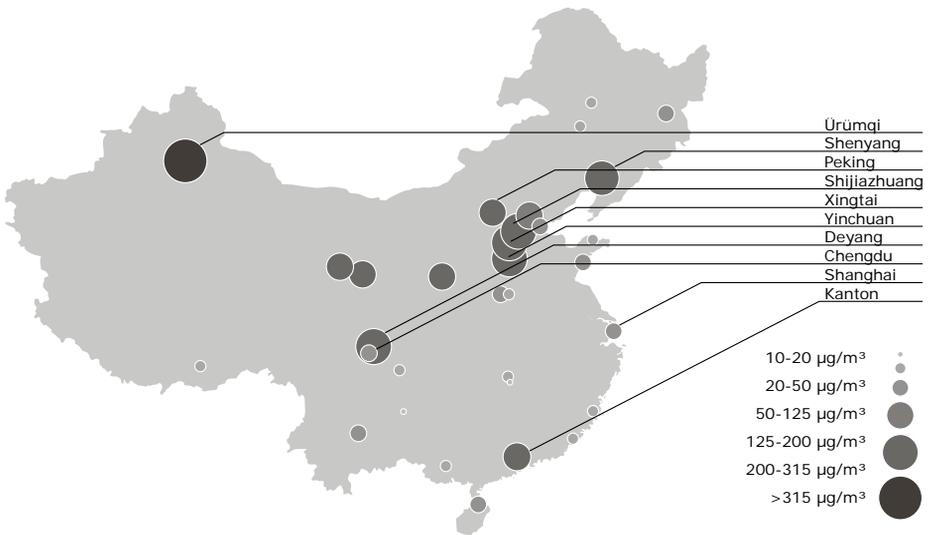
Das in Shanghai erscheinende, chinesisch-englische Magazin *Eco-nomy* (碳商 / *tanshang*) hat sich auf die Berichterstattung über umwelt- und klimafreundliche Innovationen von Unternehmen spezialisiert und bietet dadurch Unternehmen, die sich für Klimaschutz einsetzen, eine Werbepattform. In einer aktuellen Ausgabe berichtet die Zeitschrift etwa über Bemühungen von Einzelhandelsketten, ihre CO₂-Emissionen zu verringern. Ein besonderer Fokus des Magazins liegt neben CSR auf „sozialem Unternehmertum“, also Projekten, die sowohl positive Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft haben als auch Gewinne generieren. Darüber hinaus organisiert die Zeitschrift regelmäßig Workshops, auf denen Unternehmer, NGO-Aktivisten und Medienvertreter ihre Ideen für eine CO₂-arme Entwicklung präsentieren können. 2013 wird *Eco-nomy* auch eine große Konferenz über CSR in China veranstalten.⁴⁶ Ferner berichten traditionelle Medien wie etwa die für ihre kritischen Berichte bekannte Zeitschrift *Southern Weekend* verstärkt über CSR und Klimaschutz.⁴⁷

45 | Vgl. Peter Hefele und Andreas Dittrich, „Climate Change and Public Interest – New ways of participation“, Conference Report, 2012, 3 ff., <http://kas.de/china/en/publications/30800> [08.02.2013].

46 | Vgl. *Eco-nomy*, <http://tanshangmedia.com> [20.02.2013].

47 | Vgl. Lin, Fn. 12, 84.

Abb. 1

Feinstaubbelastung ($PM_{2,5}$) chinesischer Metropolen

Die hohe Luftverschmutzung in chinesischen Metropolen wurde erst durch Berichte im Internet publik. Die in Peking im Januar 2013 gemessene Belastung überstieg die WHO-Grenze von $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$ um das 30-Fache. | Quelle: TeaLeafNation, eigene Darstellung.

Zu den auf Umwelt- und Klimaschutz spezialisierten Webportalen gehört unter anderem die bilinguale Website Chinadialogue. Sie ist zu einer wichtigen Plattform für den internationalen Austausch über Umwelt- und Klimaschutz sowie über die Arbeit chinesischer NGOs auf diesem Gebiet geworden.⁴⁸ Die drei größten chinesischen Webportale (Sina, Sohu und Tencent) haben ebenfalls thematische Webseiten aufgebaut, die sich intensiv der Berichterstattung über Klimaschutz widmen. Die Seite green.sina⁴⁹ berichtet über Best Practices von Unternehmen, die ihre Produktionsprozesse umweltfreundlicher gestalten, propagiert

48 | Vgl. Chinadialogue, <http://chinadialogue.net> [29.01.2013]. Die gemeinnützige Organisation wird von mehreren Stiftungen getragen.

49 | Vgl. green.sina (新浪环保 / xinlang huanbao), <http://green.sina.com.cn> [08.02.2013].

die Beteiligung an Projekten wie der Earth Hour⁵⁰ und bietet die Möglichkeit, für Klimaschutzprojekte zu spenden.

Social Media spielen bei der Überwachung von Unternehmerverhalten ebenfalls eine zunehmende Rolle. In Mikroblogs wie Sina Weibo verbreiten sich Informationen über Umweltverschmutzung und Sozialdumping von Unternehmen rasch. Dadurch steigt das Risiko für Konzerne, an den Pranger der „virtuellen“ Öffentlichkeit gestellt zu werden.⁵¹ Gleichzeitig nutzen Unternehmen eigene Mikroblogs, um über ihre CSR-Projekte zu informieren. Dennoch setzen sich chinesische Journalisten einer Gefahr aus, wenn sie über Umweltverschmutzungen von Staatskonzernen berichten. Kritische Berichte werden immer wieder zensiert.

NGOS ALS AKTEURE IM BEREICH CSR

Chinesische zivilgesellschaftliche Akteure haben bei Weitem noch nicht den gleichen Einfluss wie ihre Pendanten in westlichen Staaten, entwickeln sich aber allmählich zu wichtigen Lobbyorganisation für den Klimaschutz gegenüber der Regierung und Unternehmen.⁵² In den vergangenen Jahren ist die Zahl von Umwelt- und Klima-NGOs in der Volksrepublik stark angestiegen und eine Professionalisierung hat stattgefunden. Einschließlich der in China tätigen internationalen NGOs und der von der Regierung ins Leben gerufenen Organisationen (GONGOS) gab es 2008 schätzungsweise über 3.000 auf Klima- und Umweltschutz spezialisierte Institutionen. Dabei handelt es bei über 60 Prozent um regierungsunabhängige NGOs.⁵³ Seit einigen Jahren nehmen auch chinesische NGOs an den internationalen Klimaverhandlungen teil und insbesondere durch die erste in China durchgeführte Konferenz der VN-Rahmenkonvention für den Klimawandel (UNFCCC) in Tianjin 2010

50 | Während der Earth Hour (地球一小时“活动 / diqiu yi xiaoshi huodong) sind weltweit alle öffentlichen und privaten Einrichtungen dazu aufgerufen, symbolisch für eine Stunde die Beleuchtung abzuschalten, um das Bewusstsein für den Klimawandel zu stärken. An der letzten Earth Hour am 31.03.2012 beteiligten sich auch viele chinesische Städte und Haushalte. In diesem Rahmen wurden etwa in Peking die Lichter des Vogelnest-Olympiastadions und in Shanghai die aller Gebäude am belebten Volksplatz ausgeschaltet.

51 | Fn. 17.

52 | Vgl. Patrick Schröder, *Civil Climate Change Activism in China – More than meets the eye*, 2011, 4.

53 | Vgl. Hefeke und Dittrich, Fn. 45, 5.

hat die chinesische Klimaschutzbewegung einen enormen Schub bekommen.⁵⁴ In diesem Kontext hat auch ihr Einfluss auf Unternehmen zugenommen. Sie agieren sowohl als Partner bei der Umsetzung von Klimaschutzstrategien als auch als „watchdogs“, die über unverantwortliches Handeln von Konzernen informieren sowie Protestaktionen organisieren.

Einige NGOs unterstützen Unternehmen dabei, ihren Treibhausgasausstoß zu messen bzw. entsprechende Angaben unabhängig zu überprüfen und zu veröffentlichen. Dadurch wird zugleich die Transparenz der beteiligten Firmen erhöht und die Grundlage für eine Reduktion dieser Emissionen geschaffen. Die britische NGO Carbon Disclosure Project (CDP), die weltweit wichtigste Institution für die Offenlegung von Emissionen, ist seit 2008 auch in China aktiv. Eine wachsende Zahl chinesischer Unternehmen stellt CDP Informationen zur Verfügung, die dann von unabhängigen Analysten überprüft werden. Von den 100 größten börsennotierten Firmen Chinas beantworteten im Jahr 2011 allerdings lediglich elf den jährlich von CDP versandten Fragebogen und 35 stellten relevante Informationen zur Verfügung.⁵⁵

Die britische NGO Carbon Disclosure Project ist seit 2008 auch in China aktiv. Eine wachsende Zahl chinesischer Unternehmen stellt CDP Informationen für eine unabhängige Prüfung zur Verfügung.

Auch lokale NGOs beteiligen sich an Berechnung und Offenlegung von Emissionsdaten. Die Pekinger NGO Institute for Environment and Development (IED) unterstützt z.B. insbesondere KMU bei den Bemühungen, ihren Energieverbrauch und ihre Emissionen zu messen.⁵⁶ Die NGO Institute of Public and Environmental Affairs (IPE) hat die Plattform Pollution Map erstellt, die über Umweltbilanzen von Konzernen in China berichtet. Hier werden Verstöße einzelner Unternehmen detailliert aufgelistet und diejenigen Firmen genannt, die bisher keine hinreichenden Angaben zur Messung ihrer Emissionsdaten etabliert haben und somit nicht der Aufforderung staatlicher Umweltbehörden zu einer transparenten Darstellung ihrer Emissionswerte gefolgt sind. Damit ermöglicht die Webseite den Unternehmen, sich über Zulieferer zu informieren, die Umweltstandards

54 | Vgl. Schröder, Fn. 52, 12.

55 | Vgl. CDP, „CDP China“, <https://www.cdproject.net/en-US/WhatWeDo/Pages/China.aspx> [29.01.2013].

56 | Vgl. Schröder, Fn. 52, 8.

nicht erfüllen.⁵⁷ Die Wirkung zeigt sich anhand einer zunehmenden Anzahl von Überprüfungen dieser Standards, die vor allem multinationale Firmen in China bei ihren Zulieferern durch Dritte vornehmen lassen.⁵⁸ Gleichzeitig wird auf die lokalen Verwaltungsebenen Druck ausgeübt, Kontrollmechanismen zu etablieren, da sich die durch staatliche Behörden erfolgte Aufforderung zu mehr Transparenz vor allem auf staatliche Unternehmen beziehen. Ergebnisse des landesweiten Pollution Information Transparency Index (PITI) von 2011 zeigen jedoch, dass Fortschritte in der durch städtische Behörden vorgenommenen Bekanntmachung von Umweltdaten nur in manchen Regionen erkennbar sind, Regionen mit einer großen Anzahl stärkerer Umweltverschmutzungen durch Unternehmen jedoch keine größere Transparenz aufweisen.⁵⁹

Gemeinsam mit anderen NGOs hat IPE zudem die Green Choice Alliance ins Leben gerufen, die die Umweltbilanzen von Unternehmen unabhängig überprüfen lässt und über

Anstrengungen von Unternehmen zu deren

Verbesserung berichtet.⁶⁰ NGOs sind auch an *green finance advocacy*⁶¹ in China beteiligt und überprüfen, inwieweit Banken die chinesische *green credit policy* auch umsetzen. Dazu haben neun NGOs (Green Watershed,

Friends of Nature, Institute of Public & Environmental Affairs, Green Earth Volunteer, Global Environmental Institute, Civil Society Watch, China Development Brief, Green Volunteer League Chongqing und Hengduan Mountains Research Society) eine Allianz gebildet. Diese NGOs vergeben im

NGOs sind auch an *green finance advocacy* beteiligt und überprüfen, inwieweit Banken die *green credit policy* umsetzen. Dazu haben neun NGOs eine Allianz gebildet.

57 | Vgl. Institute of Public & Environmental Affairs (IPE), <http://ipe.org.cn> [22.01.2013].

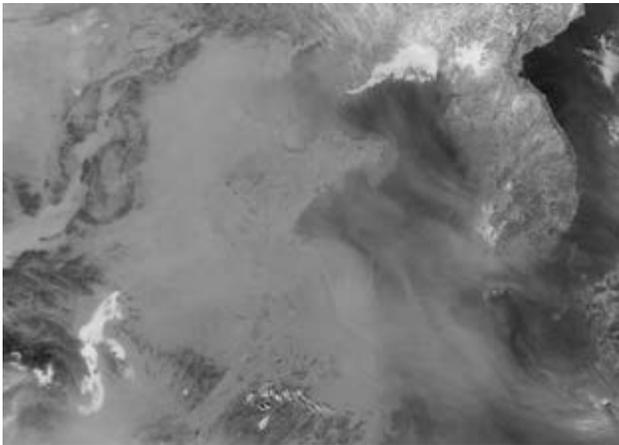
58 | Vgl. Rockefeller Brothers Fund, „Institute of Public and Environmental Affairs“, <http://rbf.org/close-up/institute-public-and-environmental-affairs> [20.03.2013].

59 | IPE und Natural Resources Defense Council (NRDC), *Open Environmental Information: Taking Stock. The 2011 Pollution Information Transparency Index (PITI). Third Annual Assessment of Environmental Transparency in 113 Chinese Cities*, <http://ipe.org.cn/Upload/Report-PITI-2011-EN.pdf> [20.03.2013].

60 | Fn. 17; vgl. auch IPE, „The Green Choice Alliance“, <http://ipe.org.cn/en/alliance/gca.aspx> [22.02.2013].

61 | Damit ist gemeint, dass sie Druck auf Banken ausüben, ihre Kreditvergabe an Nachhaltigkeitsprinzipien zu orientieren, z.B. indem sie die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Geldinstitute für die Finanzierung von umweltschädlichen Projekten verantwortlich sind.

Rahmen des Chinese Bank Awards der Zeitschrift *Economic Observer* seit 2007 den Green Banking Innovation Award (绿色银行创新奖 / *lvse yinhang chuanxin jiang*) an Banken, die sich besonders um Umwelt- und Klimaschutz bemüht haben.⁶² Außerdem wurde 2010 zum ersten Mal ein ausführlicher Bericht über die Umweltbilanz des chinesischen Bankensektors herausgegeben (中国银行业环境记录 / *Zhongguo yinhangye huanjing jilu*). Dieser stellt Best Practices positiv heraus und mahnt gleichzeitig Verbesserungen bei der Wahrnehmung ökologischer Verantwortung an.⁶³



Ostwärts ziehende Feinstaubkonzentration über der Bohai-Bucht, ca. 150 km westlich der Hauptstadtregion. | Quelle: SeaWiFS Project, NASA/Goddard Space Flight Center, ORBIMAGE (01/2002).

AUSBLICK: CSR ALS MITTEL DER WAHL FÜR EINEN EFFEKTIVEN KLIMASCHUTZ IN CHINA?

In den letzten Jahren haben chinesische Unternehmen ihre CSR-Aktivitäten stark ausgeweitet. Die Zahl der in China veröffentlichten CSR-Berichte ist rapide angestiegen. Allmählich setzt sich die Einsicht durch, dass die Interessen aller Stakeholder beachtet werden müssen und die Übernahme sozialer Verantwortung zudem die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Konzerne im In- und Ausland stärkt.

62 | Vgl. BankTrack, „Chinese NGOs announce third Green Banking Innovation Award“, 22.10.2010, http://banktrack.org/show/news/chinese_ngos_announce_third_green_banking_innovation_award [22.01.2013].

63 | Vgl. Fn. 43.

Eine wachsende Zahl dieser Konzerne hat bereits eine Strategie zur Verringerung der CO₂-Emissionen entwickelt und drückt in ihren CSR-Berichten ein Bewusstsein für die Mitverantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels aus.

Impulse für diesen Strategiewechsel kamen insbesondere von Seiten der chinesischen Regierung, die sich den Aufbau einer „Green Economy“ zum Ziel gesetzt hat. Ihr starker Fokus auf den Ausbau von Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz hat sich positiv auf die Anstrengungen insbesondere der Staatskonzerne, aber auch privater Unternehmen im Bereich des Klimaschutzes, ausgewirkt. Schon heute ist China führend in der Nutzung von Erneuerbaren Energien. Durch Gesetzgebung und die Veröffentlichung von Richtlinien hat sie zudem einen entscheidenden Einfluss auf die Ausweitung der CSR-Berichterstattung genommen. Diejenigen Konzerne, die frühzeitig in die Reduktion von Treibhausgasen investieren, werden davon profitieren, da der Druck, Emissionswerte zu veröffentlichen und die Ausstoßmenge zu reduzieren, weiter steigen wird. Zudem können sie diese Erfahrungen nutzen, wenn China wie geplant ein landesweites Emissionshandelssystem einführt. Dieser Plan beruht auf der bisherigen Durchführung von Pilotprogrammen in den Städten Peking, Tianjin, Shanghai, Chongqing und Shenzhen und soll 2014 mit der Ausweitung auf die Provinzen Guangdong und Hubei langfristig in ein landesweites System münden, das das geografisch umfangreichste CO₂-Handelssystem in der Welt bilden würde.⁶⁴

Die bestehenden CSR-Richtlinien von SASAC sollten verschärft werden und auch für regionale und private Unternehmen verpflichtend sein. Die Qualität der in China vorgelegten CSR-Berichte muss zudem noch deutlich verbessert werden. Im Bereich des Klimaschutzes müssten die Unternehmen dazu vor allem ihre Messmethoden verbessern und ihre Angaben von unabhängigen Gutachtern überprüfen lassen.⁶⁵

64 | Julian Drape, „China serious about Carbon trading report“, *The Australian*, 11.10.2012, <http://theaustralian.com.au/news/breaking-news/story-fn3dxiwe-1226493518917> [19.03.2013].

65 | Vgl. CDP, „中国报告2010“ (Bericht China 2010), 27.



Demonstration gegen den Bau des Fujia-Chemiewerks nahe der Hafenstadt Dalian in der Provinz Liaoning im August 2011. Die Behörden lenkten unter dem Druck der Proteste ein, nannten aber keine alternativen Standorte. | Quelle: GlobalVoices (CC BY).

Die Auflagen von internationalen Kooperationspartnern und der Regierung werden zunehmend durch Druck aus der chinesischen Zivilgesellschaft verstärkt. Die Bürger in China sind sich in wachsendem Maße der Bedrohung durch Umweltverschmutzung und Klimawandel bewusst und fordern verantwortungsvolles Handeln auf diesen Gebieten ein. Dies zeigte sich 2012 erneut an einer Reihe von Protesten: Im Juli 2012 wurde gegen den Bau einer Kupferfabrik in Shifang, Provinz Sichuan,⁶⁶ und im Oktober 2012 gegen die Erweiterung einer Raffinerie durch Sinopec in der Küstenstadt Ningbo, Provinz Zhejiang,⁶⁷ demonstriert.

Durch die zunehmende Professionalisierung chinesischer NGOs und die wachsende Beteiligung von Bürgern an ihren Aktionen wird der Druck auf Konzerne weiter steigen, ihre CSR-Praktiken und ihre Umwelt- und Klimabilanz zu verbessern. Sollte die Zivilgesellschaft auch in Ländern Afrikas und Südasiens, in denen chinesische Investitionen immer wieder aufgrund mangelnder Sozial- und Umweltstandards in die Kritik geraten, erstarken, werden auch die dort tätigen Unternehmen gezwungen sein, ihre CSR-Aktivitäten auszuweiten. Die Berichterstattung traditioneller

66 | Vgl. Tang Hao, „Shifang: a crisis of local rule“, *Chinadialogue*, 18.07.2012, <http://chinadialogue.net/article/show/single/en/5049> [20.02.2013].

67 | Vgl. Andrew Jacobs, „Protest Over Chemical Plant Force Chinese Officials to Back Down“, *The New York Times*, 28.10.2012, <http://nytimes.com/2012/10/29/world/asia/protests-against-sinopec-plant-in-china-reach-third-day.html> [20.02.2013].

und nicht-traditioneller Medien über Umwelt- und Klimavergehen chinesischer Konzerne nimmt zu. Um den Druck zu erhöhen, sollte die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Medien weiter ausgebaut werden.

Obwohl die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure, einschließlich Unternehmen, an Bedeutung gewinnt, wird die Klimapolitik in China weiterhin hauptsächlich von der Regierung bestimmt. Die Tatsache, dass es das Thema Umweltschutz bis nach ganz oben auf die Agenda des Nationalen Volkskongresses und der parallel stattfindenden Politischen Konsultativkonferenz im März 2013 geschafft hat, verdeutlicht, dass sich die kommunistische Staatsführung weiter zum Handeln gezwungen sieht. Ein aktueller Plan sieht z.B. vor, bis 2020 ein Überwachungsnetzwerk unter Führung von vier Ministerien zu etablieren, das die Grundwasserqualität in der gesamten nordchinesischen Region überprüft.⁶⁸ CSR stellt eine wichtige Ergänzung der politischen Maßnahmen dar, kann sie jedoch nicht ersetzen. Die tatsächliche Wirkungsentfaltung von CSR-Maßnahmen, die mit einer kontinuierlichen Etablierung von Mechanismen zur Überwachung und Messbarkeit von Emissionswerten erreicht werden kann, würde den Beitrag von zivilgesellschaftlichen Akteuren auf lange Sicht gesehen jedoch sicherlich festigen.

Die Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels durch die Förderung von Erneuerbaren Energien, die Verschärfung von Energieeffizienzstandards, Preisreize etc. müssen fortgesetzt werden. Außerdem ist es wichtig, den Klima- und Umweltschutz auf lokaler Ebene besser durchzusetzen. Darüber hinaus sollten gesellschaftliches Engagement stärker gefördert und Unternehmen mit herausragenden CSR-Praktiken ausgezeichnet werden.

68 | Wu Wencong, „Advisory Body sets sights on pollution“, *China Daily*, 12.03.2013, 5, http://europe.chinadaily.com.cn/china/2013-03/12/content_16300612.htm [22.03.2013].

